



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

Wer ist hier ein Terrorist?

*Politische Strategien und die Rolle der Medien bei der Benennung von
"Terroristen" am Fallbeispiel Syrien*

Verfasser

Yilmaz Gülüm, BA, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

Persönliche Erklärung

Ich versichere,

dass ich die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

GÜLÜM, Yilmaz

Datum

Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1	Abbildungsverzeichnis.....	6
TEIL 1: Einführung & Theorie		
2	Einleitung.....	7
3	Theoretischer Rahmen	10
3.1	Konstruktivismus	10
3.1.1	Kommunikativer Konstruktivismus: Wir konstruieren, indem wir kommunizieren 13	
3.2	Terror-Theorie	15
3.2.1	Die Geschichte eines Phänomens.....	15
3.2.2	Wieso man ‚Terror‘ nicht allgemeingültig definieren kann	23
TEIL 2: ‚Terror‘ als politische Strategie		
4	Forschungsfragen.....	34
5	Forschungsstand: Terror, Medien und politische Strategien	36
5.1	Terror in den Medien.....	36
5.2	Politische Strategien bei der Benennung von ‚TerroristInnen‘	40
5.2.1	Securitization als Folge der Terror-Konstruktion	42
5.2.2	Was passieren kann, wenn jemand als TerroristIn gilt.....	47
6	Zwischenfazit.....	51
TEIL 3: Syrien		
7	Fallbeispiel Syrien	55
7.1	Historischer Hintergrund in Syrien	56
7.1.1	Osmanisches Reich und Französische Besatzung: Syrien vor Assad	57
7.1.2	Der "Löwe von Damaskus" - Syrien unter Hafiz al-Assad	59
7.1.3	Auf den Vater folgt der Sohn: Baschar wird Präsident.....	62
7.2	Chronologie des Bürgerkriegs.....	68

8	Empirische Untersuchung der APA-Berichte	73
8.1	Untersuchungsobjekt und Untersuchungszeitraum:	73
8.2	Untersuchungsmethode: Die qualitative Inhaltsanalyse.....	74
8.2.1	Grundzüge der qualitativen Inhaltsanalyse	75
8.2.2	Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring	76
8.3	Darstellung des Forschungsablaufs	80
8.3.1	Zugang und Auswahl der APA-Berichte	80
8.3.2	Dokumentation der Analyse der Materials.....	81
8.3.3	Kategorien und Unterkategorien	82
9	Empirische Ergebnisse	87
9.1	Quantitatives Ausmaß der Berichterstattung.....	87
9.1.1	Quantitatives Ausmaß der Kategorien	89
9.2	Qualitative Ergebnisse.....	93
9.2.1	1. ‚Terror‘ als Beschreibung von Menschen	93
9.2.2	2. ‚Terror‘ als Beschreibung einer Handlung	95
9.2.3	3. ‚Terror‘ als Zuschreibung	97
9.2.4	4. ‚Terror‘ als Argumentationsbasis	100
10	Fazit.....	103
11	Resümee & Ausblick	106
12	Quellenverzeichnis.....	110
13	Anhang.....	123
14	Deutsches Abstract.....	124
15	English Abstract.....	125
16	Curriculum Vitæ	126

1 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Terror, Medien, Politik. Eigene Darstellung	38
Abbildung 2	Sykes-Pico-Abkommen 1916. Urheber: Ian Pitchford (cc). Quelle: Wikimedia 2011	57
Abbildung 3	BIP/Kopf (Kaufkraftbereinigt) nach 2011 \$. Quelle: indexmundi.com (2014). Eigene Darstellung	66
Abbildung 4	APA-Artikel zu Syrien von 01.03.2011 bis 28.02.2014, Insgesamt vs. „Terror#“. Quelle: APA. Eigene Darstellung	87
Abbildung 5	APA-Artikel zu Syrien von 01.03.2011 bis 28.02.2014, „Terror#“ vs. Zusammenfassungen. Quelle: APA. Eigene Darstellung	88
Abbildung 6	Quantitative Ausprägung der Kategorie „1. Terror als Beschreibung von Menschen“. Eigene Darstellung	89
Abbildung 7	Quantitative Ausprägung der Kategorie „2. Terror als Beschreibung von Handlungen“. Eigene Darstellung	90
Abbildung 8	Quantitative Ausprägung der Kategorie „3. Terror als Zuschreibung“. Eigene Darstellung	91
Abbildung 9	Quantitative Ausprägung der Kategorie „4. Terror als Argument“. Eigene Darstellung	92

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

TEIL 1: Einführung & Theorie

2 Einleitung

„Either you are with us, or you are with the terrorists.“ (Bush 2001)

Entweder seid ihr auf unserer Seite oder auf der Seite der TerroristInnen – Mit diesem berühmt gewordenen Satz läutete George W. Bush kurz nach den Anschlägen vom 11. September den ‚Krieg gegen den Terror‘ ein. Aber wer sind eigentlich die ‚TerroristInnen‘? Und wer entscheidet das?

Terrorismus ist ein globales Phänomen mit vielen Gesichtern. Und obwohl weltweit etliche Geheimdienste, PolizistInnen, RichterInnen, AnwältInnen oder auch SoldatInnen Terror bekämpfen, ist die Definition von Terror umstritten. Eine einheitliche oder zumindest weitgehend anerkannte Definition gibt es nicht. Ob jemand RebellIn, WiderstandskämpferIn oder TerroristIn ist, liegt somit im Auge des Betrachtenden (Riegler 2009, 14). ‚TerroristIn‘ ist zudem eine Fremdzuschreibung. Kaum jemand dürfte sich selbst so bezeichnen (ebd., 15).

Wenn Terror eine Fremdzuschreibung ist – ein Etikett, das wir Gruppen ‚aufkleben‘ – stellt sich unweigerlich die Frage, welche Funktion dieses Etikett erfüllt. Worin liegt der Unterschied, ob eine Gruppe als ‚RebellInnen‘ oder ‚TerroristInnen‘ bezeichnet wird? Und wer hat die Deutungshoheit darüber? Welchen politischen Zwecken dient es, eine Gruppe als ‚terroristisch‘ zu definieren? Mit diesen Fragen möchte ich mich in meiner Masterarbeit auseinandersetzen.

Der ‚Kampf gegen den Terror‘ geht freilich weit über die Politik von George W. Bush hinaus. Terrorbekämpfung ist in der nationalen und internationalen Politik weltweit ein Thema, wie auch Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen: Der damalige türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan rechtfertigte die gewaltsame Räumung des Taksim-Platzes im Zuge der großen Protestwelle im Frühling 2013, indem er verlautbarte: „Wir überlassen den Platz keinen Terroristen.“ (Kurier.at 2013)

In Ägypten konnte man solche Kampfansagen kürzlich ebenfalls beobachten. Seit der Entmachtung von Präsident Mohammed Mursi durch das Militär kam es immer wieder zu

Ausschreitungen. Dabei kamen Hunderte, vielleicht auch Tausende, ums Leben – viele von ihnen Anhänger des gestürzten Präsidenten. Das Militär rechtfertigte sich, indem es die Anhänger Mursis im Speziellen und Widerstand gegen ihr Regime im Allgemeinen als ‚Terrorismus‘ bezeichnete. Überhaupt bezeichnete die Staatsführung den gesamten Großeinsatz der Polizei als „Kampf gegen Terror“ (Frefel 2013, Gebauer 2013, Zeit Online 2013).

Und auch in der Ukraine waren kürzlich ähnliche Prozesse zu beobachten. Der intrinsische Präsident Olexandr Walentynowytsch kündigte nach Ausschreitungen in der Region um Donezk ‚Anti-Terror‘-Operationen an, und rechtfertigte das so: „The terrorists who effectively took the whole Donetsk region hostage have now gone too far, by starting to torture and murder Ukrainian patriots.“ (Borger/Luhn 2014)

Ein ähnliches Muster zeigt sich in Syrien: In einem Interview mit der britischen Zeitung Sunday Telegraph im Oktober 2011 stellte Syriens Präsident Baschar al Assad klar, dass Sicherheitskräfte von nun an angewiesen seien, ausschließlich gegen TerroristInnen vorzugehen. Deutschsprachige Medien nannten Assads Gegner zu diesem Zeitpunkt etwa „Demonstranten“ oder „Oppositionelle“ (Zeit Online 2011, Gilligan 2011).

Die Liste könnte man zweifellos noch lange fortführen. Wir sehen: Machthaber bekämpfen überall auf der Welt ‚TerroristInnen‘. Wenn ‚Terror‘ aber nicht objektiv, sondern eine Zuschreibung ist, stellt sich die Frage: Wer sind diese ‚TerroristInnen‘ und auf welcher Faktenlage basiert diese Zuschreibung?

Dass ich bei den oben genannten Beispielen Medienberichte zitiere, ist kein Zufall, sondern soll Folgendes verdeutlichen: Medien spielen beim Kampf um Deutungshoheit eine bedeutende Rolle. Erst durch Massenmedien erreichen Äußerungen von Machthabern ein Millionenpublikum und schaffen gesellschaftliche Realitäten. ‚Terror‘ ist wohl auch wegen den Massenmedien heute ein geläufiger Begriff. Wir sind nahezu täglich mit ihm konfrontiert. Aber welches Weltbild steckt hinter solchen Zuschreibungen und wie wird dadurch unser Sinn für die Realität geprägt? Eine Reflexion darüber findet gefühlt nur selten statt. Diese Arbeit soll helfen, diese Lücke ein wenig zu schließen.

Theoretisch verortet sich die Arbeit in der Denkschule des Konstruktivismus. In Kapitel 3 werde ich daher die Grundzüge des Konstruktivismus beschreiben und auf jene Aspekte des Konstruktivismus näher eingehen, die für mein Thema besonders relevant sind. Dort wird auch der generelle Kampf um Definitionsmacht von sozialen Phänomenen aufgearbeitet.

Außerdem werde ich Theoriearbeiten über Terrorismus herannehmen, um einerseits die Geschichte dieses Phänomens greifbarer zu machen und andererseits um zu zeigen, warum man Terror nicht allgemeingültig definieren kann.

Im zweiten Teil der Arbeit formuliere ich zunächst die Forschungsfragen (Kapitel 4). Manche der Forschungsfragen sind aus der Literatur zu beantworten. Die entsprechende Analyse der Fachliteratur erfolgt in Kapitel 5. Dort werde ich Erkenntnisse zu politischen Strategien bei der Benennung von ‚Terror‘ diskutieren und auch auf die Frage eingehen, welche Folgen das Terror-Etikett haben kann. Bei der Frage, wer in einer Gesellschaft als TerroristIn gilt, gilt es auch, die Rolle der Medien zu untersuchen. Dies werde ich nicht nur auf theoretischer Basis machen, sondern auch empirisch. Zuvor erfolgt zum Ende des zweiten Teils der Arbeit jedoch ein Zwischenfazit (Kapitel 6), in dem auf die ersten Forschungsfragen eingegangen wird.

Der dritte Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem syrischen Bürgerkrieg. Zunächst wird der historische Hintergrund in Syrien aufgearbeitet (Kapitel 7). Mittels qualitativer Inhaltsanalyse (siehe Kapitel 8) untersuche ich schließlich empirisch, in welchem Kontext Terror-Begriffe in der Syrien-Berichterstattung der Austria Presse Agentur (APA) vorkommen. Danach folgen die empirischen Ergebnisse (Kapitel 9), ein Fazit (Kapitel 10) und ein abschließendes Resümee (Kapitel 11).

3 Theoretischer Rahmen

Dass es in der Politik ebenso wie in der Politikwissenschaft zu Kämpfen um Definitionen kommt, ist keine Seltenheit. Benennungen und Definitionen bedeuten Macht. In Definitionen stecken verborgene begriffliche Bedeutungen, die bestimmte Interessen widerspiegeln und damit Machtverhältnisse reproduzieren. Was jemand als ‚Terror‘ bezeichnet, hängt also auch von den jeweiligen Eigeninteressen ab. Folgt man Kreisky und Sauer (1997), so legen unsere Begriffe den Sinn der Wirklichkeit fest. Mit anderen Worten: Unser Verständnis von ‚Terror‘ bestimmt, wen wir als ‚TerroristIn‘ bezeichnen. Unser Verständnis von ‚Terror‘ ist wiederum durch unsere Gesellschaft geprägt. In unserem Verständnis von Terrorismus spiegeln sich bestimmte Interessen und Weltanschauungen wider. In einer anderen Gesellschaft, zu einer anderen Zeit, würden wir unter ‚Terror‘ womöglich etwas anderes verstehen. So gesehen ist ‚Terror‘ eine gesellschaftliche Konstruktion.

Es herrscht allgemein ein Ringen um die legitime Benennung sozialer Phänomene – seien es nun Proteste, Aufstände oder Gewalt. Dieses Ringen zeigt sich auch schon bei der Bewertung kleinerer Demonstrationen (siehe etwa Alvir 2014). Ab wann sind Ausschreitungen bei Demonstrationen ‚Straßenschlachten‘? Wie hoch muss ein Schaden sein, damit man von ‚schweren Verwüstungen‘ sprechen kann? Wie wir soziale Phänomene benennen, hängt von unserem Standpunkt ab. Eine allgemein akzeptierte Definition beziehungsweise Benennung solcher Phänomene kann man folglich als Ausdruck und Quelle von Macht verstehen.

Nach diesem Verständnis ist die Benennung von sozialen Phänomenen somit nicht objektivierbar, sondern ein Konstrukt. Der Konstruktivismus stellt damit auch die Rahmentheorie dieser Arbeit dar und wird in Kapitel 3.1 erörtert. In Kapitel 3.2 wird allgemeine Theorie zu Terrorismus aufgearbeitet.

3.1 Konstruktivismus

Konstruktivismus umfasst zunächst einen Sammelbegriff für verschiedene Strömungen in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen (Keller, Knoblauch, Reichertz 2013, 9). Für diese Arbeit besonders relevant sind gesellschaftstheoretische Aspekte des Konstruktivismus sowie der kommunikative Konstruktivismus. Peter Berger und Thomas Luckmann setzten mit

ihrem 1966 in den USA erschienen Buch „The social construction of reality“ auf diesem Feld einen Meilenstein (Abels 2010, 87).¹

Die Kernaussage des Konstruktivismus im gesellschaftstheoretischen Sinn ist demnach, dass die gesellschaftliche Wirklichkeit eine Konstruktion ist, an der wir alle beteiligt sind (ebd., 87f). Konstruktionen erfolgen allgemein gesprochen durch Kommunikation, beziehungsweise durch kommunikatives Handeln. Die gesellschaftliche Ordnung ist etwa ein solches Konstrukt. Empirisch wird sie durch die Art erzeugt, wie wir kommunikativ handeln, wobei grundsätzlich sämtliche Aspekte des kommunikativen Handelns zur Konstruktion der gesellschaftlichen Ordnung beitragen (Knoblauch 2013, 37).

„Gesellschaftliche Ordnung“ ist in diesem Zusammenhang ein Überbegriff, der verschiedene Realitäten wie Rollenbilder oder Machtverhältnisse erfasst. In unser Wissen über solche Wirklichkeiten fließen höchst individuelle und persönlich gefärbte Voreinstellungen ein. Wirklichkeit wird damit von Mensch zu Mensch unterschiedlich gedeutet. Konsens über Wirklichkeit entsteht, wenn Menschen in derselben Gesellschaft aufwachsen und daher lernen, Dinge in ähnlicher Weise zu sehen. Diese Dinge sind also nicht schon immer so gewesen und auch nicht von Natur aus so, sondern sind gesellschaftlich geprägt (Abels 2010, 89).

Die gesellschaftliche Ordnung erfüllt zudem eine weitere Aufgabe: Die Legitimation von bestimmten Handlungen. Solche Legitimationen neigen dazu, Sinn zu stabilisieren und damit bestimmte Dinge festzuschreiben. Da Legitimationen aber selbst auch kommunikative Handlungen sind, ändern auch sie sich permanent. Welche Zuschreibungen und welche Deutungen sozialer Phänomene legitim sind, ist also nicht auf ewig vorgegeben, sondern ist wiederum durch Kommunikation veränderbar (Knoblauch 2013, 38).

Wir lernen die Deutung sozialer Phänomene und unserer Umwelt während unserer Sozialisation. Das Bedürfnis, Dinge selbst neu zu definieren oder ganz anders zu sehen, ist allerdings recht begrenzt. Gewohntes Denken und Routine sind bequemer als ständiges Hinterfragen und Deuten sozialer Phänomene (Abels 2010, 89).

Manches Wissen erarbeiten wir uns im Laufe unseres Lebens selber. Anderes Wissen übernehmen wir von anderen. – Manchmal, weil es plausibel ist, und manchmal wird es uns

¹ Eine deutsche Übersetzung des Buches gibt es u.a. bei Berger, Peter/Luckmann, Thomas (1980): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

auch mit mehr oder weniger großem Nachdruck nahegebracht. Oft merken wir gar nicht, dass wir Wissen übernehmen, das einer gesellschaftlichen Norm entspricht. Wissen und Normen in einer Gesellschaft entstehen schließlich nicht im Augenblick unserer Geburt, sondern sind schon vor uns da (ebd., 91f).

Wenn im diesen Sinn von *Wissen* die Rede ist, ist Alltagswissen gemeint. Das, was wir alle wissen, und wovon wir annehmen, es sei außer Frage stehende Wirklichkeit. Entscheidend ist, dass soziale Wirklichkeit dynamisch ist. Wir finden sie bei unserer Geburt zwar schon vor, dennoch wird sie durch die Interpretation von Dingen und Handlungen ständig produziert und reproduziert und ist damit veränderbar (ebd.).

Umgemünzt auf das Thema dieser Arbeit – also auf Terrorismus – heißt das Folgendes: Die Explosion einer Bombe, das Werfen eines Molotowcocktails oder ein Schussgefecht sind nicht per se Terrorismus. Diese *Dinge* werden unter bestimmten Voraussetzungen von Menschen in einer Gesellschaft als Terrorismus gedeutet. Innerhalb einer Gesellschaft können somit weithin anerkannte Normen entstehen, an denen man Terrorismus erkennt. Das heißt aber nicht, dass andere Gesellschaften dieselben Dinge auch so deuten, und auch nicht, dass diese Dinge von Natur aus *Terror* sind. Terrorismus kann man somit als gesellschaftliches Konstrukt verstehen.

In der klassischen konstruktivistischen Lehre stand Sprache als zentrale Trägerin gesellschaftlichen Wissens im Vordergrund. Der kommunikative Konstruktivismus hat ein breiteres Verständnis und interessiert sich für jegliche Kommunikation (Knoblauch 2013, 25). Knoblauch (ebd., 27) beschreibt das zentrale Argument des kommunikativen Konstruktivismus so: Alles, was am sozialen Handeln relevant ist, muss auch in irgendeiner Form kommuniziert werden. Für diese Arbeit besonders relevant ist in diesem Zusammenhang massenmediale- und politische Kommunikation (Kapitel 3.2).

Der Konstruktivismus geht also nicht davon aus, dass die Wirklichkeit eine bloße ‚positive‘ Gegebenheit darstellt, die alle Menschen auf die gleiche Art wahrnehmen und deuten können. Dennoch gibt es quer über die wissenschaftlichen Disziplinen keinen Konsens, was und wie konstruiert wird. Das bedeutet im Umkehrschluss aber keineswegs, dass gesellschaftliche Konstrukte beliebig sind oder willkürlich entstehen (Keller, Knoblauch, Reichertz 2013, 9). Mein Verständnis von Konstruktivismus für diese Arbeit beinhaltet vielmehr zwei Annahmen: Erstens, dass gesellschaftliche Konstrukte durch Kommunikation entstehen. Und zweitens, dass sich vor allem in politischer Kommunikation die Interessen des

Absenders widerspiegeln. Wenn man Terrorismus also als gesellschaftliche Konstruktion versteht, die auch von politischen Akteuren instrumentalisiert wird, dann ist das Konstrukt ‚Terror‘ weder willkürlich, noch beliebig, sondern ein Ausdruck von Machtinteressen. Theoretisch kann zwar jeder für sich entscheiden, was als ‚Terror‘ verstanden wird. Allerdings gibt es in Gesellschaften einen gewissen Konsens darüber, was ‚Terror‘ ist und was nicht. Und genau dieser Konsens ist es, der durch zielgerichtete und interessensgeleitete Kommunikation von PolitikerInnen mit entsteht.

3.1.1 Kommunikativer Konstruktivismus: Wir konstruieren, indem wir kommunizieren

Der Konstruktivismus ist eine sehr breite Theorieschule. Daher gilt es, ihn für das spezifische Forschungsinteresse dieser Arbeit präziser einzugrenzen. Das geschieht durch den Fokus auf den kommunikativen Konstruktivismus nach Keller, Knoblauch, Reichertz (2013).

Der kommunikative Konstruktivismus versteht Kommunikation als das wichtigste Instrument der Vermittlung von Interessen und damit von gedeuteter Wirklichkeit. Kommunikation ist dabei mehr als nur ein simpler Aspekt sozialer Konstruktionen. Vielmehr ist kommunikatives Handeln die empirisch beobachtbare Seite eines sozialen Konstruktionsvorgangs und steht daher bei empirischen Untersuchungen im Mittelpunkt (Keller, Knoblauch, Reichertz 2013, 11).

Im Alltag objektivieren wir unser tägliches Wissen mittels Sprache. Unreflektiert kann subjektive Wirklichkeit dadurch objektiv erscheinen (Abels 2010, 94f). Sprache ist in diesem Zusammenhang menschliche Praktik, mit der Identität, Beziehung, Gesellschaft und Wirklichkeit festgestellt werden (Reichertz 2013, 50).

Mittels Kommunikation wird Identität, Wirklichkeit und eine bestimmte Form der Beziehung zu Anderen zugeschrieben, behauptet, aufgeführt, festgestellt und geändert. Kommunikation dient in diesem Verständnis nicht allein der Übermittlung (von Informationen), sondern vor allem der Vermittlung (sozialer Identität und sozialer Ordnung) (ebd.).

Mittels Kommunikation wird aber nicht nur Wirklichkeit festgestellt, sondern auch normativ bewertet. Durch Kommunikation wird Macht etabliert und legitimiert. Andererseits kann durch Kommunikation Legitimation auch aberkannt werden (ebd., 51). Wichtig ist festzuhalten, dass alle Fälle kommunikativen Handelns eine instrumentelle Wirkung miteinschließen (Knoblauch 2013, 29).

Massenmedien spielen bei der hier dargelegten kommunikativen Konstruktion eine besondere Rolle. Ohne die Bedeutung der Medien zu berücksichtigen, macht es kaum Sinn, die Beziehungen zwischen Politik und der Gesellschaft zu analysieren, da all diese Sphären und deren Überschneidungen medial vermittelt werden (Livingstone 2009, 5).

Medien ändern die Möglichkeiten der kommunikativen Konstruktion von Wirklichkeit. Um beim Beispiel dieser Arbeit zu bleiben: Unser Bild von ‚Terror‘ setzt sich zusammen aus den Eindrücken von Fernsehbeiträgen, Zeitungsartikeln, Filmen und Erzählungen aller Art. Unsere Vorstellungen von ‚Terror‘ wären andere, würden wir uns nur im direkten Gespräch darüber austauschen (Hepp 2013, 104). Medien haben bei unserer Vorstellung von der Realität also eine gewisse Prägkraft. Dabei ist wesentlich zu erwähnen, dass nicht nur ein Medium die kommunikative Konstruktion von Wirklichkeit prägt, sondern eine Vielzahl von Medien gleichzeitig (ebd., 106).

Viele der Bilder in unserem Kopf sind durch Medien geprägt. Besonders bei außenpolitischen Ereignissen dürfte das der Fall sein. Dass wir uns vor Ort persönlich ein umfassendes Bild der Lage machen können, ist die Ausnahme. Der Bürgerkrieg in Syrien ist ein gutes Beispiel dafür: Die Annahme liegt nahe, dass die meisten Menschen – zumindest jene, die wenigstens ab und zu Medien konsumieren – ein Bild von Syrien im Kopf haben. Tatsächlich vor Ort dürften während des Bürgerkrieges aber nur die wenigsten gewesen sein. Was wir über den Bürgerkrieg wissen – oder zu wissen glauben – und welche Bilder wir im Kopf haben, ist also durch Medien geprägt.

Dem Konstruktivismus zufolge beeinflussen Medien die Realitätsauffassung eines jeden einzelnen von uns. Wenn Medien über ‚die Realität‘ berichten, dann tun sie das nicht unabhängig von den realen Ereignissen. Medien konstruieren die Realität, über die sie berichten, selber mit. Zum Beispiel eben, in dem sie manche Dinge ‚Terrorismus‘ nennen und andere Dinge nicht. Dieser menschliche Filter ist zwar subjektiv, aber keinesfalls willkürlich. Wie bereits ausgeführt, sind Konstrukte gesellschaftlich bedingt und beinhalten Machtinteressen (Linder 2011, 36).

Wie zu Beginn dieses Kapitels bereits erwähnt, gibt es in der konstruktivistischen Denkschule verschiedene Auffassungen. Nach meinem Verständnis – und im Zusammenhang mit dieser Arbeit – heißt Konstruktivismus nicht, dass es eigentlich gar keinen Terrorismus gibt und wir ihn nur erfinden. Terror ist zwar ein Konstrukt, aber keine Illusion. Terrorismus ist durchaus real. Was wir unter Terrorismus verstehen, welche Phänomene wir als Terror bezeichnen, ist

aber gesellschaftlich bedingt und damit ein Konstrukt. Was der Konstruktivismus zu verstehen hilft, ist, dass Terror als Teil der sozialen Wirklichkeit durch unsere Deutung bedingt ist. Dieselbe Sache kann von dem einen als Terror interpretiert werden, von jemand anderen hingegen etwa als Massaker, Gefecht oder schlicht Widerstand.

Was wir unter Terror verstehen, spiegelt wiederum gesellschaftliche Machtverhältnisse wider. Wenn also beispielsweise ein überwiegender Teil der Menschen in Österreich Al-Kaida als Terrororganisation sieht, dann zeigt das: Jene, die Al-Kaida *nicht* als terroristisch bewerten, haben in Österreich kaum normative Deutungsmacht in den gesellschaftlichen Diskursen. Das heißt aber nicht, dass das überall auf der Welt und für alle Zeiten gelten muss.

3.2 Terror-Theorie

Der Journalist Brian Whitaker brachte die Problematik um den Begriff 2001 auf den Punkt: „Terrorism is violence committed by those we disapprove of.“ (Whitaker 2001).

Über Terrorismus findet zwar auch über die Wissenschaft hinaus eine breite Debatte statt, was aber Terror eigentlich ist, darüber gibt es keinen Konsens. Mit dem Aufkommen der politischen Gewalt Ende des 19. Jahrhunderts fing jedenfalls auch die Diskussion darüber an, was Terror ausmacht (Riegler 2009, 14).

Folgt man Riegler (2009), so ist der Begriff ‚Terrorismus‘ in der Wissenschaft mit Vorsicht zu genießen. Der Begriff ist nämlich nicht schlicht deskriptiv, sondern er beinhaltet ein politisch-moralisches Urteil (ebd.).

Im Folgenden werde ich die Geschichte des Terrorismus skizzieren (Kapitel 3.2.1) um zu zeigen, wie divers Terror verstanden werden kann. Schließlich gehe ich näher auf die Frage ein, warum man ‚Terror‘ nicht allgemeingültig definieren kann (Kapitel 3.2.2).

3.2.1 Die Geschichte eines Phänomens

Die Karriere des Begriffs beginnt während der Französischen Revolution in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts. Damals hatte der Begriff noch einen entschieden positiven Beiklang. Das Wort ‚Terror‘ kommt vom französischen ‚régime de la terreur‘ und meinte ein Instrument zur Durchsetzung von Ordnung, anlässlich der anarchischen Zeit unmittelbar nach den Aufständen von 1789. Das ‚régime de la terreur‘ war also ein Instrument des Staates – nicht

von Aufständischen (Hoffman 2006, 24f). Hoffman (ebd.) sieht zwei Parallelen zum heutigen Terror: Einerseits war das ‚régime de la terreur‘ wie auch der Terrorismus heute organisiert, zielbewusst und systematisch. Die Gewalt war keineswegs willkürlich. Und andererseits rechtfertigte sich der damalige ‚Terror‘ – ebenso wie der aktuelle – durch das Ziel, eine neue und bessere Gesellschaft schaffen zu wollen.

Schon bald galt das ‚régime de la terreur‘ als Synonym für staatliche Verbrechen. In den folgenden Jahrzehnten erlebte der Begriff etliche Bedeutungswandlungen. Bald fand er auch für die Handlungen nicht-staatlicher Gruppen Verwendung. ‚Terrorismus‘ wurde immer vager und stellte schließlich einen Allgemeinplatz dar (Riegler 2009, 14f): „Im Endeffekt erhielt praktisch jede Gewalttat, die als gegen die Gesellschaft gerichtet verstanden wurde, das Label ‚terroristisch‘“ (ebd.).

Riegler (ebd., 54) macht in der Geschichte des Terrorismus fünf Wellen aus: Die anarchistische, nationalistisch-separatistische, linksterroristische, rechtsterroristische und radikal-islamistische Welle. Wenngleich Riegler unverkennbar diese Phasen aus eurozentrischer Sicht beschreibt, so macht es dennoch Sinn, sich mit diesen Wellen zu befassen.

Im Folgenden wird Riegler (2009) sehr ausführlich zitiert, was aber nicht darüber hinwegtäuschen soll, dass sein Text aus konstruktivistischer Perspektive Schwächen aufweist. Die Ausführungen zu den vier Terrorwellen sind aus einer positivistischen Sicht formuliert, aus der scheinbar eindeutig hervorgeht, welche Gruppe terroristisch agierte und welche nicht. Diese Perspektive steht im Widerspruch zur konstruktivistischen Denkschule. Wenn im folgenden Rieglers Ausführungen zu ‚TerroristInnen‘ zitiert werden, dann soll das nicht bedeuten, dass diese Zuschreibung allgemeingültig ist, sondern vielmehr verdeutlichen, wie variabel das Konstrukt ‚Terror‘ im Laufe der Jahre war und wie es immer wieder sein Erscheinungsbild änderte.

Die anarchistische Welle:

Diese erste Phase fing um die 1880er-Jahre an und dauerte bis ins erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts. Riegler nennt die Zeit die „goldene Ära“ des Attentats (ebd., 55).

TäterInnen waren zumeist verschworene Kleingruppen oder Einzelpersonen. Ihre Ziele waren meistens hohe StaatsrepräsentantInnen. Außerdem versuchten sie mit wahllosen Gewaltakten,

ein Klima der Unsicherheit zu erzeugen. Die AnarchistInnen waren bestrebt, das System als Ganzes zum Einsturz zu bringen. Kaiser Wilhelm I. überstand etwa gleich drei Attentatsversuche (1861, 1873, 1883). Das erste ‚Highlight‘ dieser Welle war schließlich das Bombenattentat auf Zar Alexander III. in St. Petersburg 1883. Weitere prominente Todesopfer waren der französische Staatspräsident Sadi Carnot (1894), der spanische Ministerpräsident Casanova del Castillo (1897), Kaiserin Elisabeth von Österreich (1898), König Umberto von Italien (1900) und US-Präsident McKinley (1901). Das Ende dieser Ära war schließlich das Attentat auf Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajewo (1914) – der Erste Weltkrieg war die Folge. Häufig erhofften sich die TäterInnen, dass ihre Anschläge zu breiten Aufständen in der Bevölkerung führen würden und somit das politische System erschüttert würde. Das passierte allerdings kaum. Im Gegenteil: In Deutschland oder Russland führten Anschläge zum exakten Gegenteil – nämlich zu einer (zumindest kurzfristigen) Festigung der Monarchien (ebd., 56ff).

Die AttentäterInnen hatten damals meistens kein Interesse, möglichst viele Menschen zu töten, sondern hatten es stets auf bestimmte, hochrangige MonarchInnen, WürdenträgerInnen oder BeamtenInnen abgesehen. Attentate, die sich bewusst gegen willkürliche Menschenansammlungen richteten, waren eher die Ausnahme. Wenn, dann richteten sich die Anschläge zumeist gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen, wie etwa bei einer ganzen Anschlagsserie gegen die französische Bourgeoisie zwischen 1892 und 1894 in Paris (ebd.).

Geprägt war diese Zeit durch Widersprüche zwischen der sich stetig herausbildenden Massendemokratie, und dem Beharren auf monarchistisch-autoritären Strukturen. Zudem hatte die Industrialisierung die soziale Lage von tausenden Menschen grundlegend geändert (ebd., 55).

Die nationalistisch-separatistische Terrorwelle:

Hierbei handelt sich um ein taktisches Mittel, das Gruppen im Guerillakampf gegen konventionell überlegene militärische Gegner anwendeten. Ausgehend von China bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein Modell des Guerillakrieges heraus, das die waffentechnologische Überlegenheit des Feindes auszugleichen versuchte. ‚Terror‘ war in diesem Zusammenhang also vor allem eine militärische Taktik. Anwendung fand diese Art von Terror vor allem in Kolonialgebieten. Kleine Gruppen mit zumeist nur wenigen Hundert UnterstützerInnen bekamen durch Anschläge viel Aufmerksamkeit und provozierten die

Kolonialmacht zu brutalen Gegenreaktionen, die auch die Zivilbevölkerung traf. Somit wurde es für diese Gruppen leichter, ehemals Unbeteiligte für den Kampf zu mobilisieren. Nach Riegler (ebd., 59) hatte diese Art von Terror vor allem in den Guerillakriegen in Palästina, Algerien, Zypern und Südafrika ein großes Gewicht, in Vietnam dagegen kaum.

In Palästina kämpften zionistische Gruppen gegen britischen Einfluss. Ein spektakulärer Anschlag traf 1946 das King-David-Hotel in Jerusalem, wo nicht nur Regierungsbehörden untergebracht waren, sondern auch die britische Militärverwaltung. 91 Menschen starben. Der Anschlag provozierte die britische Besatzungsmacht zu groß angelegten Razzien und Massenverhaftungen. Das Verständnis der Zivilbevölkerung dafür ging zurück, wovon die zionistischen Gruppen profitierten. Die Anschläge machten sie nicht nur im Inland populär, sondern auch international bekannt. Wohl auch deshalb entschloss sich die britische Regierung 1948, sich aus Palästina zurückzuziehen. Später operierten auch Bewegungen ähnlich der frühen Fatah rund um Jassir Arafat nach derselben Logik (ebd., 62f). So begann eine Gruppe rund um Wadi Haddad ab 1968 gezielt internationale Passagierflugzeuge zu entführen. Das Ziel solcher Operationen erklärte Haddad so:

Ich meine spektakuläre Einzeloperationen. Diese werden die Aufmerksamkeit der Welt auf die Palästinafrage lenken. Die Welt wird fragen: ‚Was ist das Problem in Palästina? Wer sind diese Palästinenser? Warum tun sie so etwas?‘ Zugleich werden solche Operationen für die Israelis sehr schmerzhaft sein [...] Am Ende wird die Welt das Problem satt haben. Sie wird zu dem Schluß (sic!) kommen, daß (sic!) mit Palästina etwas geschehen muß (sic!). Sie wird uns Gerechtigkeit geben müssen.‘ (Schröm 2010, 17)

Nach einem ähnlichen Muster agierte die Front de Liberation Nationale (FLN) – die nationalistische Befreiungsorganisation – in Algerien. Die Gruppe bestand aus nur wenigen Hundert Mitgliedern und war zunächst kaum bekannt. Erst durch medienwirksame Anschläge auf französische Zivilisten änderte sich das. Um 1957 verlegte die Gruppe ihren Schwerpunkt in die Hauptstadt Algier, wo auch die meisten internationalen Medien ihre Büros hatten. So erhöhten sie ihre Medienresonanz. Die breit angelegten Anti-Terror-Maßnahmen der französischen Administration trafen wiederum auch Zivilisten, was den Zusammenhalt in der autochthonen Bevölkerung stärkte. 1962 akzeptierte Frankreich die Unabhängigkeit Algeriens (Riegler 2009, 63).

In Europa waren solche Gruppen bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts aktiv. Radikale Basken – in Form der ETA –, Iren – organisiert als IRA –, Korsen und Bretonen führten ihren bewaffneten Kampf zu großen Teilen mit solchen Mitteln. In Irland dauerte die Entwaffnung

der IRA – beziehungsweise der späteren PIRA – bis ins Jahr 2005 (ebd., 66, 69). Die baskische ETA entstand 1959 und verstand sich als radikale Organisation mit dem Ziel eines unabhängigen baskischen Staates. Die Gewalt richtete sich in erster Linie gegen RepräsentantInnen des spanischen Staates und gegen Armeeangehörige. Auch die ETA war noch nach der Jahrtausendwende aktiv (ebd., 70ff).

Die linksextreme Terrorwelle:

Diese Phase des Terrorismus war im Schatten des Kalten Kriegs zwischen Ende der 1960er und 1989 dominant. Verschwindend kleine Gruppen in den USA, Japan und Europa machten es sich zur Aufgabe, die etablierte Ordnung zu stürzen, um eine soziale Revolution zu entfachen. Ziele waren RepräsentantInnen des ‚Systems‘, wie etwa Menschen aus der Politik, Polizei, Justiz oder Wirtschaft. Gemein ist den linksextremistischen Gruppen, dass sie sich als Teil einer größeren, fast schon weltweiten Widerstandsbewegung verstanden. Technisch möglich wurde diese Vernetzung durch die Verbreitung von Massenmedien und der damit einhergehenden Möglichkeit, Inhalte und Ideen einem größeren Publikum zur Verfügung zu stellen (ebd., 74ff).

In Deutschland gilt vor allem die Rote Armee Fraktion (RAF) als Beispiel für diese Welle. Die RAF meinte sich gegen die USA und das Bündnis zur BRD gewaltsam wehren zu müssen. Dazu kam, dass die Aufarbeitung der Nazi-Zeit eine wichtige Rolle spielte. Viele wollten sich angesichts der Verheerungen des Vietnamkrieges nicht ähnlich durch Passivität mitschuldig machen, wie es der Elterngeneration vorgeworfen wurde. Die RAF durchlebte viele Phasen, insgesamt drei Generationen waren für sie tätig. Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 läutete schließlich das Ende ein. Bis dahin galt der Sozialismus als reale Alternative zum Kapitalismus und diente als Antriebskraft. Die Gruppe operierte dennoch eine Zeit lang noch weiter. Erst 1998 verkündete die RAF ihr Ende (ebd., 75–79).

Auch in den USA kam es in den späten 1960er-Jahren zu etlichen Gewalttaten. Es war die Zeit ungelöster rassistischer Diskriminierungen gepaart mit wirtschaftlichen Problemen. Dazu kam der Vietnamkrieg. Alleine zwischen 1969 und 1970 verzeichnete die Polizei landesweit 4.330 Bombenattentate. 43 Menschen starben. Diese gingen jedoch überwiegend nicht auf das Konto von Linksextremen, sondern von Rechtsextremen und Rassisten (ebd., 75f). Eine der Gruppen war der Weather Underground. Die Gruppe hatte das erklärte Ziel, den Vietnamkrieg in die USA zu holen um ihn so zu beenden. Zugleich verstanden sie ihre

Anschläge als Ausdruck der Solidarität mit militanten AfroamerikanerInnen. Das Ende des Vietnamkrieges 1975 bedeutete faktisch auch das Ende der Aktivitäten der Gruppe (ebd., 83).

Riegler ortet zudem auch Terrorismus bei den Land- und Stadtguerilla in Lateinamerika. Konkret nennt sie Anschläge rund um die revolutionären Ereignisse in Guatemala (1994), Bolivien (1952), Kuba (1959), Nicaragua (1979), Argentinien, Uruguay und Venezuela (1962–1968) sowie Guerillabewegungen allgemein in Honduras, Mexiko, Bolivien, Kolumbien, Peru, El Salvador und Guatemala (ebd., 75).

Rechtsterrorismus:

Hierbei handelt es sich um ein „kontinuierliches-ungebrochenes Phänomen, das sich seit der Zwischenkriegszeit, mit einer Hochphase vor allem während der 1980er Jahre, durchzieht“ (ebd., 88f). Gemein hatten die rechten Gruppen ihren Protest gegen eine moderne Gesellschaft, korrupte Parteien sowie die Abwehr des Kommunismus. Auch Anschläge im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den ‚jüdischen‘ Kapitalismus zählen hier dazu. Ziel war es, liberale Demokratien schrittweise durch autoritär-reaktionäre Strukturen zu ersetzen (ebd., 89).

Zu den ersten Gruppen zählen die deutschen Freikorps, die vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aktiv waren. Auch in Italien, Kroatien, Rumänien oder Frankreich waren rechtsextreme Gruppen zu dieser Zeit aktiv. In Frankreich formierte sich während des Kalten Kriegs zudem die OAS – eine rechtsradikale Gruppe, die mit ‚terroristischen‘ Mitteln eine Versöhnung mit Algerien zu verhindern versuchte und sich für die französischen Siedler in Algerien stark machte. Später vernetzte sich die OAS quer durch Europa mit gleichgesinnten Gruppen (ebd., 90ff).

Zumeist handelte es sich bei Rechtsterrorismus aber um lokale Phänomene. Ein Beispiel ist etwa die Gruppe Ludwig, die zwischen 1977 und 1984 in Bayern und Norditalien 14 Menschen töteten. In Nordirland war lange Zeit die protestantische Ulster Defense Association (UDA) tätig. Ihre Anschläge galten überwiegend der katholischen Bevölkerung. Allein in den 70er Jahren starben mehr als 500 Menschen. In den USA waren es fast ausschließlich militante christlich-fundamentalistische Randgruppen, die ‚rechtsterroristisch‘ tätig waren. Ihr Weltbild war geprägt von Rassismus, Antisemitismus und den Hass gegen eine vermeintlich allmächtige Zentralregierung (ebd., 94f). Den

schwersten Anschlag in den USA verübte Timothy Mcveigh 1995 in Oklahoma: Er sprengte das dortige FBI-Gebäude in die Luft. 168 Menschen starben, 800 wurden verletzt (Busch 2013, 228).

Auch die Attentate des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in Deutschland zählen manche BeobachterInnen zu rechtsextremem Terror (Virchow 2011). An der Bewertung der Attentate der NSU sieht man allerdings auch, dass es keinen Konsens gibt, ob es sich hierbei denn nun um ‚Terror‘ handelt oder nicht. Busch (2013) nennt die Gewalt der NSU einen „neuen Typ rechtsextremistischer Gewalt“, wenngleich er einige Merkmale terroristischer Gewalt konstatiert (ebd., 230).

Busch zählt auch den Österreicher Franz Fuchs sowie den Norweger Anders Behring Breivik zu den Rechtsterroristen (ebd., 228f). Der Fall Breivik illustriert auch wegen seiner Aktualität die Unschärfe rund um den Begriff ‚Terrorist‘. Bei seinen Anschlägen im November 2011 starben in Norwegen 77 Menschen. In den Medien fanden sich seither allerhand Bezeichnungen für Breivik: Massenmörder, Amokläufer, Attentäter, Rechtsextremist, religiöser Fanatiker und auch Terrorist (Posener 2013, Traufetter 2012, Die Welt 2012, Wünsch 2012).

Wie schwierig die Zuschreibung offensichtlich war, zeigt ein internes E-Mail des ORF-Niederösterreich. Unmittelbar nach den Anschlägen bat der Vize-Chefredakteur seine KollegInnen, Breivik nicht als „christlichen Fundamentalisten“ zu bezeichnen. Die Wörter „christlich“ und der Mord an Dutzenden Menschen passen nicht zusammen, so die Argumentation des Vize-Chefs. Schließlich habe Breivik „äußerst unchristlich“ gehandelt. Passender wäre „religiöser Fanatiker“ oder schlicht „Rechtsextremist“ (derStandard.at 2011).

Breivik wurde schließlich wegen Terrorismus und vorsätzlicher Tötung angeklagt und dafür auch verurteilt. Laut norwegischem Gericht ist er also ein Terrorist (Rentzsch 2012).

Die radikal-islamistische Terrorismuswelle:

Spätestens seit Anfang der 1990er-Jahre hat der radikal-islamistische ‚Terror‘ in der Weltöffentlichkeit den anderen Bewegungen die Aufmerksamkeitskrone streitig gemacht. Ein klares Abgrenzungskriterium zu den bisher genannten Wellen ist jedenfalls die Religion. Allerdings herrscht in der wissenschaftlichen Literatur kein Konsens darüber, wie gewichtig dieser Faktor ist. Hoffman (2006, 112f) geht etwa davon aus, dass die religiöse Komponente

alles andere überwiegt und politische Aspekte kaum eine Rolle spielen. Dem entgegnet Riegler, dass die Attentate sehr wohl einen politischen Hintergrund (etwa die Rolle der USA im Nahen Osten) besitzen und religiöse Aspekte vorrangig zur Legitimation der Gewalt dienen (2009, 96f).

Ziel der Gruppen ist es, allgemein gesprochen, mittels Gewalt islamische Staaten auf Grundlage des Korans zu gründen, und damit die jetzigen Gesellschaftsmodelle abzulösen. Insofern versteht sich der radikale Islamismus als Befreiungsbewegung von unislamischen ‚Tyrannen‘ und als Ideologie zur Wiederherstellung der göttlichen Souveränität. ‚Terror‘ – also bestimmte Formen von Gewalt – sehen die Gruppen häufig als legitimes Mittel des Widerstandes oder der Revanche angesichts der militärischen Aktionen der USA im Nahen Osten (etwa in Afghanistan oder im Irak). Die militärische Präsenz gilt so als Beleg für neue Kreuzzüge, die es abzuwehren gelte (ebd., 98).

Grundsätzlich gilt es zwischen schiitischen- und sunnitischen Gruppen zu unterscheiden. Schiitische Gruppen waren schon lange vor 9/11. Schon in den 1980er-Jahren verübte die Hisbollah – unterstützt und finanziert durch Syrien und den Iran – zahlreiche Selbstmordattentate mit Autobomben. Ziel der Gruppen war es, die iranische Revolution in die Region zu exportieren. Auf internationaler Ebene operierte der ‚islamische Jihad‘ zudem mit Flugzeugentführungen. Die meisten Attentate können auf übergeordnete strategische Interessen zurückgeführt werden (ebd., 98ff).

Militante sunnitische Gruppen waren seit den 1970er-Jahren vor allem von Saudi-Arabien und der dortigen Glaubensrichtung Salafia geprägt. In den 1980er-Jahren konzentrierten sich radikal-sunnitische Gruppen auf den Kampf gegen die KommunistInnen in Afghanistan. Nach dem Rückzug der Roten Armee verteilten sich die Gruppen auf lokale Konflikte. Auch im bosnischen Bürgerkrieg zwischen 1992 und 1995 waren einige Hundert radikal-sunnitische KämpferInnen aktiv, scheiterten allerdings damit, den Islam dort politisch zu verankern. Des Weiteren waren JihadistInnen in den 1990er-Jahren in Indien, Pakistan, Algerien, Ägypten und Tschetschenien aktiv (ebd., 100f).

Zunehmend kam es aber zu einem Strategiewechsel: weg vom ‚nahen Feind‘ hin zum ‚fernen Feind‘. Vor allem Osama bin Laden setzte sich für direkte Schläge gegen die USA ein. Bereits 1993 kam es zum ersten Anschlag auf das World Trade Center mittels Autobombe. Der 11. September 2001 war schließlich der Höhepunkt dieses neuen Jihads. Fast 3.000 Menschen starben. Für islamische Terrorgruppen war das eine Art Weckruf. In den

Folgejahren kam es immer wieder zu Attentaten, so auch in Madrid 2004 und London 2005. Die meisten Gewalttaten gab es aber wohl im Irak, wo nach der US-Invasion 2003 Selbstmordattentate, Entführungen und Enthauptungen fast schon an der Tagesordnung standen (ebd., 102).

3.2.2 Wieso man ‚Terror‘ nicht allgemeingültig definieren kann

"One man's terrorist is another man's freedom fighter." (Baumann 2013, 69)

Kaum ein Zitat bringt die Problematik um die Definition von ‚Terror‘ besser auf den Punkt als dieser Satz, der einem in Nordirland stationierten britischen Soldaten zugeschrieben wird. Auch Yasser Arafat bezog sich in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung 1974 auf diesen Unterschied:

The difference between the revolutionary and the terrorist lies in the reason for which each fights. For whoever stands by a just cause and fights for the freedom and liberation of his land from the invaders, the settlers and the colonialists, cannot possibly be called terrorist (...). (Le Monde diplomatique 2006)

Aus dem Zitat wird ersichtlich, dass ‚Terror‘ eine subjektiv Zuschreibung ist. Denn was eine ‚gerechte Sache‘ ist, liegt im Auge des Betrachters. Pointiert nennt Richardson (2006, 27) das einzige universell anerkannte Merkmal von ‚Terrorismus‘ daher, dass er negativ ist. Terrorismus sei das, was die Bösen tun. Dass ‚Terror‘ ein Konstrukt ist, ist allerdings keine neue Erkenntnis. Said (1988) wies bereits vor fast drei Jahrzehnten darauf hin.

Heute gibt es praktisch weltweit keine Gruppe, die sich selbst als terroristisch definiert. Das war nicht immer so. Verschiedene AnarchistInnen des 19. Jahrhunderts gaben sich als ‚TerroristInnen‘ aus und standen ebenso dazu, dass es sich bei ihrer Vorgehensweise um Terrorismus handelte. Nach und nach verschwand der Begriff ‚Terrorismus‘ jedoch aus den Selbstbezeichnungen. Die in den 1940er-Jahren aktive jüdische Gruppe Lehi gab zwar zu, terroristische Methoden einzusetzen, bezeichnete sich aber als ‚Freiheitskämpfer für Israel‘. Ähnliches erlebte man auch in Brasilien in den 1920er-Jahren: Der Revolutionär Carlos Marighela befürwortete öffentlich zwar „terroristische Taktiken“, nannte seine Gefolgsleute jedoch „Stadtguerilla“, und nicht etwa „Stadtterroristen“ (Hoffman 2006, 50f).

Hoffman (ebd.) ortet bei terroristischen Gruppen eine Tendenz immer kompliziertere, alternative Begriffe für ihre Eigendefinition zu wählen, die die abschreckende Begleitmusik

des Terrorismus übertönen. Anstelle von ‚Terror‘ führen Gruppen andere Namen. Stattdessen bezeichnen sich solche Gruppen mit Begriffen wie ‚Freiheit‘ oder ‚Befreiung‘ (beispielsweise die Volksfront zur Befreiung Palästinas), ‚Armee‘ oder ‚Militär‘ (Volksbefreiungsarmee), oder etwa ‚Selbstverteidigungsbewegung‘ (Jüdische Verteidigungsliga). Manche Gruppen tragen entschieden neutrale Namen. Das prominenteste Beispiel hier ist Al-Kaida, was übersetzt so viel bedeutet wie ‚Operationsbasis‘ oder ‚Fundament‘. Al-Kaida meint also eine Basis für die weltweite islamische Revolution.

Terror kann man heute also als Fremdzuschreibung bezeichnen. Wegen der stark negativen Konnotation des Wortes ‚Terror‘ wird die Zuschreibung ‚TerroristIn‘ immer subjektiv sein und davon abhängen, ob man mit der betroffenen Person, Gruppe oder Organisation prinzipiell sympathisiert oder ihnen ablehnend gegenübersteht. Wer sich mit den Opfern eines Gewaltaktes identifiziert, der wird die Tat eher als ‚Terrorismus‘ bezeichnen. Wer hingegen auf der Seite der Vollstrecker steht und ihre Ziele für legitim hält, wird tendenziell die Tat nicht als ‚Terror‘ bezeichnen (ebd., 54f).

Weil ‚TerroristInnen‘ sich selbst nicht so nennen, ortet Hoffman (ebd., 53) bei ihnen eine ‚Eigentümlichkeit der Selbstverleugnung‘. Ein Bankräuber würde sich ohne Probleme ‚Bankräuber‘ nennen und ein Revolutionär sich ‚Revolutionär‘. „Der Terrorist dagegen wird niemals bestätigen, dass er ein Terrorist ist, und er wird sich darüber hinaus die größte Mühe geben, um jede derartige Annahme oder Beziehung zurückzuweisen oder zu vernebeln“ (ebd.).

Hoffmans Schilderungen lesen sich, als würde er selbst genau wissen, wer einE TerroristIn ist und wer nicht. Dass sich die Betroffenen selbst nicht so bezeichnen, sieht er als „Vernebelung“ oder „Verleumdung“. Damit maßt er sich an, selbst entscheiden zu können, ab wann legitimer Widerstand zu Terror wird und welche Formen von Gewalt ‚terroristisch‘ ist. Oder anders gesagt: Er maßt sich an, das gesellschaftliche Konstrukt ‚Terrorismus‘ nach seinen Vorstellungen zu bestimmen. Er ist mit diesem Anspruch nicht alleine. Trotz der begrifflichen Unschärfe und der damit einhergehenden Probleme haben etliche WissenschaftlerInnen, Institutionen und NGOs versucht, ‚Terror‘ nach ihren Vorstellungen zu definieren. Im Folgenden werden einige Definitionen exemplarisch herausgearbeitet. Dies soll auch verdeutlichen, wie unterschiedlich das Phänomen definiert werden kann. Auch darin liegt begründet, wieso dieselbe Gruppe beziehungsweise dieselbe Tat von manchen als ‚terroristisch‘ eingestuft wird und von anderen nicht.

3.2.2.1 Definitionen in der Wissenschaft:

Die akademische Welt konnte sich bislang nicht auf eine allgemein anerkannte Definition von Terrorismus einigen. Das ist aber eigentlich nicht weiter überraschend, denn allgemein anerkannte Definitionen sind in der Wissenschaft ohnehin Mangelware. Für politische Phänomene wie Faschismus oder Kommunismus existieren sie ebenso wenig wie für Nationalismus oder Demokratie (Laqueur 2003, 345f).

Obwohl Riegler (2009, 43) die Problematik rund um die Definition von Terror herausarbeitet, unternimmt er schließlich doch einen eigenen Versuch den Pudding an die Wand zu nageln:

„Terrorismus“ [ist gekennzeichnet] durch (1.) den Einsatz von extranormaler Gewalt gegen willkürlich oder selektiv ausgewählte Ziele, wobei dieser Gewaltakt (2.) aufgrund seiner möglichst „spektakulären“ Natur zum Transport einer Botschaft dient, also einen kommunikativen Akt darstellt, der (3.) eine politische Reaktion im Sinne der Ausführenden des terroristischen Akts provozieren soll: Je nach Zielpublikum geht es darum, dieses zu aktiver Teilnahme zu mobilisieren oder es einzuschüchtern und in Angst zu versetzen, sodass es nicht mehr gewillt ist, eine bestimmte Politik oder das System insgesamt zu unterstützen. (Ebd.)

Er versteht Terror also als Strategie, mit deren Hilfe politischer Wandel gewaltsam herbeigeführt werden soll. Riegler betont, dass auch seine Definition nicht präzise ist. Abhängig vom politischen Standpunkt können unterschiedliche Elemente aus der Definition verschieden stark betont werden (ebd.).

Versteht man Rieglers Charakteristikum der „extranormalen Gewalt“ als Gegensatz zu legaler Gewalt im Rahmen des Gewaltenmonopols des Staat, wird eines klar: Staatliche Akteure können nach dieser Definition nicht terroristisch agieren. Ein Geheimdienst, der jemanden entführt oder eine Bombe zündet, handelt nicht terroristisch, eine Gruppe oder Organisation dagegen schon.

Andererseits wäre bereits jeder „spektakuläre Gewaltakt“ eines Demonstranten, der damit ein politisches Statement abgeben will, als Terror einzustufen. Je nachdem, was man unter „spektakulär“ verstehen möchte, könnten etwa Molotowcocktails oder demolierte Fahrzeuge schon dazu zählen. Größere Aufstände wie etwa zuletzt in Brasilien, der Türkei oder Ägypten würden nach der Definition von Riegler demnach terroristische Elemente enthalten.

Bernadette Linder (2011, 68–74) beschreibt Terrorismus zunächst als politische Gewalt. Auch sie betont aber, dass weder im Bereich des internationalen Rechts noch in der Wissenschaft

Konsens über eine Definition herrscht und sich in den verschiedenen Versuchen Weltanschauung und Standpunkt widerspiegeln.

Trotz aller explizit reflektierten Widersprüche versucht sich Linder auch an einer Definition:

Die [terroristische] Gewalt kann sich symbolisch gegen Personen richten, die von den Terroristen als Gegner betrachtet werden oder aber auch gegen unbeteiligte Dritte. Durch terroristische Anschläge sollen psychologische Signalwirkungen ausgestrahlt werden und dienen somit (sic!) als Mittel der Kommunikation, die vor allem mediale Aufmerksamkeit sichern. Die daraus entstehende Angst der Bevölkerung soll Regierungen und verschiedenste Verantwortliche zu einem Richtungswechsel in der Politik bewegen. (ebd., 76)

Zwei Dinge fallen bei ihrer Erklärung auf: Zum einen, dass nur Personen von Terrorismus betroffen sein können – ein Bombenanschlag, der zwar zu erheblicher Sachbeschädigung führt, aber nicht gegen Menschen gerichtet war, wäre somit kein Terrorismus. Und zum anderen kommen „Regierungen und verschiedenste Verantwortliche“ implizit nur in der Rolle des Opfers vor. Terror wird demnach gemacht, um einen Richtungswechsel in der Politik zu bezwecken.

Weiter unten präzisiert sie dies: „Zudem sind die Attentate meist gegen Nicht-Kombattanten gerichtet und gehen von nicht staatlichen Akteuren aus“ (ebd. 78).

Linder trifft eine weitere wichtige Unterscheidung. Sie differenziert zwischen TerroristInnen und Guerillas. Zwar verwenden beide asymmetrische Gewalt, die Zielsetzungen seien jedoch unterschiedlich. Guerillas geht es um die Eroberung eines Gebietes, sie verfolgen eine militärische Strategie. Terroristen verwenden ihre Gewalt hingegen als Kommunikationsstrategie und wollen primär die Gedanken der Öffentlichkeit beherrschen (ebd., 79).

Den Definitionen von Linder und Riegler ist ein gewisser Positivismus nicht abzusprechen. Sie wirken, als könne man ‚Terror‘ letzten Endes objektiv ausmachen. Eine andere Herangehensweise wählt hingegen etwa Kaschner (2008). Bei seiner Terror-Definition wird klar, dass Terrorismus subjektiv ist:

Terrorismus ist die von Opfern oder Unbeteiligten gebrauchte Bezeichnung für aus sozialen Gegenbewegungen entstehende, objektiv illegale aber subjektiv legitime, von nichtstaatlichen Akteuren angedrohte oder praktizierte Gewalt gegen staatliche und nichtstaatliche Ziele zum Zwecke der Kommunikation politischer antisystemischer Anliegen (ebd., 29).

Der Gedankenschule dieser Arbeit entsprechend bezeichnet Kaschner Terror als ein Phänomen, dass von „Opfern oder Unbeteiligten“ so genannt wird. Terror ist damit nicht absolut, sondern subjektiv. Was für die Opfer ‚Terror‘ ist, ist für die TäterInnen womöglich schlicht ‚Widerstand‘. Allerdings nutzen nicht nur ‚Opfer‘ den Terrorbegriff, sondern auch Machthaber. Jemanden als ‚TerroristIn‘ zu bezeichnen, kann ebenso politisches Kalkül sein. Kaschners Definition fehlt somit der Aspekt der Machtverhältnisse, der gemäß des Konstruktivismus in Begriffen stets enthalten ist. Und noch eines fällt auf: Auch bei Kaschner geht ‚Terror‘ explizit und ausschließlich von nichtstaatlichen Akteuren aus. Der Staat kann somit nicht terroristisch agieren.

An einer Konsens-Definition versuchten sich etwa Weinberg, Pedahzur und Hirsch-Hoefler. Sie analysierten die unterschiedlichen Terror-Begriffe in Fachzeitschriften und versuchten so, eine Art kleinsten gemeinsamen Nenner herauszuarbeiten. Zwischen 1977 und 2001 fanden sie 73 verschiedene Definitionen. Gewalt und Zwang war in 71 Prozent enthalten, Politik in 60 Prozent, und Angst und Schrecken in 40 Prozent der Begriffserklärungen. Ihr Fazit: *„Terrorism is a politically motivated tactic involving the threat or use of force or violence in which the pursuit of publicity plays a significant role“* (Weinberg, Pedahzur, Hirsch-Hoefler 2004, 782).

Im Gegensatz zu anderen bereits besprochenen Definitionen ist diese sehr weit gefasst. Terrorismus ist hier also eine politische Taktik, bei der Gewalt nicht zwangsläufig eingesetzt werden muss. Drohungen reichen schon. Außerdem bleibt offen, welche Akteure terroristisch agieren können und wer davon betroffen sein kann. Das überrascht selbst die Forschungsgruppe (ebd.). Ein Staatschef, der aufmüpfigen Demonstranten mit Gewalt droht und damit politische Ziele verfolgt, könnte demnach auch ‚terroristisch‘ sein.

In einer Meta-Analyse analysieren Schmid und Jongman (1988, 5f) 109 Terror-Definitionen und arbeiten 22 Kategorien heraus, die in unterschiedlicher Häufigkeit vorkommen. Tabelle 1 fasst die Ergebnisse zusammen:

Elemente von Terror-Definitionen	
Element	Häufigkeit (in Prozent)
1. Gewalt, Zwang	83,5 %
2. Politisch	65 %
3. Hervorhebung von Furcht und Schrecken	51 %
4. Drohung	47 %

5. (Psychologische) Effekte und (antizipierte) Reaktionen	41,5 %
6. Opfer-Ziel Differenzierung	37 %
7. Zielgerichtetes, geplantes, systematisches, organisiertes Handeln	32 %
8. Methoden des Kampfes, Strategie, Taktik	30,5 %
9. Außerhalb der Normalität, Verletzung akzeptierter Regeln, ohne humanitäre Rücksichtnahme	30 %
10. Nötigung, Erpressung, Herbeiführung von Nachgiebigkeit	28 %
11. Publizitätsaspekte	21,5 %
12. Willkürlichkeit; unpersönlicher Zufallscharakter; Wahllosigkeit	21 %
13. Zivilisten, Nicht-Kombattanten, Neutrale, Außenseiter als Opfer	17,5 %
14. Einschüchterung	17 %
15. Hervorhebung der Schuldlosigkeit der Opfer	15,5 %
16. Gruppe, Bewegung, Organisation als Täter	14 %
17. Symbolische und demonstrative Aspekte	13,5 %
18. Unberechenbarkeit, Unvorhersehbarkeit, Plötzlichkeit des Auftretens von Gewalt	9 %
19. Heimlichkeit	9 %
20. Wiederholbarkeit; Serien- oder Kampagnencharakter der Gewalt	7 %
21. Kriminell	6 %
22. Forderung an dritte Parteien	4 %

Tabelle 1 Elemente von Terror-Definitionen. Quelle: Schmid, Jongman (1988, 5f)

Im Durchschnitt verwendeten AutorInnen acht Elemente bei ihren Definitionen. Dennoch halten Schmid und Jongman fest, dass die Liste wahrscheinlich nicht alle Elemente für eine ‚gute‘ Definition enthalten würde (ebd., 6). Mit dem Anspruch eine für die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft brauchbare Definition herauszuarbeiten, starteten die beiden Autoren schließlich einen eigenen Versuch:

Terrorism is an anxiety-inspiring method of repeated violent action, employed by (semi-) clandestine individual, group, or state actors, for idiosyncratic, criminal, or political reasons, whereby – in contrast to assassination – the direct targets of violence are not the main targets. The immediate human victims of violence are generally chosen randomly from a target population, and serve as message generators. Threat- and violence-based communication processes between terrorist (organization), (imperiled) victims, and main targets are used to manipulate the main target (audience(s)), turning

it into a target of terror, a target of demands, or a target of attention, depending on whether intimidation, coercion, or propaganda is primarily sought (ebd., 28).

Verglichen mit den bisher erörterten Terror-Begriffen enthält diese Mammut-Definition mit Abstand die meisten Elemente. Terror kann demnach sehr viel sein. Wesentlich ist, dass nach dieser Definition auch der Staat explizit terroristisch agieren kann. Andererseits sind für Schmid und Jongman ‚Terror‘ und ‚Attentate‘ zwei grundsätzlich verschiedene Phänomene. Das steht im Widerspruch zur Terror-Geschichte, wie sie Riegler (2009) versteht und wie sie weiter oben ausführlich dargelegt wurde. Auch hier zeigt sich also: Wirklich zufriedenstellen kann in der Wissenschaft auch diese Definition nicht alle.

Die akademische Welt scheint eine pragmatische Lösung für das Dilemma um Definitionen gefunden zu haben. So stellen Weinberg, Pedahzur und Hirsch-Hoefler (2004, 783) fest, dass nur in wenigen Artikeln näher auf die Definition von Terrorismus eingegangen wird. In den meisten Texten wird die Begriffsbestimmung eher nebenbei als Formalität erledigt. Das kann aber dazu führen, dass implizit ‚Terror‘ definiert wird als „violence of which we do not approve“ (Schmid, Jongam 1988, 3).

English (2010, 1f) geht sogar so weit zu sagen, ‚Terror‘ habe jede Erklärungskraft verloren, da der Begriff über die Jahre für alle möglichen Dinge verwendet wurde. Verantwortlich dafür seien auch die unterschiedlichen Definitionen auf politischer Ebene. Niemand solle so naiv sein zu glauben, man könne eine universell anerkannte Definition zustande bringen (ebd., 5).

3.2.2.2 Definitionen in der Politik

Wenngleich eine Definition schwierig scheint, haben die meisten Staaten in ihrem Rechtssystem Terror durchaus enthalten. Auch die EU hat eine Definition erarbeitet. Im Folgenden werde ich vier Definitionen aus dem Feld der Politik kurz anführen.

- **Definition der Vereinten Nationen:** Auf UN-Ebene gibt es keine allgemeine, umfassende Terror-Definition. Verschiedene Versuche sich zu einigen scheiterten, ein Konsens unter den Staaten war bislang nicht herzustellen (Riegler 2009, 23; UN High-Level Panel on Threats, Challenges and Change 2004, 51). Dennoch haben verschiedene Unterorganisationen der UN sich an Definitionen herangewagt. Hier beziehe ich mich auf einen Bericht des UN High-Level Panel on Threats, Challenges and Change (2004, 52).

Als deskriptive Definition schlägt der Bericht vor, alles unter Terror zu verstehen, „*that is intended to cause death or serious bodily harm to civilians or non-combatants, when the purpose of such act, by its nature or context, is to intimidate a population, or to compel a Government or an international organization to do or to abstain from doing any act*“ (ebd.).

Der Bericht hält außerdem fest, dass sich UN-Mitglieder in zwei Punkten bezüglich einer umfassenden Definition nicht einigen können: Zum einen gibt es das Argument, dass eine Definition auch staatlich ausgeübte Gewalt gegen die Zivilbevölkerung enthalten müsse, und zum anderen muss der Zivilbevölkerung das Recht eingeräumt werden, sich gegen ausländische Besatzungen zu wehren. Daher müsse diese Form der Gewalt aus der Terrorismus-Definition ausgeschlossen werden.

Wie schwierig es ist, sich auf UN-Ebene auf eine Definition von Terror zu einigen, zeigt vor allem ein Beispiel: Die Ermordung von elf israelischen Athleten bei den Olympischen Spielen 1972. Der damalige Generalsekretär Kurt Waldheim bezeichnete in einem Vorstoß das Attentat als „terroristische Gewalt“ und forderte eine aktivere Haltung der UN. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten unterstützte Waldheim. Eine Minderheit – darunter viele arabische, afrikanische und asiatische Länder – vertraten hingegen grundlegend andere Positionen: Völker, die gegen ausländische Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen, haben das Recht, alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, so der Tenor (Hoffman 2006, 55).

Die Delegierten hatten zwei Argumente. Erstens: Befreiungsbewegungen würden von Regimen immer als ‚terroristisch‘ gebrandmarkt werden. Die Verdammung des ‚Terrorismus‘ durch die UN würde somit den Status quo legitimieren. China argumentierte etwa, die UN würde auf diese Weise den unterdrückten Nationen die einzige effektive Waffe im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und israelischem Zionismus wegnehmen. Und zweitens: Nicht die Gewalt selbst sei entscheidend, sondern die ihr zugrunde liegenden Ursachen wie Verzweiflung, Elend und Leid. Syrien argumentierte sogar, dass die UN rechtlich und moralisch verpflichtet sei, den Kampf um Befreiung zu fördern. Jeder Versuch, den Kampf um Befreiung mit Terrorismus oder illegitimer Gewalt gleichzusetzen, sei abzulehnen (ebd., 55f). Auch Kuba argumentierte, dass die Kampfmethoden von nicht-staatlichen Akteuren nicht für illegal erklärt werden dürfe, wenn gleichzeitig die militärische Gewalt durch staatliche Akteure für legitim erklärt wird (ebd., 58).

- **Definition der Europäischen Union:** Der Rat der Europäischen Union formulierte im Juni 2002 in einem Rahmenbeschluss Grundpositionen zur Terrorismusbekämpfung. Terror ist dort in Artikel 1 wie folgt definiert:
 Als Terror gelten vorsätzlich begangene Straftaten, die durch die Art ihrer Begehung oder den jeweiligen Kontext ein Land oder eine internationale Organisation schädigen können, wenn sie mit dem Ziel begangen werden, (1) die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern, (2) öffentliche Stellen oder internationale Organisationen rechtswidrig zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder (3) die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 2002).
 Dazu zählen etwa Angriffe auf das Leben einer Person; Entführung; Geiselnahme; schwerwiegende Zerstörungen von Regierungseinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen oder Infrastruktur; Brandstiftung; Explosionen; Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung oder Bereitstellung oder Verwendung von Waffen und Sprengstoffen; oder auch die Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit biologischen und chemischen Waffen (ebd.).
 2008 wurde der Beschluss leicht überarbeitet. An der Definition änderte sich jedoch nichts (Amtsblatt der Europäischen Union 2008).

Was auf den ersten Blick womöglich wie eine objektive, klare Definition wirken mag, weist doch einiges an Interpretationsspielraum auf. Denn die *Art der Begehung* der Straftat bzw. ihr *jeweiliger Kontext* müssen von Fall zu Fall debattiert werden. Unter den politischen und verfassungsrechtlichen Grundstrukturen eines Landes kann man sich womöglich noch Konkretes vorstellen. Aber was genau ist mit den wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen gemeint?

- **Regelung in Österreich:** Inhaltlich orientiert sich die Definition in Österreich naheliegender Weise an jener der EU. Was konkret als terroristische Straftat zählt, steht im Strafgesetzbuch §278c. Dazu zählen u. a. Mord; Körperverletzung, erpresserische Entführung, schwere Nötigung; gefährliche Drohungen; schwere Sachbeschädigungen „wenn die Tat geeignet ist, eine schwere oder längere Zeit anhaltende Störung des öffentlichen Lebens oder eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens herbeizuführen [...]“ (RIS 2012).

Absatz 3 enthält allerdings eine Ausnahme, die es Wert ist näher betrachtet zu werden. Dort heißt es: „Die Tat gilt nicht als terroristische Straftat, wenn sie auf die Herstellung oder Wiederherstellung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse oder die Ausübung oder Wahrung von Menschenrechten ausgerichtet ist.“ (Ebd.).

Ein Mord zählt also nicht als terroristische Straftat, wenn damit demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse wiederhergestellt werden sollen. Ebenso wenig zählt schwere Sachbeschädigung als Terror, wenn dadurch Menschenrechte gewahrt werden sollen. Hierin zeigt sich der Graubereich, der manche WissenschaftlerInnen und JournalistInnen skeptisch macht, wie weiter oben angeführt.

- **Regelung der USA:** Wie verworren die Versuche um eine allgemein anerkannte Terror-Definition ist, zeigen die USA. Dort gibt es nicht einmal quer durch die staatlichen Institutionen einen einheitlichen Terror-Begriff.

Im US-Bundesgesetz (Title 22, Chapter 38, § 2656f) wird Terror so definiert: „[T]he term ‚terrorism‘ means premeditated, politically motivated violence perpetrated against noncombatant targets by subnational groups or clandestine agents.“ (Cornell Law School 2014^a)

Verglichen mit anderen Definitionen ist diese eher wortkarg. So wird „politisch motivierte Gewalt“ etwa nicht weiter präzisiert oder eingeschränkt, wie das etwa im österreichischen Recht der Fall ist. Beachtenswert ist allerdings, dass in dieser Definition explizit auch „agents“ – also AgentInnen – als potenzielle TerroristInnen angeführt werden. Demnach können also staatliche Akteure ebenfalls terroristisch agieren.

Im Code of Federal Regulations wird Terror hingegen anders definiert. Terror ist dort „the unlawful use of force and violence against persons or property to intimidate or coerce a government, the civilian population, or any segment thereof, in furtherance of political or social objectives.“² (Cornell Law School 2014^b)

Diese Definition umfasst vergleichsweise sehr viel. Jegliche Gewalt, die zumindest Teile der Regierung oder der Zivilbevölkerung zum Ziel hat und politische oder soziale Agenden verfolgt, kann Terror sein. Die Gewalt muss noch nicht einmal gegen Menschen gerichtet sein. Terror kann auch Gewalt gegen Eigentum sein. Die Definition beinhaltet keinerlei Einschränkungen, welche Art Gewalt

² Diese Definition nutzt auch das FBI als Basis für seine eigene Definition. Siehe: Federal Bureau of Investigation (2007): Terrorism 2002–2005. Am 18.09.2007. Online: http://www.fbi.gov/stats-services/publications/terrorism-2002-2005/terror02_05.pdf [07.08.2014]

potenziell ‚terroristisch‘ sein kann. Anders als im Bundesgesetz muss die Gewalt also nicht ‚politisch motiviert‘ sein und sie muss auch nicht unbedingt Zivilisten zum Ziel haben. Überspitzt formuliert könnte bereits ein Demonstrant, der einen Stein gegen ein Bundesgebäude wirft, terroristische Gewalt verübt haben.

Aus beiden US-Definitionen geht hervor, dass grundsätzlich auch Staaten terroristisch handeln können. – Also auch die USA. Das wirkt paradox. Wieso sollte ein Staat eine Definition festlegen, die potenziell auch seine eigenen Handlungen als ‚terroristisch‘ brandmarkt? Der ehemalige US-Diplomat Edward Peck hat Erfahrungen mit diesem Paradoxon gemacht. 1985 war er unter Präsident Ronald Reagan in der Terrorismus-Task-Force. Sein Job war es, eine brauchbare Definition von Terror zu erarbeiten. Pecks Team legte sechs Vorschläge vor. Sie wurden allesamt abgelehnt, weil gemäß jeder einzelnen Definition auch die USA bereits terroristisch tätig war. Offenbar konnte man dieses Dilemma nicht lösen. Zu den oben zitierten und damit aktuellen Terror-Definitionen sagt Peck in einem Interview: „[Y]ou can think of a number of countries that have been involved in such activities [terrorism, Anm.]. Ours is one of them. Israel is another. And so, the terrorist, of course, is in the eye of the beholder.“ (Democracy now 2006)

Den USA scheint es somit nicht gelungen, eine Terror-Definition zu erarbeiten, die sowohl sämtlichen feindlichen Terror als solchen benennt als auch gleichzeitig die Handlungen von US-Akteuren ausschließt. Dass dieser Zustand unbefriedigend ist, ergibt sich aus der besprochenen Theorie: ‚Terror‘ ist ein Konstrukt, das auf Gegner angewandt wird. Allgemein anerkannte Konstrukte spiegeln einerseits Machtverhältnisse in einer Gesellschaft wieder. Und andererseits offenbaren sie gewisse Eigeninteressen der Mächtigen. Es kann allerdings wohl kaum im Eigeninteresse der USA liegen, die eigenen Akteure als ‚terroristisch‘ zu bezeichnen. Pecks Auftrag eine ‚passende‘ Definition zu finden, muss man daher auch als Auftrag verstehen, eine den eigenen Interessen entsprechende Definition zu finden.

TEIL 2: ‚TERROR‘ ALS POLITISCHE STRATEGIE

4 Forschungsfragen

Aus der bisherigen Beschäftigung mit der Theorie sowie aus dem allgemeinen Forschungsinteresse ergeben sich nun folgende Forschungsfragen:

1.) Welchen politischen Zwecken kann es dienen, wenn PolitikerInnen eine Gruppe als ‚terroristisch‘ definieren oder von Terror sprechen?

Dieser Frage liegt die Annahme zugrunde, dass die Politik durch die Bezeichnung einer Gruppe als ‚terroristisch‘ bestimmte Ziele verfolgt. Die Bezeichnung erfolgt weder willkürlich noch zufällig. Die Frage ist nun: Welchen Strategien dient es, wenn die Politik von Terror spricht? Welche spezifischen Ziele können dadurch erreicht werden?

Hieraus ergibt sich unmittelbar die Unterfrage: Wie kann sich die Zuschreibung ‚terroristisch‘ auswirken?

Die Frage der Auswirkung betrifft mehrere Gruppen: Grob unterscheiden kann man die direkt Betroffenen und die nicht direkt Betroffenen. Die Frage ist also einerseits: Wie wirkt sich das ‚Terror‘-Etikett auf Gruppen aus, auf die es angewandt wird? Andererseits ist davon auszugehen, dass es auch bei der Bevölkerung einen Unterschied macht, ob eine Gruppe als ‚terroristisch‘ gilt oder etwa als WiderstandskämpferInnen.

Diese erste Forschungsfrage wird überwiegend aus der Analyse wissenschaftlicher Literatur und der Aufarbeitung einzelner Beispiele aus der Praxis beantwortet.

Die Forschungsfragen zwei bis fünf werden hingegen überwiegend durch das empirische Fallbeispiel beantwortet. Die Beschäftigung mit der Literatur dient hier vor allem dem Hintergrundwissen zur besseren Einordnung der Ergebnisse.

2) Wie geht die APA mit der Zuschreibung ‚terroristisch‘ in der Syrienberichterstattung um und durch wen erfolgt die Zuschreibung?

Wenn ‚Terror‘ nicht objektiv, sondern eine Zuschreibung ist, mit der bestimmte Interessen bedient werden, stellt sich die Frage, wie Medien mit dieser Situation umgehen. Konkret heißt das: Macht die APA explizit, von wem die Zuschreibung kommt und welche Interessen dahinter stecken? Anzunehmen ist, dass das in manchen Fällen so sein wird, in anderen nicht. Die Frage ist dann: Wovon hängt es ab, ob die APA die dahinterliegenden Interessen thematisiert? Oder übt die APA selbst Deutungshoheit aus und entscheidet selbstständig, ob etwas ‚Terror‘ ist?

Daran anknüpfend wird zu untersuchen sein, wem oder was überhaupt das Etikett aufgeklebt wird. Werden einzelne Menschen als TerroristInnen bezeichnet? Oder Gruppen? Oder vielleicht gar keine Menschen, sondern eher Taten? Wie erörtert gibt es keinen Konsens darüber, welche Akteure terroristisch agieren können und welche nicht. Eine Frage ist etwa jene nach staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Wie geschildert gehen manche Definitionen explizit davon aus, dass ausschließlich nicht-staatliche Akteure terroristisch tätig sein können. Andere Definitionen schreiben auch Staaten zu, terroristisch agieren zu können. Wie sieht es in der Berichterstattung aus? Diese Frage muss zwangsläufig verknüpft werden mit der Frage, von welcher Seite die Zuschreibungen kommen. Falls beispielsweise staatliche Akteure also als ‚terroristisch‘ bezeichnet werden – von wem kommt diese Zuschreibung dann?

3) Welche Argumente bedient das Terror-Etikett in der Berichterstattung der APA?

Diese Frage knüpft an die erste Forschungsfrage an. Wenn durch ‚Terror‘ bestimmte Ziele verfolgt werden, stellt sich die Frage, wie sich dieses Phänomen in der Berichterstattung der APA äußert. Konkret heißt das also: In welchem Zusammenhang ist von ‚Terror‘ die Rede? Wird ‚Terror‘ verwendet, um die eigenen Interessen zu legitimieren? Und wenn ja: Wie stellt sich dieser Vorgang in der Berichterstattung dar?

5 Forschungsstand: Terror, Medien und politische Strategien

Die Wissenschaft hat über viele Jahre etliche Erkenntnisse zum Terrorismus geliefert.

Nachdem weiter oben bereits ausführlich dargelegt wurde, dass Terror ein Konstrukt ist und nicht allgemeingültig definiert werden kann, wird nun die Beziehung zwischen ‚Terror‘, den Massenmedien und der Politik (Kapitel 5.1) betrachtet. Dies ist notwendig, um die Grundlage für den empirischen Teil der Arbeit herauszuarbeiten und um zu zeigen, warum die Benennung von Phänomen als ‚Terror‘ folgeschwer sein kann.

Kapitel 5.2 nimmt sich der Frage an, welche politischen Strategien bei der Benennung von ‚Terror‘ vorliegen können. Ein spezielles Augenmerk gilt dabei dem Phänomen der Securitization als ein mögliches Resultat der ‚Terror‘-Etikettierung.

5.1 Terror in den Medien

Zwischen Medien und ‚Terrorismus‘ entsteht häufig eine Symbiose. Beide profitieren vom jeweils anderen. Auf der einen Seite führt die Berichterstattung über aufsehenerregenden ‚Terror‘ zu lukrativen Einschaltquoten. Auf der anderen Seite sind ‚TerroristInnen‘ auf die Aufmerksamkeit der Medien angewiesen, da sie so ihre Botschaften einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen können (Linder 2011, 67f).

Nachdem ein Anschlag verübt wurde, sind die Interessen der Medien mit jenen der ‚TerroristInnen‘, was die mediale Öffentlichkeit angeht, ähnlich: Beide wollen, dass besonders intensiv über den Anschlag berichtet wird. Für die ‚TerroristInnen‘ bietet das eine ideale Bühne, um sich in Szene zu setzen. Sie können sich Aufmerksamkeit und Definitionsmacht sichern. Der Psychiater Frederick Hacker sagt, TerroristInnen streben danach „einzuschüchtern und durch Einschüchterung zu herrschen und zu kontrollieren. Sie wollen beeindrucken. Sie treten vor einem und für ein Publikum auf und bemühen sich um die Beteiligung der Zuschauer“ (Hacker 1976³, 6, zit. nach: Hoffmann 2006, 268).

Medien hingegen wissen, dass sie mit emotionalen Berichten über Terroranschläge lukrative Einschaltquoten erzielen können. Vor allem im Medienwettbewerb, in dem jedes Medium

³ Hacker, Frederick J. (1976): *Crusaders, Criminals, Crazies: Terror and Terrorism in Our Time*. New York: W. W. Norton.

bestrebt ist, exklusive Storys zu liefern, ist der Druck groß, immer weiter über den Anschlag zu berichten (Hoffman 2006, 278).

Anschläge werden daher häufig mit dem Ziel konzipiert, möglichst viel Aufmerksamkeit der Medien zu bekommen. Symbolträchtige Ziele werden ausgewählt, um zu zeigen, dass traditionelle Machthaber verletzlich sind. Auf diese Weise bekommen die TäterInnen maximale Publizität (Linder 2011, 100f). Ein eindringliches Beispiel dafür war die Geiselnahme von israelischen Sportlern bei den Olympischen Spielen 1972. Es waren die ersten Olympischen Spiele, die live im Fernsehen übertragen wurden. Millionen von Menschen weltweit waren vor den Bildschirmen und erwarteten ein Sportereignis. Die palästinensische Gruppe Schwarzer September nutzte diese Aufmerksamkeit. Mit einem Schlag hatte sie ein Millionenpublikum für ihre Botschaft und der Nahost-Konflikt wurde zum Thema⁴ (ebd 103f; Riegler 2009, 270).

Anschläge wie diese sind demnach niemals ohne Sinn und Zweck. Die Gruppen dahinter versuchen Druck auf die Öffentlichkeit und auf die politische Klasse auszuüben, um ihre Ziele zu erreichen. Um diesen Druck erzeugen zu können, brauchen sie die mediale Aufmerksamkeit. Ohne Medienberichterstattung würden ihre Aktionen an Wirkung verlieren. Die Wahrnehmung eines Anschlags bliebe so eng begrenzt auf die unmittelbaren Opfer. Das größere ‚Zielpublikum‘, an das durch den Anschlag eine Botschaft übermittelt werden soll, bliebe allerdings unerreicht (Hoffman 2006, 268f). „Nur durch Verbreitung der Nachrichten über den Terror und die Gräueltaten unter einem viel größeren Publikum können die Terroristen [sic!] die maximale Hebelwirkung erzielen, die sie benötigen, um fundamentalen politischen Wandel durchzusetzen“ (ebd., 269). Für diesen „fundamentalen politischen Wandel“, wie ihn Hoffman nennt, braucht es jedenfalls Druck auf die Politik.

In der Politik entsteht Druck u. a. durch die fokussierte Aufmerksamkeit der Massen. Grob gesagt: Je mehr Menschen einer Sache Aufmerksamkeit widmen und etwas fordern, desto höher wird der Druck auf die Politik. Und je größer der Druck auf die Politik, umso eher kommt es zu Veränderungen. Die Fähigkeit, die Aufmerksamkeit der Massen auf bestimmte Themen zu fokussieren, liegt traditionell in den Händen der Massenmedien (Reimon 2010).

Welchen Effekt Massenmedien auf Terror und Politik haben können, zeigt das Beispiel des entführten Flugzeuges TWA 847. Drei libanesische Hisbollah-Kämpfer entführten im Juni

⁴ Die hohe Publizität des Ereignisses ließ zweifellos auch die Weltpolitik nicht kalt. So führte die Geiselnahme beispielsweise innerhalb der UN zu einer hitzigen Debatte über die Definition von ‚Terrorismus‘ und die Legitimität von Gewalt, siehe Kapitel 3.2.2.2.

1985 das Flugzeug und forderten die Freilassung von 776 Schiiten aus israelischen Gefängnissen. Nachdem einige Frauen, Kinder und Nicht-US-Bürger freigelassen wurden, waren am Ende noch 39 männliche US-Bürger unter den Geiseln. 17 Tage dauerte die Krise. Die drei wichtigsten amerikanischen Fernsehgesellschaften (ABC, NBC und CBS) sendeten während dieser Zeit täglich im Durchschnitt 28,8 Meldungen über die Geiseln. Mehr als ein Drittel der Berichte waren emotionale Storys mit Angehörigen der Geiseln, in denen die Familie ihr Leid schilderte. Die Qualen der Geiseln bekamen mitunter mehr Aufmerksamkeit, als die Hintergründe der Tat (Hoffman 2006, 269ff).

Auf der Regierung lastete also medialer Druck, die Geiseln rasch frei zu bekommen. Das blieb nicht folgenlos. Die Reagan-Administration zwang Israel, den Forderungen der Entführer stattzugeben. 756 gefangene Schiiten wurden freigelassen. Wie sehr Medien hier den Entführern in die Hände spielten, zeigt sich auch am Wording der JournalistInnen. In Livesendungen setzten KommentatorInnen die mutwillige Entführung von unschuldigen Flugzeugpassagieren gleich mit der Verhaftung von schiitischen Milizen, die während der Kämpfe im Südlibanon festgenommen wurden (ebd., 271f). Das Beispiel zeigt: Damit ‚Terror‘ die gewünschte Reaktion bekommt, braucht es den Druck auf die Politik. Und dieser Druck entsteht durch die fokussierte Aufmerksamkeit der Massenmedien. Abbildung 1 versinnbildlicht diese Zusammenhänge.

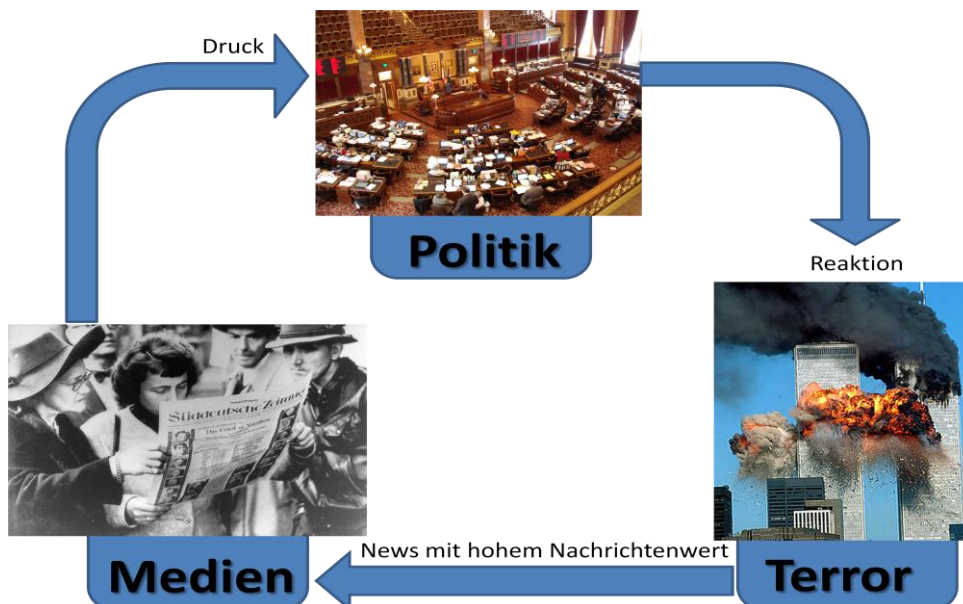


Abbildung 1 Terror, Medien, Politik. Eigene Darstellung⁵

⁵ Die verwendeten Bilder sind als CreativeCommons lizenziert und damit zur Wiederverwendung freigegeben. Die Urheber der Bilder sind: Miles530, Wikimedia Commons: "Iowa Senate"; 9/11 Photos, flickr: "9/11 WTC Photo"; Bundesarchiv Bild 146-1990-032-29A, Wikimedia Commons: "Nürnberger Prozess, Zeitungsleser"

Dies ist freilich seine sehr vereinfachte Darstellung der Zusammenhänge. Nicht jeder Anschlag führt zu dem notwendigen Maß an fokussierter Aufmerksamkeit. Und der Druck der Öffentlichkeit muss nicht zwangsläufig zu einer Reaktion der Politik führen. Des Weiteren gibt es keinen Grund zur Annahme, dass die Reaktion der Politik immer im Interesse der ‚TerroristInnen‘ sein muss. Die Entführung der TWA 847 zeigt zwar, dass TerroristInnen diesen Kreislauf in Gang setzen können, um ihre Ziele zu erreichen. Ob ihnen das auch gelingt, ist aber eine andere Frage.

Die Frage, wie die Politik reagiert, wird auch von der Bewertung der Gewalt abhängen – und damit auch mit der Frage zusammenhängen: War ein bestimmter Gewaltakt ‚Terror‘ oder nicht? Medien können bei dieser Frage grundsätzlich zwei Positionen einnehmen: Sie können erstens selbst entscheiden, ob sie ein Ereignis als ‚Terror‘ bewerten. In diesem Fall würden sie aktiv das Konstrukt ‚Terror‘ mitgestalten. Oder zweitens, sie können bereits vorhandene Bewertungen (bewusst oder unbewusst) übernehmen. Das wäre etwa der Fall, wenn beispielsweise PolitikerInnen oder WissenschaftlerInnen etwas als Terror bezeichnen und JournalistInnen diese Bewertung übernehmen. In diesem Fall würden sie vorhandene Konstrukte reproduzieren.

Was wir letzten Endes als ‚Wirklichkeit‘ wahrnehmen und wie wir die Akteure bewerten, hängt maßgeblich von den Medien ab. Vordergründig transportieren sie zwar ‚nur‘ Informationen, tatsächlich entwerfen sie durch ihre Berichterstattung eigene Modelle der Wirklichkeit (Linder 2011, 59). Damit haben Medien Einfluss darauf, wie wir ‚die Realität‘ empfinden und bewerten. Die Art der Berichterstattung beeinflusst also auch mit, in welche Richtung der öffentliche Druck geht⁶.

Wie heikel die Rolle der Medien sein kann, zeigt die Ermordung des US-Journalisten James Foley. Foley wurde am 21. August 2014 von einem ISIS-Kämpfer vor laufender Kamera hingerichtet. Vor seiner Ermordung sprach Foley – mutmaßlich gezwungen von seinen Mördern – seine letzten Worte, in denen er seine „wahren Mörder“ verurteilte: die USA. Ebenso appellierte er an seinen Bruder – einem Soldaten der US-Airforce – die Luftanschläge gegen ISIS einzustellen, da diese seinen Tod besiegelt hätten. Am Ende des Videos droht der ISIS-Mörder, einen weiteren Journalisten zu töten, sollten die USA ihre Luftangriffe nicht einstellen. Das grausame Video seiner Hinrichtung verbreitete sich rasend schnell über die

⁶ Die Frage, wie Medieninhalte auf RezipientInnen wirken und inwiefern sie unsere Meinungen und Einstellungen beeinflussen, ist in der Wissenschaft umstritten. Zu dieser Frage gibt es eine Vielzahl an Modellen und Erklärungsversuchen. Einen Überblick findet man bei Linder 2011, 42–50.

sozialen Medien. Zweifellos wollte ISIS mit dem Video Druck auf die US-Regierung ausüben. In den Medien gab es eine rege Diskussion darüber, ob und wie man das Video zeigen soll (Helins 2014, Spiegel Online 2014^b).

Die Vermutung liegt nahe, dass die Art des öffentlichen Drucks davon abhängen kann, wie ein Anschlag benannt wird. Wird eine Tat als ‚Terror‘ bewertet, kann es gut sein, dass die ‚TerroristInnen‘ ihren schlechten Ruf einzementieren und jeglichen Zuspruch in der Bevölkerung einbüßen. Die angestrebte Reaktion der Öffentlichkeit ist dann weit schwieriger zu erreichen – die öffentliche Meinung wird weniger formbar (Hoffman 2006, 292).

Von Bedeutung hierbei ist, ob JournalistInnen explizit dazu sagen, von wem diese Bewertung kommt. So ist die Muslimbruderschaft beispielsweise nach Ansicht von Ägyptens Regierung eine Terrororganisation (Gebauer 2013). Das heißt aber nicht, dass sie für alle anderen Länder auch eine solche ist⁷. Und es heißt mitnichten, dass sie *objektiv* gesehen eine solche ist. *Objektiv* kann eine solche Zuschreibung ohnehin nicht sein, da, wie bereits ausgeführt, in Konstrukten immer Eigeninteressen und Machtverhältnisse abgebildet werden.

Um bei dem Beispiel zu bleiben: Es ist offenbar im Interesse der ägyptischen Regierung, die Muslimbruderschaft als Terrororganisation zu etikettieren. Ob und inwieweit sich diese Bewertung durchsetzt und wie viele Menschen sie übernehmen, zeigt, welche Machtverhältnisse vorhanden sind. Massenmedien spielen dabei eine gewichtige Rolle. Sie können erstens als Multiplikator wirken, wenn sie die Bewertung (bewusst oder unbewusst) übernehmen und fortan die Muslimbrüder stets als TerroristInnen bezeichnen, ohne aber dazuzusagen, woher diese Bewertung kommt und welche Interessen dahinterstecken. Sie können zweitens transparent machen, woher diese Bewertung kommt (zum Beispiel so: „Die Muslimbruderschaft – in den Augen der ägyptischen Regierung eine Terrororganisation – ...“). Oder sie können sich drittens entscheiden, die Bezeichnung ‚Terror‘ für diese Gruppe gar nicht zu verwenden.

5.2 Politische Strategien bei der Benennung von ‚TerroristInnen‘

In dieser Arbeit wird die Annahme vertreten, dass ein Kalkül dahintersteckt, wenn PolitikerInnen jemanden als ‚TerroristIn‘ bezeichnen. Die Zuschreibung passiert weder zufällig noch willkürlich. Diese Annahme ergibt sich, weil in Benennungen Eigeninteressen

⁷ Die EU stuft die Muslimbruderschaft derzeit (August 2014) nicht als Terrororganisation ein (EUR-Lex 2014).

abgebildet werden. Wenn also, wie in der Einleitung beschrieben, in der Türkei, in Ägypten oder in der Ukraine bestimmte Gruppen als ‚terroristisch‘ bezeichnen, verfolgen sie damit einen bestimmte Zweck. Das Terror-Etikett dient einer bestimmten Strategie. Die Frage ist nun: Was können solche Strategien sein? Und welche Wirkung haben sie?

Nach English (2010) dient der Begriff ‚Terror‘ dazu, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und asymmetrische Machtverhältnisse fortzuführen. In diesem Kontext kann man auch den oft zitierten Satz vom ehemaligen IRA-Aktivisten und Schriftsteller Brendan Behan sehen, der gesagt haben soll: „A terrorist is the one with the little bomb“ (ebd., 1).

Nach Said beinhalten Definitionen oft implizite Legitimationen für die eigene Gewalt. Zudem verlaufe der Diskurs über Terror häufig so, dass am Ende alles als ‚Terror‘ gelte, was ‚uns‘ nicht gefällt. Die subjektive Benennung von Gewaltakten als ‚Terror‘ sei vor allem immer dann anzutreffen, wenn jemand mit der Gewalt nicht einverstanden ist (Said, Robbins 1988, 44). Das Etikett ‚Terror‘ beinhaltet somit ein moralisches Urteil. Es signalisiert, dass die Gewalt abgelehnt und verurteilt wird. Wenn nun eine Seite erfolgreich ihren Widersachern das Etikett ‚Terrorist‘ aufkleben kann, dann veranlasst sie damit andere, ihre Moralvorstellungen zu übernehmen (Jenkins 1980, 1). Terror wird somit scheinbar sehr leicht zu definieren: „Terrorism is what the bad guys do“ (ebd.). Auch hier zeigt sich die konstruktivistische Natur von ‚Terrorismus‘.

Das Etikett kann somit PolitikerInnen dienen, eine dichotome Freund-Feind-Konstruktion zu erschaffen. Der berühmte Satz von George W. Bush verdient es, unter diesem Gesichtspunkt erneut zitiert zu werden: „Either you are with us, or you are with the terrorists“ (Bush 2001). Folgt man Jenkins (1980), dann sind TerroristInnen die „bad guys“, also die Bösen. ‚Wir‘ sind daher folgerichtig die Guten. Den Satz von Bush kann man also auch übersetzen mit: Entweder ihr gehört zu den Guten oder zu den Bösen. Bush beschwor also einen Kampf Gut gegen Böse.

Damit ist implizit auch klargestellt, dass alles, was ‚die Guten‘ in diesem Kampf machen, selbst auch ‚gut‘ und legitim ist. Und im Umkehrschluss: Alles, was ‚die Bösen‘ machen, ist illegitim. Politisch werden somit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Einerseits wird das eigene Handeln legitimiert. Und andererseits wird dem Gegner die Legitimation abgesprochen.

5.2.1 Securitization als Folge der Terror-Konstruktion

Eine weitere Strategie bei der Konstruktion von Terror kann die Legitimierung einer neuen Sicherheitspolitik sein. In der Wissenschaft nennt man dieses Phänomen Securitization – also die Versicherheitlichung. Securitization meint die Konstruktion von Phänomen als ‚Gefahr‘. Etwas, das vorher nicht als bedrohlich empfunden wird, wird durch Kommunikation plötzlich als Gefahr dargestellt (Buzan 2006, 1101). Betreffen kann das praktisch alles. Manche Staaten haben Religion versicherheitlicht (etwa der Iran, Saudi Arabien oder Burma), andere beispielsweise Lebensstile (etwa die frühere UdSSR) (Buzan et al. 1998, 24). Wenn also Staaten zum Beispiel eine Religion bzw. religiöse Minderheiten als Sicherheitsproblem definiert, können sie dadurch bestimmte außergewöhnliche ‚Sicherheitsmaßnahmen‘ legitimieren. Durch Securitization erreicht die Politik, dass die Bevölkerung den Bruch von normalerweise gültigen Regeln leichter akzeptiert. Schließlich droht ja eine Gefahr (ebd., 25).

Das heißt allerdings nicht, dass Staaten willkürlich bestimmte Dinge versicherheitlichen können. Wesentlich ist, dass die relevanten Akteure argumentieren können, warum dieses Thema wichtiger ist als andere und warum es oberste Priorität haben sollte. Gelingt diese Argumentation – hält man also ein Thema für wichtiger als alle anderen –, ist die Legitimierung der entsprechenden Politik nur ein logischer Schritt:

If one can argue that something overflows the normal political logic of weighing issues against each other, this must be the case because it can upset the entire process of weighing as such: ‚If we do not tackle this problem, everything else will be irrelevant (because we will not be here or will not be free to deal with it in our own way)‘ (ebd.).

Securitization ist allerdings noch nicht erreicht, nur weil jemand eine Sache als existenzielle Gefahr definiert. Damit Securitization gelingt, braucht es die Akzeptanz der Bevölkerung. Erst wenn ein ausreichend großer Teil der Gesellschaft diese Ansicht teilt, entsteht Legitimation für die entsprechende Sicherheitspolitik. Entscheidend ist, dass nicht nur die Politik Securitization vorantreiben kann, sondern auch andere gesellschaftliche Akteure – beispielsweise Medien (ebd., 25). Die erfolgreiche Securitization steht und fällt mit dem Konsens der Bevölkerung. Ändert sich der Konsens der Bevölkerung, ändert sich auch die Legitimation für bestimmte politische Maßnahmen.

Kelstrup (2004) ortet diese Strategie beispielsweise in der Politik der USA nach den Angriffen auf das World Trade Center. Nach den Anschlägen sei der ‚globale Terror‘ versicherheitlicht worden. Der ‚Terror‘ des 11. Septembers habe zu einem neuen

Wettbewerb um die Führung in der Weltpolitik geführt, ebenso wie zu neuen Sicherheitsstrategien, die durch die Gefahr des Terrors legitimiert wurden (ebd., 123).

Präsident Bush legitimierte seinen „Krieg gegen den Terror“ durch fehlende Sicherheit für die USA und ihre Verbündeten. Diese ‚neue Gefahrensituation‘ machte folgerichtig auch neue ‚Sicherheitsstrategien‘ notwendig – oder anders gesagt: Der Definition von ‚Terror‘ als globale Gefahr diene als Legitimierung für eine Reihe von außergewöhnlichen politischen Maßnahmen. Allen voran der weltweite „Krieg gegen den Terror“ sowie der Afghanistan-Krieg nach 2001 wurden so gerechtfertigt. Die Versicherheitlichung von globalem Terror kann man daher als politische Strategie der USA verstehen, mit der globale politische Ambitionen legitimiert werden sollten (ebd., 129ff).

Ausgehend von den USA definierten viele westliche Staaten den weltweiten Terror nach dem 11. September als Gefahr – und zwar als Gefahr für die Freiheit, wie der damalige US-Vizepräsident Dick Cheney sagte:

At the beginning of this new century, the United States is again called by history to use our overwhelming power in defense of freedom. We have accepted that duty, because we know the cause is just, we understand that the hopes of millions depend on us, and we are certain of the victory to come. The President and I are mindful of the tremendous responsibilities that have been placed in our hands. (Cheney 2002)

Aus Sicht von Cheney ist durch den globalen Terror die Freiheit der USA (und womöglich der gesamten westlichen Welt) in Gefahr. Er sieht die USA gleichzeitig legitimiert, diese Gefahr zu bekämpfen.

Buzan (2006, 1101) führt diesen Gedanken weiter aus: Er sieht im „global war on terrorism“ eine universelle Idee, die den USA erlaubt, ihre Weltmachtposition weiter auszubauen und zu legitimieren. Seit dem Ende des Kalten Krieges gab es keine ‚Gefahr‘ mehr, die groß genug gewesen wäre, um den Anspruch, die führende Weltpolizei zu sein, zu rechtfertigen.

Die Securitization des globalen Terrorismus – also die Konstruktion als Gefahr – meint freilich nicht, dass der weltweite Terror in Wirklichkeit gar keine Gefahr darstellt und die Politik uns das nur einredet. Das Konzept Securitization hilft viel mehr zu begreifen, wie durch den Fokus auf Gefahr bestimmte politische Strategien legitimiert werden können.

Da ‚Terror‘ eine Gefahr ist, ist es Aufgabe der Politik, für diese Gefahr eine adäquate Sicherheitsstrategie zu finden. Die Begriffe ‚Sicherheit‘ und ‚Unsicherheit‘ definiert Kelstrup

(2004, 125) so: Unsicherheit oder Gefahr besteht dann, wenn die lebenswichtigen Strukturen oder Funktionen eines Wesens bzw. Objekts bedroht werden. Sicherheit bedeutet dann, dass keine solche Bedrohung vorhanden ist oder sichergestellt ist, dass die Bedrohung neutralisiert werden kann. Hier zeigt sich, dass ähnlich wie ‚Terror‘ auch ‚Sicherheit‘ nicht absolut und objektiv definiert werden kann, sondern ein Konstrukt ist. Je nachdem, was wir als ‚Gefahr für lebenswichtige Funktionen‘ definieren, kann man etwas als ‚sicher‘ oder ‚unsicher‘ einstufen. Buzan et al. (1998, 57) halten jedoch fest, dass Securitization leichter gelingen kann, wenn beispielsweise der Gegner schwer bewaffnet ist oder es bereits bewaffnete Konflikte gegeben hat.

Ein aktuelles Beispiel: U.S.-Präsident Barack Obama definiert die IS (ehemals Islamischer Staat im Irak und in Syrien) als eine potenziell mittel- bis langfristige Gefahr für die USA. Die Extremisten könnten die gesamte Region im Nahen Osten destabilisieren und somit auch die USA gefährden, wurde Obama Ende Juni in Medien zitiert. Anfang August autorisierte Obama schließlich Luftangriffe auf Stellungen der IS (Carroll 2014). Wir sehen: Zuerst definierte Obama IS als Gefahr⁸, und danach folgten außergewöhnliche Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gefahr.

Obama lieferte zwei Begründungen für seine Entscheidung: Zum einen wolle man den verfolgten Yeziden helfen und sie vor einem möglichen Völkermord bewahren. Und zum anderen müsse die USA die Sicherheit von US-StaatsbürgerInnen garantieren, die sich in der Stadt Erbil aufhalten (TodayNews, 2014).

Bushs „Krieg gegen den Terror“ und Obamas Luftangriffe auf die IS haben eine Sache gemeinsam: Beide sehen sich nicht als Angreifer, sondern als Verteidiger. Die Bush-Administration nahm in Anspruch, die Freiheit zu verteidigen, und Obama schützte nach seiner Sicht Yeziden und US-BürgerInnen vor dem IS-Terror.

IS als ‚terroristisch‘ zu bezeichnen diene der Strategie, die eigene Außen- und Sicherheitspolitik im Irak zu legitimieren. Hätte er die IS als ‚Widerstandskämpfer‘ benannt, wären Luftangriffe gegen sie unlogisch gewesen – daher das Terror-Etikett. Eine Gruppe wie IS handelt offenkundig nicht im Interesse der USA und verfolgt gänzlich andere Ziele. Es ist daher verständlich, dass die USA eine Strategie verfolgen, die den weiteren Vormarsch der IS

⁸ Freilich lag die Definitionsmacht nicht einzig und allein bei Obama. Die Berichterstattung über die Gräueltaten von ISIS sowie die Berichte von gut vernetzten NGOs haben ohne Zweifel auch dazu beigetragen.

zu verhindern versucht. IS dabei als ‚terroristisch‘ zu definieren und Militäraktionen durch die fehlende Sicherheit für US-StaatsbürgerInnen zu begründen, stützen diese Strategie.

Vereinfacht gesagt hat Obama in seiner Rede also IS mithilfe des Etiketts ‚Terror‘ als ein Sicherheitsproblem für die USA definiert und damit Militärschläge legitimiert. Dieses Vorgehen deckt sich erstaunlich präzise mit einer Definition von Securitization von Waever (2000, 251⁹ zit. nach Kelstrup 2004, 128f). Securitization entsteht demnach durch einen

speech act where a securitizing actor designates a threat to a specified referent object and declares an existential threat implying a right to use extraordinary means to fence it off. The issue is securitized – becomes a security issue, a part of what is 'security' – if the relevant audience accepts this claim and thus grants the actor a right to violate rules that otherwise would bind. (Ebd.)

Die Folgen der Securitization von Terror betreffen aber nicht nur den Nahen Osten und die dortigen ‚TerroristInnen‘. Auch innerhalb der EU und in Österreich sind die Auswirkungen spürbar. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein gutes Beispiel dafür. Die Vorratsdatenspeicherung basiert auf der EU-Richtlinie 2006/24/EG¹⁰ und betrifft personenbezogene Telekommunikations-Verkehrsdaten. In Österreich mussten Internet- und Telefon-Anbieter nach Inkrafttreten 2012 sechs Monate lang sämtliche Verbindungsdaten personenbezogen speichern. Zum Beispiel also: Wer wann mit wem wie lange von wo aus telefoniert hat (siehe: RIS 2014).

Das ursprüngliche Ziel der Vorratsdatenspeicherung war die Bekämpfung von Terror. Bei Verdacht auf terroristische Aktivitäten sollten die Behörden nachvollziehen können, mit wem die mutmaßlichen TerroristInnen in den letzten sechs Monaten kommuniziert haben.

DatenschützerInnen liefen Sturm gegen diese Maßnahme, sprachen von einem ‚Überwachungsstaat‘ und sahen die Unschuldsvermutung geschwächt (Bedner 2009, 372).

Laut den Beantwortungen parlamentarischer Anfrage hat Österreichs Justiz in den ersten zwei Jahren der Vorratsdatenspeicherung 666 Mal Auskunft über die gespeicherten Daten bekommen. Keine einzige Abfrage erfolgte wegen des Verdachts auf Terror. Die mit Abstand meisten Abfragen gab es wegen Diebstahl – fast jeder dritte Zugriff auf die Daten erfolgte

⁹ Waever, Ole (2000): The EU as a security actor. Reflections from a pessimistic constructivist on post-sovereign security orders, In: Kelstrup, Morten/ Williams, Michel (Hrsg.): International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, Security and Community. London, New York, NY: Routledge: S. 250–94.

¹⁰ Die Richtlinie ist online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32006L0024:DE:HTML> [22.08.2014]

deswegen (219 Mal). Häufig verlangte die Justiz nach den Daten auch wegen Drogendelikten, Raub und Betrug¹¹ (Parlament.gv.at 2013, Kurier 2014).

Unabhängig davon, ob eine Vorratsdatenspeicherung Sinn macht, zeigt dieses Beispiel die Folgen der Securitization von Terror: Die Politik erlässt ein umstrittenes Gesetz mit der Begründung effektiver gegen Terrorismus vorgehen zu wollen. Und – zumindest in Österreich – verwendet die Justiz ihre neuen Befugnisse für alles Mögliche, nur nicht um Terrorismus zu bekämpfen. Hätte die Politik nicht zuvor den globalen Terror als Gefahr definiert, hätte es auch keine Legitimation für die Vorratsdatenspeicherung gegeben und sie wäre vermutlich nie Realität geworden.

Anders gesagt: Ohne der Securitization von globalem Terror wäre der Bruch der normalerweise gültigen Regeln (Datenschutz, Persönlichkeitsrechte, Unschuldsvermutung etc.) kaum breit genug akzeptiert worden, um die Vorratsdatenspeicherung einzuführen. Die Politik wäre vermutlich an der Frage gescheitert: Wozu brauchen wir das überhaupt? Wozu soll das gut sein? Erst die Konstruktion von globalem Terror als Gefahr für Österreich lieferte eine (zumindest von einigen) akzeptierte Antwort.

Zu unterscheiden gilt es zwischen zwei Arten der Securitization: Die der institutionalisierten und die der spontanen. Gilt eine Gefahr als permanent vorhanden, ist es nur logisch, dass sich die Versicherheitlichung irgendwann institutionalisiert (Buzan et al. 1998, 28f). Um bei den bereits genannten Beispielen zu bleiben: Wenn Obama wegen einer aktuellen Krise im Irak Luftangriffe anordnet, dann ist das spontane Securitization. Wenn hingegen wegen der permanenten Gefahr des globalen Terrors Gesetze wie jenes zur Vorratsdatenspeicherung erlassen werden, ist das institutionalisierte Securitization.

Ganz gleich mit welcher Art der Securitization wir es zu tun bekommen – die Versicherheitlichung von Phänomenen durch die Politik ist zumeist Teil einer Strategie, um eigene Interessen und Ziele zu erreichen. In einigen Fällen mögen solche Interessen über Partikularinteressen hinausgehen und einer breiten Masse zugutekommen. Das muss aber nicht immer so sein:

It works to silence opposition and has given power holders many opportunities to exploit 'threats' for domestic purposes, to claim a right to handle something with less democratic control and constraint (ebd., 29).

¹¹ Mittlerweile wurde die Vorratsdatenspeicherung in Österreich außer Kraft gesetzt. Zunächst hob der Europäische Gerichtshof die EU-Richtlinie auf, danach Österreichs Verfassungsgerichtshof das entsprechende Bundesgesetz. Die Datenspeicherung sei unverhältnismäßig und grundrechtswidrig. (Die Presse 2014)

Terror als globale Gefahr institutionell zu Versicherheitlichen mag sinnvoll erscheinen. Anschläge in Europa waren in den letzten Jahren zwar selten – wenn, dann aber zumeist spektakulär und folgenreich. Die Gefahr besteht dennoch, dass durch die Securitization Maßnahmen vollzogen werden, die nur dem Anschein nach wegen einer echten Gefahr kommen. Machthaber können den Zustand der Versicherheitlichung ausnützen, um etwa Gesetze und Verordnungen zu erlassen, die in ihrem Partikularinteresse sind, aber mit der eigentlichen Gefahr kaum etwas zu tun haben. Etwas als ‚Terror‘ zu definieren und es danach als ‚existenzielle Gefahr‘ zu bezeichnen, kann also auch als Vorwand dienen, um bestimmte strategische Ziele zu erreichen.

Ein Beispiel: Ägyptens Regierung ließ unter Präsident Al-Sisi die Muslimbruderschaft als ‚terroristisch‘ eingestuft und verbot die Organisation (siehe: Frefel 2013, Gebauer 2013, Zeit Online 2013). Ohne im Detail auf Ägyptens Innenpolitik einzugehen: Wurden die Muslimbrüder verboten, weil sie tatsächlich ‚terroristisch‘ sind? Oder wollte Al-Sisis Regierung eigentlich einen unliebsamen politischen Gegner loswerden und verwendete das Terror-Etikett als Vorwand, um diese Maßnahme zu legitimieren? Die Politologin und Muslimbrüder-Expertin Petra Ramsauer hält die Organisation jedenfalls nicht für ‚terroristisch‘ (Ertl 2014). Auch der Politologe Guido Steinberg (2014, 19) hält das Terror-Etikett an den Muslimbrüdern für „faktisch falsch“¹². Die Konstruktion von ‚Terror‘ und die ‚Gefahr durch Terror‘ können also auch innenpolitische Strategie sein.

5.2.2 Was passieren kann, wenn jemand als TerroristIn gilt

Das Terror-Etikett dient nicht nur als politische Strategie. Für diejenigen, auf die es angewandt wird, hat es handfeste Auswirkungen. Zwei Beispiele sollen dieses Problem kurz verdeutlichen: Da ist zum einen die Türkei. Bereits in der Vergangenheit wurden kurdische PolitikerInnen, JournalistInnen, RechtsanwältInnen und ProfessorInnen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ verhaftet. Manchmal reichte es schon, bei einer Demonstration ein Plakat in die Höhe zu halten, damit die Anti-Terror-Gesetze griffen. Für JournalistInnen kann hingegen schon die Auswahl der InterviewpartnerInnen zum Verhängnis werden (Strittmatter 2011).

¹² Mit diesen Zitaten erhebe ich keinen Anspruch zu sagen, ob das Terror-Etikett bei den Muslimbrüdern gerechtfertigt ist oder nicht. Einerseits, weil diese Zuschreibungen immer subjektiv sind. Und andererseits, weil Ägypten nicht im Fokus dieser Arbeit steht. Die Zitate sollen vielmehr verdeutlichen, dass das Terror-Etikett grundsätzlich auch aus innenpolitischem Kalkül heraus verwendet werden kann.

In den vergangenen Monaten wurden auch im Rahmen der Gezi-Proteste Dutzende DemonstrantInnen verhaftet. Viele von ihnen werden nach dem Anti-Terror-Gesetz belangt. Die Verhafteten müssen somit monate- wenn nicht jahrelang auf einen Gerichtstermin warten. Die AnwältInnen bekommen keine Akteneinsicht und haben somit keine Möglichkeit herauszufinden, ob die ErmittlerInnen entlastendes Beweismaterial gefunden haben. Nicht einmal der konkrete Vorwurf ist in vielen Fällen zu erfahren, weil Anti-Terror-Ermittlungen eben geheim ablaufen (Topcu, Thumann 2013).

Das zweite Beispiel betrifft Dschochar Zarnajew, einen der mutmaßlichen Bombenleger beim Boston-Marathon. Normalerweise bekommen Tatverdächtige in den USA bei ihrer Verhaftung ihre Rechte vorgelesen. „Sie haben das Recht, die Aussage zu verweigern. Alles, was Sie sagen, kann und wird vor Gericht gegen sie verwendet werden.“ Eine Prozedur, die man aus unzähligen Filmen kennt. Wenn die öffentliche oder nationale Sicherheit in Gefahr ist oder wenn unmittelbare terroristische Gefahr besteht, kann diese Prozedur jedoch bis zu 48 Stunden aufgeschoben werden. So kam es, dass Zarnajew bereits schriftlich verhört wurde, ehe er seine Rechte vorgelesen bekam (Son Hoang 2013). In der Anklageschrift findet sich der Vorwurf des Terrorismus übrigens nicht. Vielmehr lautet die Anklage auf Verwendung von Massenvernichtungswaffen und heimtückischer Zerstörung von Eigentum mit Todesfolge (United States District Court 2013).

Die Beispiele zeigen, dass Strafverfolgungsbehörden für ‚TerroristInnen‘ eigene Regeln haben. Das mag grundsätzlich sinnvoll sein, birgt aber auch Missbrauchspotenzial. Für die Betroffenen können die Folgen jedenfalls fatal sein. Die intrinsische Logik des ‚Terror-Etiketts‘ ist, dass ‚TerroristInnen‘ das personifizierte Böse sind – ein Gegner der menschlichen Werte. Somit können sie selbst keine ‚echten Menschen‘ sein. Dieser Prozess der Entmenschlichung bereitet den Weg für einige höchst umstrittene Anti-Terror Maßnahmen, wie gezielte Tötungen, Verschleppungen, Inhaftierungen ohne zentrale Bürgerrechte etc. (Raab 2012, 88).

Zu einem Sinnbild für Letzteres ist das US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba geworden. Im Juli 2014 waren dort noch 149 Insassen gefangen. 46 davon waren als ‚unbefristete Häftlinge‘ eingestuft. Das heißt, sie gelten als Terrorverdächtige und waren offiziell zu gefährlich, um freigelassen zu werden. Gefangene werden dort unter menschenrechtswidrigen Bedingungen eingesperrt und gefoltert. Zu einem rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren kam es bis jetzt noch nicht (Spiegel Online 2013, Spiegel Online 2014^a).

Die Konstruktion von ‚Terror‘ als eine permanente Gefahr macht es jedoch möglich, selbst solche Maßnahmen öffentlich zu rechtfertigen. Zuletzt konnte man das nach der Veröffentlichung des ‚Torture Report‘ in den USA beobachten. Der Bericht dokumentiert auf 6.000 Seiten wie US-Geheimdienste nach dem 11. September Terror-Verdächtige rechtswidrig gefoltert haben. Der unter George W. Bush amtierende Vize-Präsident Dick Cheney sieht darin aber kein Problem. In einem Interview mit dem Fernsehsender Fox News sagt Cheney, die Geheimdienste hätten eben getan, was getan werden musste, um die für 9/11 verantwortlichen „Bastarde“ zu finden (Fox News 2014). Zur Folterung des mutmaßlichen Drahtziehers der Terroranschläge, Chalid Scheich Mohammed, sagt Cheney wörtlich:

What are we supposed to do? Kiss him on both cheeks and say ‘please, please, tell us what you know?’ Of course not. (ebd.)

Weil Cheney als Teil der Bush-Administration ‚Terror‘ als eine existenzielle Gefahr definierte, lässt sich nun sogar Folter rechtfertigen. Bei Folter hört es aber nicht auf. Auch gezielte Tötungen von ‚TerroristInnen‘ sind üblich (Raab 2012, 89). Ob sie auch moralisch gerechtfertigt sind, ist freilich höchst fraglich, zumal es Gesetze gibt, in deren Rahmen TerroristInnen legal belangt werden könnten. Ein rechtsstaatlicher Prozess, der TerroristInnen die Möglichkeit gibt, sich vor Gericht zu verteidigen, kann bei gezielten Tötungen freilich nie zustande kommen (ebd., 89f).

Da TerroristInnen als KämpferInnen oder (irreguläre) SoldatInnen gelten – häufig bezeichnen sie sich auch selber so –, werden sie mit militärischer Logik bekämpft. Auf diese Weise werden Tötungen formal-juristisch legitimiert. TerroristInnen gelten also häufig als militärische Feinde, weswegen das Zivilrecht nur eingeschränkt oder gar nicht gilt (ebd.).

Hinsichtlich der Auswirkungen auf Gruppen lohnt es sich, sich den weltweiten „Krieg gegen den Terror“ noch einmal vor Augen zu führen. Dieser Krieg ist nämlich nicht nur ein anschauliches Beispiel für Securitization. Mit dem Krieg gegen den Terror meinte die US-Regierung explizit nicht nur DrahtzieherInnen der Anschläge auf das World Trade Center, sondern alle TerroristInnen weltweit – ohne diese Gruppe zunächst näher zu definieren. Plötzlich zählten auch Gruppen und Organisationen zu Feinden, die die USA aber nie direkt bedroht oder angegriffen hatten (Strindberg, Wörn 2005, 23).

Bald schon hieß es, Gruppen wie die Hamas, Hisbollah und Jihadisten müssen eliminiert werden. Dass manche Funktionäre dieser Gruppen die Anschläge auf die USA verurteilten und den USA ihre Unterstützung zusicherten, unterstreicht die paradoxe Situation (ebd., 24).

Die Ansage Krieg gegen *alle* TerroristInnen zu führen, provozierte eine Reihe an Stereotypen und Vereinfachungen. Bushs Krieg gegen den Terror legt nahe, dass alle, die als TerroristInnen gelten, etwas gemeinsam hätten. Man ist geneigt zu glauben, alle TerroristInnen arbeiten an einer Art terroristischem Ziel, von dem man sie abhalten muss. Vergleichbar ist diese Zuschreibung mit anderen problematischen Generalisierungen wie etwa der Idee des Orients, der ‚Natur des Islam‘ etc. (ebd.).

6 Zwischenfazit

Die zentrale Forschungsfrage für diesen Teil der Arbeit waren, welche Wirkung die Zuschreibung ‚terroristisch‘ haben kann und welche politischen Strategien damit verfolgt werden können. Im Zuge der Literaturanalyse und anhand von Beispielen aus der Praxis konnten drei grobe Mechanismen unterschieden werden:

1. Die ‚Gefahr durch Terror‘ ermöglicht es, bestimmte, außergewöhnliche politische Maßnahmen zu rechtfertigen, die unter anderen Umständen wohl keine Zustimmung bekommen würden. Das ist eine Folge der Securitization von Terror.
Die ‚Bekämpfung von Terrorismus‘ hilft Staaten auch dabei, ihre außen- und innenpolitischen Machtambitionen zu rechtfertigen.
2. Wer als TerroristIn gilt, hat mit einer wesentlich schärferen Konsequenzen zu rechnen. ‚TerroristInnen‘ werden nicht die gleichen Rechte zugesprochen wie ZivilistInnen. Das reicht von strengeren strafrechtlichen Sanktionen – etwa weniger Handlungsspielraum für AnwältInnen von Beschuldigten – bis hin zu gezielten Tötungen und Folter. Die Konstruktion von ‚Terror‘ hilft dabei, solche Maßnahmen zu rechtfertigen.
3. Politisch einflussreiche Akteure können die ‚Gefahr durch Terror‘ nutzen, um Ziele zu erreichen, die nur scheinbar etwas mit Terrorismus zu tun haben. In einem Zustand, in dem Terror als permanente Gefahr gilt, ist es leichter Zustimmung für kontroverse Gegenmaßnahmen zu finden. Dabei ist keineswegs garantiert, dass die getroffenen Gegenmaßnahmen immer etwas mit der beschworenen Gefahr zu tun haben. Möglich ist, dass die ‚Gefahr durch Terror‘ als Vorwand benutzt wird, um bestimmte Gesetze oder Bestimmungen zu erlassen, die nur Partikularinteressen dienen und zu Lasten von weiten Teilen der Bevölkerung gehen.

Im Folgenden werde ich diese Punkte näher ausführen.

Das Etikett Terrorismus ist keineswegs objektiv und schon gar nicht harmlos. Die Zuschreibung entscheidet, ob jemand Unterstützung erhält oder nicht, und ob das Anliegen der Betroffenen als legitim erachtet wird. Die Bekämpfung von Terrorismus kann als Begründung für einen weltweiten Krieg gegen Gruppen dienen, die nicht wirklich definiert und abgegrenzt werden können.

TerroristInnen werden konstruiert – vom politischen oder militärischen Gegner. Für den damaligen türkischen Premierminister Erdogan sind es Anti-Regierungs-DemonstrantInnen am Taksim-Platz. Für die Sicherheitskräfte in Ägypten sind es die oppositionellen Muslimbrüder.

Eine Gruppe als ‚terroristisch‘ zu bezeichnen impliziert ein moralisches Urteil. Es bedeutet: Eure Gewalt ist nicht legitim – und eure Ziele sind es auch nicht. Deswegen bezeichnet sich auch kaum jemand selbst als TerroristIn. Wer hält seine eigenen Ziele schon für nicht legitim? Wer als ‚TerroristIn‘ gilt, ist automatisch ein gefährlicher Feind – jemand, den es konsequent zu bekämpfen gilt.

Forschungsfrage 1 fragt, welche konkreten politischen Strategien durch das Definieren einer Gruppe als ‚terroristisch‘ möglich sind. Das Terror-Etikett legitimiert außergewöhnliche Maßnahmen, die gegen diese Gruppe gerichtet sind. ‚Terroristen‘ zu foltern und gezielt zu töten mag man noch als alternativlos verkaufen können – wie das etwa Dick Cheney getan hat. Würde man dieselben Menschen als ‚Widerstandskämpfer‘ bezeichnen, ginge das wohl nicht.

Als politische Strategie eignet sich die Konstruktion von ‚Terror‘ jedoch für mehr: Es geht nicht nur darum, Maßnahmen zu legitimieren, die gegen eine Gruppe gerichtet sind. ‚Terror‘ kann ebenso als Vorwand dienen, um ganz andere politische Ziele zu erreichen. Das Kapitel über Securitization hat das verdeutlicht: Die USA konstruierten mit dem „global war on terror“ eine Gefahr, die ihre Machtpolitik im Nahen Osten legitimierte. Ob ‚Terror‘ tatsächlich der Grund für diese Politik war, oder nur ein nützliches Etikett um diese Politik zu verkaufen, bleibt freilich Ansichtssache. Fest steht allerdings: Den globalen Terror als unmittelbare Gefahr für die USA zu definieren, war nützlich für die außenpolitischen Ziele der USA.

Dasselbe gilt auch für Ägyptens Regierung und deren Bezeichnung der Muslimbrüder als ‚Terror-Organisation‘. Unabhängig von der Frage, ob diese Zuschreibung angemessen ist, steht wohl außer Zweifel, dass Ägyptens Regierung ein Interesse daran hat, ihren politischen Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken. Dass, wie weiter oben zitiert, PolitologInnen das Terror-Etikett im Fall der Muslimbrüder für unangebracht halten, unterstreicht den Verdacht, dass die Konstruktion ‚terroristisch‘ hier als Vorwand für politische Ziele gebraucht wurde.

Wann immer das Terror-Etikett verwendet wird, ist also Vorsicht angebracht. Als kritische BeobachterInnen ist es unsere Aufgabe zu fragen, wer ein Interesse an dieser Zuschreibung hat und wer davon profitiert. Das müssen nicht immer nur Akteure aus der Politik sein.

Welche Interessensgruppen und welche Lobbyverbände haben ein Interesse daran, dass die USA einen weltweiten Krieg gegen Terror führen? Welche ökonomischen Interessen stecken dahinter? Wer profitiert davon, wenn Krieg gegen Terror geführt wird?

Es galt auch herauszufinden, wie sich die Zuschreibung auswirken kann. Hierbei gilt es zwischen direkt Betroffenen und der Gesellschaft allgemein zu unterscheiden. Für die Gesellschaft führt die Securitization von Terror zu einer Situation, in der außergewöhnliche Maßnahmen und Brüche von ansonsten gültigen Regeln geduldet werden, die sonst auf Widerstand stoßen würden. In gewissen Situationen mag das notwendig sein, um auf eine tatsächliche Gefahr angemessen reagieren zu können. Das Risiko besteht jedoch, dass Trittbrettfahrer die Versicherheitlichung ausnützen, um Maßnahmen durchzusetzen, die mit der eigentlichen Gefahr nur scheinbar etwas zu tun haben. Vor allem dann, wenn die Securitization von Terror durch Gesetze institutionalisiert wird, ist Achtsamkeit geboten.

Hatte beispielsweise die Vorratsdatenspeicherung in Österreich wirklich etwas mit der Gefahr durch Terrorismus zu tun? Wenn ja, wieso nutzte die Justiz die Daten dann für alles Mögliche, nur nicht zur Terrorismus-Prävention? Vielleicht gab es in den zwei Jahren der Vorratsdatenspeicherung in Österreich schlicht keinen Verdacht auf Terrorismus – aber wieso war dann das Gesetz notwendig? Und überhaupt: Ist die Vorratsdatenspeicherung denn hilfreich, um Terrorismus zu bekämpfen? Solche Aspekte gilt es kritisch zu hinterfragen. Die Securitization schafft eine Atmosphäre, in der angesichts der großen, existenziellen Gefahr Gegenmaßnahmen leichter zu rechtfertigen sind. Dennoch muss man immer die Frage stellen, ob die Gegenmaßnahme der beschworenen Gefahr angemessen ist. Und selbstverständlich stellt sich auch hier die Frage, welche Interessen hinter bestimmten Maßnahmen stecken.

Für direkt betroffene Menschen, die als TerroristInnen bezeichnet werden, kann das Etikett weitreichende Folgen haben. Die Justiz verfolgt sie mitunter mit besonderer Härte und gesteht ihren Rechtsverteidigern gewisse Rechte nicht zu (wie etwa Gezi-DemonstrantInnen in der Türkei). Oder sie gelten als militärische Feinde und sind somit nicht mehr an die Regeln von rechtsstaatlichen Verfahren gebunden. Das Beispiel Guantanamo zeigt schließlich, wie durch das Terror-Etikett Menschen auch um ihre grundlegendsten Rechte gebracht werden können. Die Reaktion von Dick Cheney auf den US-Folterbericht zeigt, dass für ‚TerroristInnen‘ andere, niedrigere, moralische Maßstäbe angesetzt werden.

Die Konstruktion von Terror kann also weitreichende Folgen haben. Sie dient als Strategie, um bestimmte Ziele zu legitimieren und sie beschneidet die Rechte der betroffenen Gruppen.

Auch für große Teile der Gesellschaft können die Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung von Terror weitreichende Folgen haben.

Dennoch: So problematisch die Zuschreibung auch sein mag, so notwendig kann sie auch sein. Wie auch immer man sie nennen mag – es gibt immer wieder Attentate, Entführungen oder sonstige Gewalt verschiedener Gruppen, die die gesellschaftliche Ordnung in Frage stellen. Welche Ziele auch immer diese Gruppen verfolgen – klar ist, dass Regierungen ein legitimes Interesse daran haben, diese Art von Gewalt innerhalb oder außerhalb ihrer Landesgrenzen zu unterbinden.

Trotzdem: Terror bleibt eine Fremdzuschreibung. Indem wir diese Gruppen als ‚terroristisch‘ bezeichnen, denunzieren wir sie und stempeln ihre Interessen als illegitim ab. Das muss aber nicht zwangsläufig problematisch sein: Zumindest in der westlichen Welt dürfte kaum jemand ernsthaft in Abrede stellen, dass die Angriffe am 11. September 2001 Terror waren, ebenso wie sich wohl die meisten einig sein dürften, dass die Gräueltaten der IS terroristisch sind. Warum? Weil die offenkundigen Ziele dieser Menschen mit unseren demokratischen Werten nicht in Einklang zu bringen sind. Diese Arbeit versteht sich daher auch nicht als Plädoyer dafür, das Wort ‚Terror‘ zu verbannen. Vielmehr ist sie ein Appell, bei der Verwendung dieses Wortes seine Implikationen zu bedenken.

Aus Sicht einer unabhängigen, kritischen Wissenschaft gilt es die Verwendung des Wortes ‚Terror‘ zu reflektieren. Zuschreibungen passieren nicht *einfach so* und sind auch nicht neutral. Dahinter verstecken sich Machtinteressen. Das fängt beim Kreieren von Feindbildern an und geht weiter über politische und wirtschaftliche Einflussnahme bis zur gezielten Tötung und der Missachtung fundamentaler Menschenrechte unter dem Deckmantel der Terror-Bekämpfung.

Aufgabe der Wissenschaft muss es sein, solche Hintergründe offenzulegen und zu hinterfragen. Es geht nicht um die Frage, ob die Gruppe IS nun *objektiv* gesehen terroristisch ist. Die Frage ist vielmehr: Welche Folgen hat es, wenn eine Gruppe als terroristisch gilt? Welche Maßnahmen werden dadurch gerechtfertigt? Wieso bezeichnen PolitikerInnen eine Gruppe als terroristisch, und eine andere – vergleichbare – nicht? Welche Interessen stecken dahinter?

Die kritische Wissenschaft – ebenso wie der kritische Journalismus – ist gefordert, solche Machtinteressen offenzulegen.

TEIL 3: SYRIEN

7 Fallbeispiel Syrien

Der andauernde Krieg in Syrien wird vermutlich als eine der größten Tragödien unserer Zeit in die Geschichte eingehen. Die Europäische Kommission bezeichnet Syrien schon jetzt als „the world's largest humanitarian and security disaster“ (European Commission 2014). Ende Dezember 2014 waren laut der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen (UNHCR) bereits über 3,3 Millionen SyrerInnen ins Ausland geflohen – der Großteil in die Türkei (1,17 Millionen) und in den Libanon (1,15 Millionen). Drei Viertel davon sind Frauen und Kinder (UNHCR 2014).

In Syrien leben etwa 22 Millionen Menschen (The World Factbook 2014). 3,3 Millionen Flüchtlinge im Ausland entsprechen also etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Zur besseren Vorstellung: Das ist, als wären in Österreich sämtliche BewohnerInnen von Vorarlberg, Kärnten und Salzburg auf der Flucht. Dazu kommen in Syrien nach UN-Schätzungen noch weitere 7,6 Millionen Binnenflüchtlinge – also Vertriebene, die aber im Inland Unterschlupf gefunden haben (European Commission 2014). In Summe heißt das: Beinahe jedeR zweiteR SyrerIn ist ein Flüchtling.

Zwischen März 2011 – dem Beginn des Krieges – und April 2014 sind laut UNO in Syrien mindestens 191.369 Menschen gestorben. Die Hohe Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Navi Pillay, hält die Dunkelziffer sogar für noch höher. 85 Prozent der Opfer (162.925) sind Männer, wobei die UNO aufgrund der Erhebungsmethode nicht zwischen Kämpfern und Zivilisten unterscheiden kann. Mindestens 8.803 der Todesopfer waren minderjährig. 2.165 waren weniger als zehn Jahre alt (OHCHR.org 2014).

Das sind die Fakten jenes Krieges, der in Syrien seit März 2011 tobt. Die Lage ist im dritten Jahr der Kämpfe unübersichtlich. Viele kleinere und größere Gruppen kämpfen gegen das Regime, aber mittlerweile auch gegeneinander. Wann und unter welchen Voraussetzungen in Syrien Frieden einkehren kann, ist höchst unklar (siehe z. B. Bar 2013).

Um den Fall Syrien besser zu verstehen, wird nun im Folgenden der historische Hintergrund aufgearbeitet. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf drei Phasen: Jener des Osmanischen Reiches und der Französischen Besatzung (Kapitel 6.1.1), jener der Herrschaft von Hafiz al-Assad (6.1.2) und jener der Herrschaft von Baschar al-Assad (6.1.3). Um verstehen zu können,

wie der Konflikt entstanden und eskalieren konnte, wird schließlich die Chronologie des Krieges nacherzählt (6.2), ehe der empirische Teil in Kapitel 6.3 folgt.

7.1 Historischer Hintergrund in Syrien

Bis zum Ersten Weltkrieg war Syrien ein Teil des Osmanischen Reiches. Nach dem Krieg kontrollierte Frankreich Syrien. 1946 erlangte das Land die Unabhängigkeit. In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit kam es zu einer Reihe von Militärputschen, ehe im November 1970 Hafiz al-Assad die Macht übernahm. Nach seinem Tod übernahm im Juli 2000 sein Sohn Baschar die Macht. Bis heute ist er das Staatsoberhaupt von rund 22 Millionen SyrerInnen (The World Factbook 2014).

Syrien ist seit jeher ein multiethnischer und multireligiöser Vielvölkerstaat. Der Assad-Clan gehört zu den AlawitInnen und zählt damit selbst zu einer religiösen Minderheit. Nur rund sieben bis zehn Prozent der Bevölkerung sind Alawiten. Die Mehrheit machen die SunnitInnen mit etwa 75 Prozent der Bevölkerung aus. Jüdinnen und Juden, ChristInnen und DrusInnen machen die übrigen 15 Prozent aus. Ethnisch betrachten sich 90 Prozent der SyrerInnen als arabisch. Die restlichen zehn Prozent teilen sich auf KurdInnen, ArmenierInnen, TscherkessInnen, TürkInnen und TürkmenInnen auf (Doering 2011, 118).

Demokratische Wahlen nach europäischem Vorbild kennt Syrien nicht. Es gibt zwar formal ein Parlament, das alle vier Jahre gewählt wird, Kritik an der Staatsführung ist jedoch tabu. Der Präsident selbst wird alle sieben Jahre direkt vom Volk gewählt. Es gibt allerdings auch bei diesen Wahlen keine legal organisierte freie Opposition. Der Präsident, seine Partei und sein Machtapparat herrschen somit alleine über die Politik des Landes. Wirtschaftlich hängt Syrien stark vom Ölexport ab: Rund 70 Prozent der Exporteinnahmen kommen von Ölerlösen, wobei die Fördermenge mittlerweile zurückgeht. Die Landwirtschaft macht etwa ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung aus und ist damit ebenfalls ein wichtiger Faktor. Zu kleineren Teilen lebt Syrien ansonsten vom Tourismus und seiner Textilindustrie. Hochwertige, weltmarktfähige Industrieprodukte gibt es nicht (El-Kaoutit 2009, Lüders 2011, 175).

7.1.1 Osmanisches Reich und Französische Besatzung: Syrien vor Assad

Ab dem 16. Jahrhundert war Syrien Teil des Osmanischen Reiches. Während des Ersten Weltkrieges kämpfte das Osmanische Reich aufseiten Deutschlands. Das Osmanische Reich zerbrach aber ebenso wie das Deutsche Kaiserreich, die Donaumonarchie und das russische Zarenreich. Die Sieger des Krieges teilten die ‚Konkursmasse‘ neu untereinander auf (Baway 2014, 11). Konkret waren es Frankreich und Großbritannien, die sich im folgenschweren Sykes-Picot-Abkommen den Nahen Osten aufteilten (Abbildung 2). Die Grenzen des heutigen Syriens entstammen

diesem Abkommen. Man kann sie durchaus als historisch willkürlich betrachten. Sie haben jedenfalls keine aus der Geschichte gewachsene Tradition (Baway 2014, 11). Die Kolonialmächte zogen die Landesgrenzen, ohne dabei regionale Interessen zu berücksichtigen oder die lokale Bevölkerung mit einzubeziehen. Somit trennten die neuen Grenzen des Nahen Osten von nun an Sprachfamilien, Volksgruppen und Religionsgemeinschaften (ebd., 12).



Abbildung 2 Sykes-Pico-Abkommen 1916. Urheber: Ian Pitchford (cc). Quelle: Wikimedia 2011

Das Abkommen geht auf den Briten Mark Sykes und den Franzosen Francois Georges-Picot zurück. Großbritannien liebäugelte schon vor dem Ersten Weltkrieg mit einem nicht-osmanischen Kalifat unter seiner Kontrolle, um sich Zugang zu den lukrativen Ölvorkommen der Region zu sichern. Frankreich, eigentlich ein militärischer Verbündeter Großbritanniens,

stellte sich allerdings gegen die BritInnen. Paris fürchtete Macht zu verlieren und stellte daher einen Anspruch auf Syrien und den heutigen Libanon (Bew 2014, 25).

Frankreich und Großbritannien einigten sich schließlich aber: Sie zogen buchstäblich Linien durch die Landkarte und setzten so ihre Einflussgebiete fest. Die Gebiete unter der direkten Kontrolle Frankreichs hießen „Blaue Zone“ und umfassten Teile der heutigen Südost-Türkei, Syriens und Libanons. Für die syrischen NationalistInnen galt Libanon schon damals als eine Erfindung Frankreichs. Für sie war Libanon immer noch ein rechtmäßiger Teil Syriens (Thoma 2008, 56).

Die weiteren Einflussgebiete Frankreichs (A-Zone) umfassten ebenfalls Teile Syriens sowie des Iraks. An Großbritannien ging der Osten Iraks und Kuwait (Rote Zone). Und als Einflussgebiet (B-Zone) sicherte sich London den Rest vom Irak sowie Jordanien.

Das Ziel von Frankreich und Großbritannien war offenkundig, ihren Einfluss im Nahen Osten zu sichern. Dass die Teilung der Region so lange hielt und auch heute noch spürbar ist, führt Bew (ebd.) darauf zurück, dass die siegreichen Alliierten sich nach dem Ersten Weltkrieg lange Zeit für den Erhalt dieser Ordnung starkmachten. Heute, ein knappes Jahrhundert nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, haben nur mehr die USA die Macht, Änderungen an der Sykes-Picot-Regelung zu verhindern. Bedenkt man die Veränderungen in der Region, ist ihr Interesse, diese Rolle auszufüllen, aber augenscheinlich schwindend (Thoma 2008, 26).

In Syrien gründeten 1943 der Christ Michel Aflaq und der Sunnit Salah ad-Din al-Bitar jene Partei, die später zum Machtapparat der Alawiten werden sollte: die Baath-Partei. Die beiden Parteigründer lernten einander während ihres Studiums in Paris kennen. Ihnen gemein war, dass sie die Fremdherrschaft Frankreichs ablehnten und sich für einen arabischen Nationalismus starkmachten (Guingamp 1996¹³, 40–43, zit. nach Zauner 2011, 4f).

Die Parole der Partei lautete „**Einheit, Freiheit, Sozialismus**“. **Einheit** meint die Einheit der AraberInnen. Das übergeordnete Ziel war ein einziger großer Staat, in dem das arabische Volk vereint leben sollte. Die Baath-Partei verstand die vorhandenen einzelnen arabischen Staaten als Resultat des Kolonialismus und insbesondere der Besatzungen durch Frankreich und Großbritannien. Entsprechend strebte die Partei die Zusammenführung aller arabischen Länder an. **Freiheit** meint dann folgerichtig die Freiheit von Kolonial- und anderen Fremdmächten. Das arabische Volk soll selbstständig und frei entscheiden und nicht einer

¹³ Guingamp, Pierre (1996): Hafez el Assad et le parti Baath en Syrie. Paris: Editions L'Harmattan.

fremden Herrschaft unterworfen sein. Durch den **Sozialismus** erhoffte sich die Partei vorhandene Klassenunterschiede zu beseitigen und den BürgerInnen ein Leben in Gleichheit zu ermöglichen. Der Islam war für die Partei zwar stets ein wichtiger Teil der Kultur, jedoch stand er nie im Vordergrund, sondern war Teil des Nationalismus (Zauner 2011, 7).

Die französischen Truppen blieben bis zum 17. April 1946. Ab diesem Tag war Syrien endgültig unabhängig, nachdem es bereits in den Jahren davor immer wieder zu Unabhängigkeitskämpfen gekommen war. Im Jahr darauf fanden die ersten Parlamentswahlen statt. Der erste Präsident wurde anders als heute ein Sunnite namens Schukri al-Quwatli. Er war auch bereits unter französischer Herrschaft formal der Präsident (Roberts 2013, 31).

Die ersten Jahre des unabhängigen Syriens waren sehr instabil. Es kam immer wieder zu Machtwechseln und Militärputschen. 1963 wurden schließlich die Weichen für den noch heute regierenden Clan gestellt: Die Baath-Partei ergriff die Macht. Der spätere syrische Präsident Hafiz al-Assad wurde Verteidigungsminister (Zauner 2011, 5).

7.1.2 Der "Löwe von Damaskus" - Syrien unter Hafiz al-Assad

Nachdem der Assad-Clan unter Hafiz 1970 an die Macht kam, genoss das Regime in Syrien lange Zeit das Vertrauen vieler BürgerInnen und war beliebt. Doering (2011, 118ff) führt die Macht des Assad-Regimes auf vier Säulen zurück:

Die **erste Säule** ist **Säkularität und Toleranz**. Unter Hafiz schaffte es der Assad-Clan, stabile politische Verhältnisse herbeizuführen. Das Regime gestattete allen Religionsgemeinschaften in Frieden zu leben. Die Machthaber selbst lebten säkular und gaben sich anderen Religionen gegenüber als tolerant (ebd.). Auch Ibrahim (2002) sieht die Stabilität des Assad-Regimes als ein wesentliches Merkmal, nennt dafür aber andere Gründe: Für ihn lag die Quelle der Stabilität vor allem in den vielen Geheimdiensten und alawitischen Offizieren innerhalb der Armee, die Assad gegenüber loyal waren.

Die **zweite Säule** bilden laut Doering (2001, 118f) die seit 1967 von Israel besetzten **Golanhöhen**. Der Verlust der Golanhöhen entwickelte sich zum Trauma des ganzen Volkes und stiftete somit Identität. Politisch führte Syriens Niederlage gegen Israel dazu, dass Assad eine Allianz mit dem Iran einging, die bis heute eine Quelle der Macht ist. Über die Jahre hinweg legitimierte sich der Assad-Clan innenpolitisch durch den Konflikt mit Israel. Außer dem Iran wurde auch der Libanon ein enger Verbündeter – bis heute gilt das Land dem

Regime als „Bruderregion“ (Lüders 2011, 165). Die enge Verbindung zu Libanon kommt allerdings auch von der fast drei Jahrzehnte dauernden Militärpräsenz Syriens im Nachbarland. Während des libanesischen Bürgerkriegs ersuchte Libanon um syrische Hilfe an – und Assad ließ sich nicht lange bitten. Seine Truppen marschierten 1976 ein und blieben bis ins Jahr 2005 (ebd., 172).

Die **dritte Säule** ist Assads Bestreben, Syrien zu einer **Regionalmacht** aufzubauen. Nicht umsonst bekam Hafiz den Spitznamen „Löwe von Damaskus“ (Biegel 2001, 44). Das Regime rüstete sein Militär mit sowjetischen Kriegsmaterialien auf. So entstand eine enge Verbindung zum heutigen Russland. Zudem stand die Militärführung stets in einem Nahverhältnis zum Assad-Clan. Überhaupt war das Militär in praktisch allen Ebenen von Alawiten dominiert. Das hatte zwei Gründe: Die Alawiten in Syrien waren zum einen lange Zeit zum Großteil arm und konnten somit ihre Söhne nicht vom Militärdienst freikaufen (Doering 2011, 119). Zum anderen verboten einflussreiche sunnitische Familien ihren Söhnen, während der französischen Mandats Herrschaft Militärdienst zu leisten. So kam es, dass der Großteil der Soldaten alawitisch war (Biegel 2001, 31).

Die **vierte und letzte Säule** bildet der **repressive Überwachungsstaat** des Assad-Clans. Das Regime machte Syrien zu einem Staat, der permanent im Ausnahmezustand war. Die Machthaber duldeten weder Widerstand noch echte politische Opposition. So wird Hafiz al-Assad die Bemerkung zugeschrieben, dass er mit 90 Prozent der SyrerInnen keine Probleme habe. Für die übrigen seien die Gefängnisse reserviert (Lüders 2011, 165).

Hafiz al-Assad machte Syrien zu einem extrem zentralistisch regierten Staat. Sämtliche wesentlichen Entscheidungen traf der Präsident. Seine Familienmitglieder und enge Vertraute setzte er auf strategisch wichtige Posten. Die Kernwährung in seinem System war Loyalität. Assads Baath-Partei wurde zu einem Apparat, der BürgerInnen disziplinierte und propagandistisch bearbeitete. Das Regime kontrollierte Gewerkschaften, Jugendvereine und Berufsverbände. Zudem bekamen die insgesamt zwölf Geheimdienste nahezu unbegrenzte Befugnisse. Hunderttausende SyrerInnen flohen ins Exil, mehrere tausend saßen als politische Gefangene in Gefängnissen (Doering 2011, 119).

Organisiert ist das Regime in der Baath-Partei („Wiedergeburtspartei“). Ihre Macht ist in der Verfassung von 1973 unter Artikel 8 verankert. Der Baath-Partei obliegt demnach alleine „die Gestaltung von Staat und Gesellschaft“ (Lüders 2011, 165). Sie ist bis heute an der Macht. Lüders (ebd.) charakterisiert sie als „ein Sammelbecken verdienter Funktionäre mit der

Lizenz, sich aus der Staatskasse zu bedienen“. Ideologisch ist die Partei seit ihrer Gründung 1947 säkular-sozialistisch gesinnt. In ihrem ersten Grundsatzprogramm findet sich das Ziel der „Errichtung des Sozialismus“ sowie ein „Panarabischer Nationalismus“ (ebd.).

Die Baath-Partei entwickelte in den ersten Jahren ihrer Macht ambitionierte Wirtschaftspläne. Unterstützung erhielt das Regime aus den Ländern des Warschauer Paktes. Der darauf folgende Aufschwung ließ die Bevölkerungszahl schnell wachsen. Metropolen wie Aleppo, Damaskus, Homs und Hama entwickelten sich (Maier 2011). Um die Landflucht einzudämmen, setzte Assad allerdings – anders als später sein Sohn – vermehrt auf Agrarsubventionen (Doering 2011, 129).

Islamistische Bewegungen waren dem säkularen Assad schon immer ein Dorn im Auge. Das zeigte auch das Jahr 1982: Assad ließ im Februar einen Aufstand fundamentalistischer Moslembrüder in der Stadt Hama brutal niederwalzen. Das Militär bombardierte die konservativ-religiösen Sunniten aus der Luft und am Boden stürmten Tausende Soldaten die Ortschaft. Zwischen 10.000 und 25.000 ZivilistInnen wurden von den Trümmern der Häuser verschüttet oder gezielt erschossen. Die Stadt war am Ende dem Erdboden gleichgemacht (Doering 2011, 122; Lüders 2011, 165).

Das oberste Ziel des Assad-Regimes ist seit jeher allerdings weniger der Kampf gegen eine bestimmte Gruppe, sondern der Machterhalt. Diese Haltung hat Folgen für das ganze Land. Weil es schon unter Hafiz niemand wagte, sich mit den Mächtigen im Land anzulegen, uferte die Bürokratie aus: Staatsbedienstete delegierten ihre Verantwortung nach oben; jeder Antrag brauchte zahlreiche Stempel und Unterschriften. Zudem litt Syriens Wirtschaft unter massiver Korruption. Erfolgreiche Unternehmer mussten stets damit rechnen „Gewinnbeteiligungen“ – also Schutzgelderpressungen – an alawitische Funktionäre abzutreten (Doering 2011, 123; Lüders 2011, 175).

Unter diesen Rahmenbedingungen konnte die Wirtschaft in Syrien nie wirklich florieren. Die wichtigsten Betriebe waren im Staatseigentum; das Land schottete sich ausländischen Investoren gegenüber ab. Das Assad-Regime war bei Investitionsprojekten stets restriktiv. Unter Hafiz al-Assad gab es in Syrien nie eine Börse, weil das Regime stets fürchtete über die Wirtschaft Macht an die Sunniten zu verlieren (Lüders 2011, 165). Allerdings war auch das Land für große Projekte nicht sehr attraktiv: So fehlten etwa Industrieparks oder ein modernes Bankensystem. Zudem gab es in Syrien ein enormes Bevölkerungswachstum. Jedes Jahr drängten mehrere hunderttausend junge SyrerInnen auf den Arbeitsmarkt. Der Staat scheiterte

jedoch daran, in ausreichendem Maß Jobs zu schaffen. Wirklich reich wurden in diesem System nur Angehörige der Staatsklasse (Ibrahim 2002).

Das syrische Regime scheiterte daran, eine bürgerliche Mittelschicht entstehen zu lassen. Die Wirtschaft entwickelte sich kaum. Verglichen mit seinen Nachbarn blieb Syrien somit ein Armutsland.

Für den Politikwissenschaftler Michael Lüders (2011, 164) unterschied sich Hafiz al-Assad allerdings klar von Saddam Hussein im Irak oder Muammar Ghaddafi in Libyen: Assad regierte nie als totalitärer Diktator. Er arrangierte sich mit den religiösen Minderheiten und hatte keine Ambitionen, eine bestimmte Ideologie durchzusetzen. Beispielsweise schloss er mit der sunnitischen Mittel- und Oberschicht einen Deal: Die SunnitInnen bekamen freie Hand, ihren Geschäften nachzugehen und kontrollierten den Großteil der Privatwirtschaft. Im Gegenzug überließen sie Assads Alawiten die Politik.

In den 1990er-Jahren stand Syrien vor einigen zusätzlichen Herausforderungen. Mit dem Zerfall des Ostblocks fiel auch der wichtigste Handelspartner weg. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich, und Assad musste Subventionen abbauen, mit denen er sich lange Zeit soziale Ruhe und die Loyalität seiner Landsleute erkaufte. Vor diesem Hintergrund begann Hafiz al-Assad politische Gefangene freizulassen, und auch im Parlament räumte er unabhängigen Parteien mehr Mitsprache ein. Direkte Kritik am Machthaber blieb allerdings weiterhin ein Tabu (ebd.).

Hafiz al-Assad blieb auch nach seinem Tod 2000 omnipräsent in Syrien. Überall im Land stehen überlebensgroße Statuen, Gedenkstätten, Fotos oder Gemälde des „Löwen von Damaskus“. Assad wird meistens in väterlich-strenger Pose als Führer dargestellt. Die syrische Propaganda stilisierte ihn überdies auch noch zum größten Wissenschaftler und zum größten Apotheker des Landes. Allerdings waren von dieser Darstellung nicht einmal eingefleischte Parteigänger mit letztem Ernst überzeugt (Biegel 2001, 28).

7.1.3 Auf den Vater folgt der Sohn: Baschar wird Präsident

Nach fast 30 Jahren an der Macht starb Hafiz al-Assad am 10. Juni 2000. Ihm folgte sein Sohn Baschar, damals 34 Jahre alt, der sich nach seinem Studium in Syrien in London zum Augenarzt ausbilden ließ. Der Machtwechsel von Vater auf Sohn war in der arabischen Welt damals einmalig. Syrien zeigte, dass auch in einer formal republikanischen Ordnung die

Macht innerhalb einer Familie bleiben kann. In der Region sorgte das durchaus für Aufregung, weil auch in anderen Ländern gerade Diskussionen über die Frage der Nachfolger stattfanden. So munkelte man damals, dass auch Ägyptens Hosni Mubarak daran dachte, seinen Sohn Gamal als Nachfolger aufzubauen ebenso wie im Irak Saddam Hussein seinen Sohn Quesi (Biegel 2001, 29).

Lange Zeit deutete eigentlich nichts darauf hin, dass Baschar in die Politik gehen sollte. Es war vielmehr sein älterer Bruder Basil, der als designierter Nachfolger galt. Basil verunglückte 1994 jedoch bei einem Autounfall. So kam es, dass der strenge Vater Baschar aus London nach Syrien beorderte und ihn systematisch zu seinem Nachfolger aufbaute (ebd., 29f). Hafiz machte seine Hausaufgaben. Der Machtwechsel verlief reibungslos: Nur Stunden nach seinem Tod wurde in der Verfassung das Mindestalter für den syrischen Präsidenten von 40 auf 34 herabgesetzt, Baschar wurde zum General der Armee und zum Vorsitzenden der Baath-Partei ernannt. Und bei einem Referendum, bei dem er der einzige Kandidat war, wurde Baschar mit 97,29 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (Ibrahim 2002).

Seine Rede bei seinem offiziellen Amtsantritt am 17. Juli 2000 ließ viele hoffen, dass der neue Präsident das Land modernisieren würde (Biegel 2001, 31). Assad rief darin alle BürgerInnen auf, sich am kommenden Modernisierungsprozess zu beteiligen. Damit dieser gelingt, mussten laut Assad drei Dinge gleichzeitig passieren:

First: to suggest new ideas in all domains whether in order to solve our current problems and difficulties or in order to improve the current situation. Second: to renew old ideas which are no longer appropriate to our reality with the possibility of discarding outdated ideas which can neither be renewed nor could they be beneficial; rather they have become an obstacle in the way of our performance. Third: to improve old ideas and renew them in order to be suitable to the current and future purposes.
(Presidentassad.net 2014)

Das Zitat zeigt: Assad war nicht nur gewillt, „in allen Bereichen neue Ideen“ zu fordern, sondern auch, alte Ideen zu erneuern oder wenn notwendig sogar zu verwerfen, wenn diese ein Hindernis sein sollten.

Die Erwartungen an Assad waren im Land entsprechend groß: Viele wünschten sich die politische und gesellschaftliche Öffnung Syriens. Und tatsächlich konnte der junge Machthaber zunächst einige dieser Erwartungen erfüllen. In den großen Städten des Landes eröffneten große Hotels und westliche Bekleidungsketten. Der Tourismus zog an.

Privatisierungen und weniger Bürokratie machen Syrien langsam, aber stetig auch für ausländische Investoren interessanter (Doering 2011, 124).

Die wirtschaftliche Lage drängte den jungen Machthaber zu handeln: Syriens staatlicher Wirtschaftssektor stand kurz vor dem Kollaps. Zudem war Syriens Technologie-Level sehr niedrig. Internet und Mobiltelefone gab es nur für eine privilegierte Minderheit. Noch 2002 gab es in Syrien pro 1.000 EinwohnerInnen nur 1,7 Computer – der niedrigste Wert aller Länder der Region (Ibrahim 2002). Assad machte sich daran, diese verkrusteten Strukturen aufzubrechen. Er ließ neue Technologien zu, reformierte das Bankensystem und gab den Wechselkurs der Landeswährung frei. Im Bereich der Bildung erlaubte er die Gründung von zahlreichen Privatschulen und privaten Universitäten (Lüders 2011, 166).

Nach seinem Amtsantritt erwachte die Zivilgesellschaft – es waren die Zeiten des ‚Damaszener Frühlings‘. Das Regime setzte liberal gesinnte Menschen an die Spitzen der wichtigsten staatlichen Medien. Im ganzen Land kam es zu regen, durchaus auch regierungskritischen Debatten. Intellektuelle gründeten Diskussionszirkel und publizierten ihre Forderungen an Assad in offenen Briefen. Die ansonsten omnipräsente Angst, vom Regime und den Geheimdiensten verfolgt zu werden, schwand (ebd., 124f).

Im Frühjahr 2001 heiratete Assad die 26-jährige Sunniten Asma al-Achras. Die Bankenganalystin kannte Assad aus ihrer gemeinsamen Zeit in London. Die Heirat des alawitischen Präsidenten mit einer sunnitischen Frau gilt für etliche Beobachter als kluger Schachzug, um das Misstrauen gegenüber der alawitischen Minderheit in Syrien abzubauen und die Kooperation mit den Sunniten in Syrien zu forcieren (Biegel 2001, 33).

Der ‚Damaszener Frühling‘ hielt jedoch nur bis zum Herbst 2001, als das Regime in einer Verhaftungswelle die ersten Oppositionellen wegspernte. Die Staatsführung hatte unter Baschar al-Assad trotz grundsätzlich liberaler Gesinnung wohl nie das Ziel einer echten, pluralistischen Demokratie für Syrien. Dass sich politische, soziale und berufliche Interessensgruppen an Debatten beteiligen, war zwar durchaus erwünscht und ernst gemeint – sie sollten jedoch lediglich Empfehlungen abgeben. Die Entscheidungen würden in der Vorstellung des Regimes weiterhin von oben kommen und seien zu akzeptieren (ebd., 125).

Die Frage drängt sich auf: Konnte Assad nicht mehr erreichen, weil sich die alte Garde im Machtapparat querstellte oder wollte er nicht? Für Lüders (2011, 167) spricht vieles dafür, dass die Verantwortung bei Assad selbst liegt. Er argumentiert, Assad habe zu Beginn seiner Herrschaft zahlreiche Weggefährten seines Vaters und damit des alten Regimes entmachtet.

Daher sei er Herr im eigenen Haus gewesen. Tatsächlich startete Assad schon im ersten Jahr seiner Präsidentschaft eine Kampagne gegen Korruption. Einige Exminister, hohe Offiziere und Partei-Funktionäre wurden verhaftet oder suspendiert. Ibrahim (2002) sieht anders als Lüders darin jedoch nur kosmetische Veränderungen. Ein paar ‚Bauernopfer‘ fielen demnach zwar der Kampagne zum Opfer, der Kern des Regimes blieb aber unangetastet.

Es gibt allerdings noch ein Argument, das dafür spricht, dass Assad den Reformprozess aus eigener Überzeugung beendete: Er setzte das System seines Vaters, das System der Günstlings- und Vetternwirtschaft, uneingeschränkt fort. Assad lebte und studierte zwar in London, wuchs aber als Sohn eines Autokraten auf. Er genoss sein ganzes Leben über alle Privilegien und lebte immer inmitten einer privilegierten Schicht (Doering 2011, 125).

Demokratie würde bedeuten, dass die Minderheit der AlawitInnen an die sunnitische Mehrheit Macht verliert. Ein System, das auf den eigenen Clan zugeschnitten ist, wird das nicht ohne weiteres zulassen. Schließlich ging es Baschar wie seinem Vater um Macht. Der größte Profiteur der Privatisierungen von Assad war beispielsweise sein Cousin Rami Makhlouf – mittlerweile einer der reichsten Männer Syriens (Lüders 2011, 168).

Baschar setzte aber andere Prioritäten als sein Vater. Hafiz förderte in erster Linie die Landwirtschaft. Die Region Deraa im Südwesten des Landes galt unter Hafiz als die Kornkammer Syrien und war eine der wohlhabendsten Regionen. Baschar ließ von der Landwirtschaft ab und verfolgte eine stärker kapitalistisch-orientierte Wirtschaftspolitik. Der Liberalisierung der Wirtschaft fielen die Agrarsubventionen zum Opfer – staatliche Hilfen während Dürreperioden blieben aus. Als Folge verarmten viele Bauern und Bäuerinnen (Doering 2011, 129). Deraa war auch jene Region, in der die BürgerInnen im März 2011 als erstes auf die Straße gingen, um gegen die Regierung zu demonstrieren (ORF.at 2011, FAZ 2011).

Trotz allem blieb Syrien unter Assad eines der ärmsten Länder der Region. Verglichen mit Ägypten, Tunesien und Libyen hatte Syrien bis zum Ausbruch des Krieges 2011 stets das niedrigste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (Abbildung 3). Während es vor allem in Libyen und Tunesien mitunter große Wachstumsraten gab, wuchs die Wirtschaft in Syrien nur langsam. Auch Ägypten konnte vor allem nach 2008 sein BIP pro Kopf im Vergleich zu Syrien steigern.

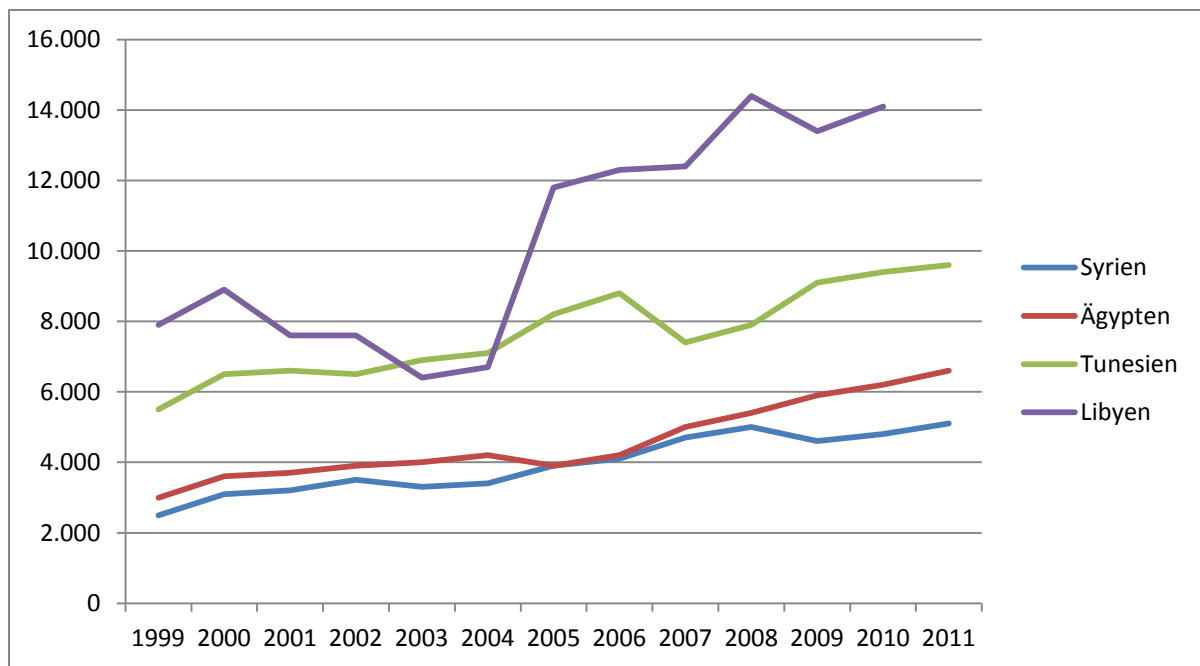


Abbildung 3 BIP/Kopf (Kaufkraftbereinigt) nach 2011 \$. Quelle: indexmundi.com (2014). Eigene Darstellung.

Als die USA im März 2003 in den Irak einmarschierten, stand Syrien auf der Seite der USA. Kein Wunder, denn der sunnitische Saddam Hussein galt als einer der größten Feinde des alawitischen Assad-Clans. Der Irak-Krieg war auch für Syrien folgeschwer: Das ohnehin wirtschaftlich schwache Land nahm in Summe eine Million irakischer Flüchtlinge auf. Das belastete nicht nur die Wirtschaft, sondern brachte dem Land auch ethnische und religiöse Spannungen (Doering 2011, 126).

Vor allem am Anfang von Assads Präsidentschaft spielte die Kernelite seines Vaters in Syrien eine größere Rolle als er selbst. Assad reagierte auf dieses Problem, indem er langsam, aber stetig sein Personal austauschte. In den ersten Jahren besetzte er auf höhere Ebene allerdings nur nicht-strategische Posten neu. Erst ab der Ernennung von Mohammad Naji al-Utri zum Premierminister im September 2003 änderte sich das. Bis 2006 besetzte er 14 Ministerien neu; im Sicherheitsapparat setzte er enge Vertraute an Schlüsselpositionen. Um Amtsinhaber loszuwerden, schickte Assad sie entweder in Pension, belastete sie mit Korruptionsvorwürfen oder versetzte sie auf weniger einflussreiche Posten (Thoma 2008, 33).

Assad gelang es somit, seine Machtposition innenpolitisch zu festigen. Dennoch war und ist er immer auf den Konsens der politischen Kernelite angewiesen, wenn er Reformen oder Gesetze auf den Weg bringen will (ebd.). Nach dem Ende der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Amtszeit von sieben Jahren ließ sich Assad am 27. Mai 2007 mit 97,6 Prozent ein zweites Mal zum Präsidenten wählen (Washingtonpost.com 2007).

Der ‚arabische Frühling‘ erreichte Syrien 2011. Anders als im ‚Damaszener Frühling‘ standen an der Spitze des Protests jedoch nicht Intellektuelle, sondern ein paar Teenager aus Deraa. Sie sprühten nachts Freiheitsparolen an die Wände und als sie verhaftet wurden, gingen ihre FreundInnen und Angehörige auf die Straße – der zündende Funke für einen Flächenbrand. Die Gründe für die frühen Proteste sieht Doering (2011, 117) ähnlich wie in den anderen arabischen Staaten: Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven kombiniert mit einem Herrschaftssystem, das sich durch Repression und Korruption an der Macht hält:

Überall sind auch die Auslöser des Aufbegehrens gleich: Die Menschen sind es leid, die Arroganz ihrer Herrscher länger zu tolerieren. Sie wollen die Missachtung nicht länger hinnehmen, die die Behörden ihnen und ihren Anliegen entgegenbringen. Sie sind der Angst überdrüssig, die Sicherheitskräfte und Spitzel verbreiten [...]. Vor allem aber drückt sich in dem Aufbegehren die Sehnsucht der jungen Generationen nach einem anderen, selbstbestimmten Leben aus, nach individuellen Freiheiten und nach Mitwirkung. Sie haben es satt, nicht gefragt zu sein und nicht gefragt zu werden. (ebd.)

In einem seiner seltenen Interviews sprach Assad im Jänner 2011 mit dem Wall Street Journal. Die Welt redete damals über den ‚arabischen Frühling‘ und die Revolutionen in Tunesien und Ägypten. Nur Wochen bevor auch in Syrien die großen Demonstrationen begannen, gab sich Assad noch zuversichtlich: „If you want to talk about Tunesia and Egypt, we are outside of this; at the end we are not Tunisians and we are not Egyptians“ (Wall Street Journal 2011). Assad war in dem Gespräch allerdings durchaus selbstkritisch und bekannte sich mehrfach zu notwendigen Reformen. Er gab allerdings zu bedenken, dass sich erst das Bewusstsein der Bevölkerung entsprechend ändern müsse, ehe demokratische Reformen funktionieren können. Auf die Frage, wie lange das dauern würde, entgegnete er sinngemäß: Das könne man nicht seriös beantworten, da sich im Nahen Osten die Lage sehr schnell verändern könne (ebd.).

Nur Wochen später sollte es auch in seinem Land zu den ersten Toten bei Anti-Regierungs-Demonstrationen kommen. Ein bis zum Druck dieser Arbeit andauernder Bürgerkrieg sollte folgen.

Im Folgenden wird nun die Chronologie des Bürgerkriegs in seinen Grundzügen nacherzählt. Der Fokus liegt dabei auf den Forschungsinteressen dieser Arbeit. Konkret heißt das, dass das Wording der Akteure in Bezug auf Terror genauer betrachtet wird und in welchem Kontext diese Aussagen getätigt wurden. Die Kampfhandlungen – wer wen wann wie angegriffen hat – stehen (auch mangels verlässlicher Quellenlage) dabei nur begrenzt im Fokus.

7.2 Chronologie des Bürgerkriegs

Die ersten Toten im Konflikt in Syrien gab es im März 2011. Sicherheitskräfte der Regierung schossen auf Demonstranten in Deraa, die sich gegen die Korruption im Land gewandt hatten. Immer wieder folgten danach blutige Ausschreitungen. Die Regierungsseite sprach von „bewaffneten Banden“, gegen die man vorgehe (ORF.at 2011, FAZ 2011).

Ende März hielt die in London ansässige International Crisis Group es für möglich, dass Assad eine weitere Eskalation verhindern könne. Anstatt „ausländische Kräfte“ für die Unruhen verantwortlich zu machen, sollte er politische Führungsstärke beweisen und echte Reformen im Sinne der DemonstrantInnen durchführen. Die Familien der Opfer hätte er entschädigen – und die TäterInnen glaubhaft strafrechtlich verfolgen sollen. Assad, der ja nach wie vor bei vielen SyrerInnen beliebt war, hätte so nach Ansicht der AnalystInnen seine Legitimation beibehalten können (Crisisgroup 2011).

Assad reagierte zunächst gar nicht auf die Proteste. Dann versuchte er die DemonstrantInnen zu besänftigen. Er kündigte politische Reformen an, versprach höhere Sozialleistungen und hob sogar den seit 1963 geltenden Ausnahmezustand auf. Die Versprechen und Handlungen gingen aber nicht weit genug – die Demonstrationen gingen weiter. Noch im ersten Halbjahr 2011 kam schließlich der Befehl, die mittlerweile landesweiten Aufstände systematisch niederzuschlagen. Hunderte, vielleicht Tausende DemonstrantInnen starben (Doering 2011, 116).

Diese harte Reaktion auf die Proteste sieht auch Lüders (2011, 175) als einen Schlüsselmoment in Syrien:

Hätte das Regime in Deraa und anderswo nicht wie gewohnt mit dumpfer Gewalt reagiert, sondern sich taktisch klüger verhalten, mit Gelassenheit und ernsthafter Dialogbereitschaft, wäre der Kelch der arabischen Revolution möglicherweise an Baschar al-Assad und seinen Leuten vorbeigegangen. So aber haben sie selbstverschuldet die Lage eskaliert.

Innerhalb des Regimes dürfte zu dieser Zeit einiger Streit über die Reaktionen auf die Demonstrationen entbrannt sein. Der Autor und Syrien-Kenner Patrick Seale berichtete von „furiosen Debatten“ innerhalb des Regimes zwischen Möchtegernreformern und Hardlinern. Die Zeichen deuteten jedenfalls darauf hin, dass sich die Stimmung zwischen Assad und den Sicherheitskräften aus den Geheimdiensten und des Militärs verschlechterte (Seal 2011).

Im Laufe des Jahres wurden die Zusammenstöße immer heftiger. In einem Interview mit der britischen Zeitung Sunday Telegraph im Oktober 2011 räumte Syriens Präsident Baschar al-Assad Fehler ein. Sicherheitskräfte seien von nun an aber angewiesen, ausschließlich gegen *TerroristInnen* vorzugehen. Deutschsprachige Medien nannten die Gegenseite zu diesem Zeitpunkt etwa „Demonstranten“ oder „Oppositionelle“. Mittlerweile forderten Assads Gegner seinen Rücktritt (Zeit Online 2011, Gilligan 2011)¹⁴.

Im Laufe der Ausschreitungen formierte sich die Opposition zur Freien Syrischen Armee (FSA). Die Führung übernahm ein desertierter syrischer Oberst, der sich in die Türkei abgesetzt hatte. Laut eigenen Angaben bestand die FSA damals aus 15.000 Mann und 22 Einheiten (Güsten 2011).

2012 spitzte sich die Lage weiter zu und wurde zunehmend unübersichtlicher. Die Vereinten Nationen und Human Rights Watch attestierten sowohl der Regierung als auch den Aufständischen Menschenrechtsverletzungen. Auf beiden Seiten habe es massive Kriegsverbrechen gegeben. Dazu zählen Massenerschießungen, Folter und Hinrichtungen. Außerdem stellte die UN fest, dass ausländische Kämpfer zur Radikalisierung der „Rebellen“ beitragen. Immer mehr „militante Islamisten“ seien unter den KämpferInnen. RegierungsvertreterInnen nannten die Aufständischen weiterhin „Terroristen“ (Deutsche Welle 2012, Süddeutsche.de 2012).

Es wurde immer deutlicher, dass die oppositionellen Kräfte in Syrien sehr heterogen sind. Die islamistische Al-Nusra-Front bekannte sich zu verschiedenen Bombenanschlägen in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Die Gruppe selbst sprach von *militärischen* Einsätzen. Al-Nusra wird mit Al-Kaida in Zusammenhang gebracht, die KämpferInnen kamen hauptsächlich aus dem syrischen Ausland (ORF.at 2012). Im Laufe der Zeit wurden immer mehr solcher Gruppen sichtbar. Zeitungen sprachen vom „Wettbewerb der Jihadisten in Syrien“ (Harrer 2013).

Im Dezember 2012 setzten die USA die Al-Nusra-Front auf ihre Terrorliste. Die Gruppe galt in den USA nun offiziell als „ausländische terroristische Organisation“ (Gordon, Barnard 2012). Im Mai 2013 zog der UNO-Sicherheitsrat nach und stufte die Gruppe ebenfalls als Terrororganisation ein. Der Antrag Al-Nusra als Terrororganisation einzustufen, kam vom

¹⁴ Die hier beschriebenen Einschätzungen basieren auf individuellen Beobachtungen verschiedener Medien. Die Frage, welche Bezeichnungen in welchem Kontext tatsächlich verwendet wird, wird in Kapitel 9.2 erörtert.

syrischen Außenministerium. Zuvor hatte der Anführer der Al-Kaida im Irak mitgeteilt, dass Al-Nusra eine Zelle ihres internationalen Netzwerkes sei (derStandard.at 2013^a).

Der EU-Ministerrat verzichtete bislang (Stand: August 2014) darauf, Al-Nusra als Terrororganisation einzustufen (EUR-Lex 2014).

Seit Beginn der Ausschreitungen waren westliche Regierungen überwiegend auf der Seite der Opposition und forderten Assads Rücktritt. Im April 2013 verkündeten die USA, ihre Hilfszahlungen für oppositionelle Kräfte auf 250 Millionen Dollar zu verdoppeln.

Außenminister John Kerry forderte andere ausländische Spender auf, das gleiche zu tun, mit dem Ziel, in Summe eine Milliarde Dollar an Geldern zur Verfügung stellen zu können. Die USA stellen den Rebellen u. a. Schutzwesten, Nachtsicht- und Kommunikationsgeräte zur Verfügung (Brunnstorm 2013).

Ebenfalls im April meldete sich Assad in einem Interview mit dem syrischen Staatsfernsehen zu Wort. Assad warnte den Westen davor „Terroristen“ in Syrien zu finanzieren. Europa und die USA würden später den Preis dafür zahlen, wenn diese Terror-Gruppen auch im Westen Anschläge verüben. Den Kampf gegen die (auch von den USA unterstützten) Rebellen nannte Assad ironischer weise ausgerechnet einen „war on terror“. Assad beschuldigte Jordanien, ein Dreh- und Angelpunkt der Rebellen zu sein, und sagte dem Nachbarland ein ähnliches Schicksal wie Syrien voraus (Sputniknews.com 2013^a).

Im Frühsommer 2013 wurde auf EU-Ebene heftig über mögliche Waffenlieferungen an die syrische Opposition gestritten. Vor allem Großbritannien und Frankreich setzten sich dafür ein, dass das bestehende Waffenembargo auslaufen solle. Auf der anderen Seite setzte sich besonders Österreichs Außenminister für eine Verlängerung des Embargos ein. Die Verhandlungen um eine einheitliche Position der EU scheiterten. Somit sind Waffenlieferungen an syrische Rebellen grundsätzlich möglich (derStandard.at 2013^b).

Zwar waren sich die EU-Außenminister einig, dass Assads Zeit abgelaufen war. Allerdings gab es Bedenken, die Waffen könnten in die *falschen* Hände – Stichwort Al-Nusra – fallen. Endziel und Endverbraucher der Waffen müssten klar sei (ebd.). Auch die USA äußerten in der Vergangenheit solche Bedenken, weshalb man mit Waffenlieferungen zurückhaltend war. Im Juni 2013 entschieden die USA laut Medienberichten, nun doch Waffen an die Rebellen zu schicken. Als Grund gab man an, das Assad-Regime habe Chemiewaffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt (Mazzetti, Gordon, Landler 2013).

Der Einsatz von Chemiewaffen zeigt gut, wie beide Seiten mit propagandistischen Mitteln versuchen, die internationale Öffentlichkeit auf ihre Seite zu ziehen. In einer Pressekonferenz am 20. August 2012 sprach US-Präsident Barack Obama über eine mögliche Militärintervention in Syrien. Bisher sei das keine Option, aber der Gebrauch von chemischen oder biologischen Waffen wäre eine rote Linie (Whitehouse.gov 2012):

It concerns us. We cannot have a situation where chemical or biological weapons are falling into the hands of the wrong people.

We have been very clear to the Assad regime, but also to other players on the ground, that a red line for us is we start seeing a whole bunch of chemical weapons moving around or being utilized. That would change my calculus. That would change my equation. (ebd.)

Ab dem Frühling 2013 kam es in Syrien allem Anschein nach immer wieder zum Einsatz von Chemiewaffen. Unklar ist allerdings, von welcher Seite die Angriffe kamen. Am 30. April beschuldigte die syrische Regierung via Staatsfernsehen „Terroristen“ chemische Waffen eingesetzt zu haben, um den Zusammenhalt zwischen Pro-Assad-Truppen zu schwächen (Sputniknews 2013^b). Die New York Times veröffentlichte am 25. August – nach weiteren Einsätzen von Chemiewaffen – eine anonymisierte Stellungnahme eines US-Regierungsvertreters, laut der das Assad-Regime dafür verantwortlich sei. Auch Frankreich, Großbritannien und Deutschland schlossen sich dem an (Shane, Hubbard 2013). Russland und der Iran standen hingegen auf der Seite Assads, der jede Schuldzuweisung weiterhin von sich wies. Der Iran gab sogar an, Beweise zu haben, dass „terroristische Gruppen“ die Chemiewaffen verwendet hätten und den Angriff der Assad-Regierung anhängen wollen (Reuters.com 2013).

Nach anfänglichem Zögern erlaubte Assad UN-Inspektoren die Vorfälle zu untersuchen. Bereits am ersten Tag ihres Einsatzes wurden sie von Heckenschützen angegriffen. Aber wer waren die Schützen? Die Rebellen beschuldigten regierungstreue Milizen. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete hingegen „bewaffnete Terrorgruppen“ hätten die Inspektoren angegriffen (Focus.de 2013). Das Ermittlungsteam der UN erklärte schließlich, Nervengas sei eingesetzt worden, ließ aber offen, von welcher Seite. Assad willigte jedenfalls ein, seine Chemiewaffenbestände unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Ein Militärschlag der USA blieb aus (Kuhlmann 2014).

Die Gegenseitigen Anschuldigungen zeigen: Alle Seiten versuchen einerseits, die Legitimation ihrer jeweiligen Feinde zu untergraben, und andererseits, gleichzeitig ihren

eigenen Standpunkt zu legitimieren. Nachdem Obama den Einsatz chemischer Waffen als „rote Linie“ bezeichnete, schien klar: Wer auch immer solche Waffen verwendet, für den wird es eng. Wer würde sich schon auf die Seite von Rebellen stellen, wenn klar wäre, dass sie Chemie-Waffen gegen die Zivilbevölkerung einsetzen? Und andererseits: Wie könnten Russland oder der Iran ihre Unterstützung für Assad rechtfertigen, wenn er zugeben würde, chemische Waffen zu verwenden? Es hatten also beide Seiten nicht nur ein Interesse, die Angriffe ihren Gegner in die Schuhe zu schieben, sondern auch die Welt von ihrer Sicht der Wahrheit zu überzeugen.

Gegen Ende 2013 und vor allem 2014 kam immer stärker eine bestimmte Rebellengruppe in den Fokus der Berichterstattung: Die islamistische Gruppe Islamischer Staat im Irak und Syrien – kurz ISIS. Später nannte sie sich nur mehr IS. IS kämpfte nicht nur gegen Assad, sondern auch gegen andere Rebellengruppen, die eine andere Ideologie verfolgten. Ahmad Hissou (2014, 165ff) ortet sogar eine „Islamisierung der Revolution“. Für manche Rebellengruppen bekam der Kampf gegen die Islamisten bald sogar Priorität – noch vor dem Kampf gegen Assad (ebd., 171).

Bis zum Druck dieser Arbeit war der Bürgerkrieg in Syrien noch in vollem Gange. Das Regime dürfte inzwischen kaum mehr Chancen haben, die alte Ordnung wiederherzustellen. Dafür ist bereits zu viel Blut vergossen worden. Oder um es mit den Worten von Shmuel Bar (2013, 108) zu sagen: „Syria has long passed the point of no return.“

Zusammenfassend lässt sich die Situation in Syrien vereinfacht gesagt so darstellen: Was als friedlicher Protest gegen die Regierung begann, ist zu einem Bürgerkrieg eskaliert. Oppositionelle Gruppen versuchten, mit Waffengewalt die Regierung zu stürzen. Die Regierung bezeichnet sie als TerroristInnen. In deutschsprachigen Medien nannte man sie häufiger „Rebellen“ oder „Aufständische“. Bestimmte – islamistische – Untergruppen der Opposition galten hingegen auch in der UNO und den USA als „TerroristInnen“.

8 Empirische Untersuchung der APA-Berichte

Im Sinne der Transparenz und Nachvollziehbarkeit schildere ich in diesem Kapitel die Hintergründe zur empirischen Untersuchung. Zuerst erkläre ich, warum ich die APA ausgewählt habe und grenze den Untersuchungszeitraum ein (Kapitel 8.1). Danach erläutere ich die Details zur qualitativen Inhaltsanalyse, wie sie in dieser Arbeit verwendet wurde (Kapitel 8.2). Und schließlich schildere ich in Kapitel 8.3, wie sich der Forschungsablauf zugetragen hat.

8.1 Untersuchungsobjekt und Untersuchungszeitraum:

Untersuchungsobjekt sind Artikel der Austria Presse Agentur (APA). Hier nur ein Medium heranzuziehen mag zunächst womöglich wenig zielführend sein, da ja nach Hepp (2013), wie bereits oben erwähnt, alle Medien an der kommunikativen Konstruktion mitwirken und nicht bloß ein einzelnes. „Alle“ Medien lassen sich aber unmöglich untersuchen. Außerdem vereint die APA, obwohl sie faktisch nur einzelnes Medium ist, Eigenschaften von mehreren Medien in sich.

Als führende Nachrichtenagentur Österreichs hat die APA zunächst einmal einen erheblichen Einfluss auf die Berichterstattung der klassischen Massenmedien. Aufmerksame NachrichtenkonsumentInnen merken mit Leichtigkeit, dass APA-Artikel sich in nahezu allen großen Medien finden, nicht selten sogar wortgleich. Es macht also auch aus arbeitsökonomischer Sicht Sinn, sich direkt mit der APA zu befassen, anstatt die einzelnen Massenmedien gesondert zu untersuchen, die ihre Informationen selbst auch häufig aus der APA haben. Zum anderen bezieht die APA ihre Nachrichten von anderen Nachrichtenagenturen wie Reuters, der Deutschen Presse Agentur (dpa), oder der französischen Agence France-Presse (AFP). In die Berichterstattung der APA fließen also mehrere Medien mit ein. Die „Prägnanz“ (nach Hepp, 2013) der APA geht also über jene eines einzelnen Mediums hinaus. Einerseits, weil in der APA Meldungen von mehreren Medien zu lesen sind, und andererseits, weil Berichte der APA wortgleich von fast allen österreichischen Medien übernommen werden.

Die Eigentümerstruktur der APA erlaubt der Nachrichtenagentur zudem größtmögliche Unabhängigkeit. Die APA gehört nämlich weder einem einzelnen Konzern noch steht sie unter Kontrolle der Politik. Ihre Eigentümer sind vielmehr 15 österreichische Tageszeitungen und der ORF. Nach Eigendefinition erfüllt sie ihre Aufgaben „in Unabhängigkeit von Staat,

Regierung und Parteien, nach den Geboten von Zuverlässigkeit, Schnelligkeit und Ausgewogenheit, sowie unter der Vermeidung jeglicher Einseitigkeit und Parteinahme“ (APA 2014).

Der **Untersuchungszeitraum** betrifft die Berichterstattung zu Syrien vom 1. März 2011 bis zum 28. Februar 2014 – also die ersten drei Jahre des Krieges. Die Ereignisse des Jahres 2014 fallen somit nur mehr zum Teil in den Untersuchungszeitraum. Der Untersuchungszeitraum sollte dennoch groß genug sein, um interessante Ergebnisse zu liefern, da ja – wie aus der Chronologie ersichtlich wird – in den ersten drei Jahren in Syrien sehr viel geschehen ist.

8.2 Untersuchungsmethode: Die qualitative Inhaltsanalyse

Als empirische Forschungsmethode verwende ich die qualitative Inhaltsanalyse. Die qualitative Inhaltsanalyse hilft offenzulegen, welche nicht-sprachlichen Eigenschaften hinter bestimmten Formulierungen in Texten stecken (Lamnek 2005, 478). Wenn Menschen schreiben oder sprechen, schwingen im Hintergrund auch immer unsere Annahmen über die Umwelt und unser Weltbild mit. Unser Weltbild wiederum ist geprägt durch das soziokulturelle System, in dem wir leben. In den Texten spiegeln sich also auch Werte und Normen unserer Gesellschaft, ebenso wie Persönlichkeitsmerkmale des Verfassers bzw. der Verfasserin (ebd.).

Da ‚Terror‘ ein politisches Phänomen ist, soll die Inhaltsanalyse helfen zu verstehen, welche Werte, Normen und Vorstellungen hinter der Verwendung des Wortes ‚Terror‘ in den Berichten der APA stecken. Die Frage ist aber auch, wie die APA mit dem Konstrukt ‚Terror‘ umgeht. Solche Konstrukte entstehen nämlich nicht zwangsläufig, zufällig oder willkürlich, sondern können vor allem in der Politik Ausdruck von bestimmten Interessen sein.

Der Schweizer Soziologe Peter Atteslander (2010, 203) definiert die Inhaltsanalyse so: [Die] *„Inhaltsanalyse ist eine Methode der Datenerhebung zur Aufdeckung sozialer Sachverhalte, bei der durch die Analyse eines vorgegebenen Inhalts (z. B. Text, Bild, Film) Aussagen über den Zusammenhang seiner Entstehung, über die Absicht seines Senders, über die Wirkung auf den Empfänger und/oder auf die soziale Situation gemacht werden.“* Obwohl die Inhaltsanalyse also wesentlich mehr kann, als nur Text zu analysieren, ist Text das häufigste

untersuchte Material. Darunter fallen Dokumente, Akten oder auch Zeitungsartikel (Lamnek 2005, 492).

Ziel ist also mittels qualitativer Inhaltsanalyse der APA-Berichte den Kontext der Verwendung von ‚Terror‘-Begriffen zu analysieren. In den Sozialwissenschaften ist die Inhaltsanalyse die etablierteste Textanalysemethode. Früher war es üblich, Texte vordergründig quantitativ zu analysieren: Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stand, welcher Begriff wie oft vorkommt. Mittlerweile ist es üblich, den Fokus auch auf qualitative Eigenschaften von Texten zu richten (Titscher et al. 1998, 74). In dieser Arbeit werden quantitative Merkmale der APA-Berichterstattung nur der Rahmen der weitergehenden, tieferen qualitativen Untersuchung sein.

8.2.1 Grundzüge der qualitativen Inhaltsanalyse

Entscheidend für eine erfolgreiche qualitative Inhaltsanalyse ist, dass die Forschungsfrage eindeutig beschrieben und eingegrenzt wird. Atteslander (2010) und Lamnek (2005) identifizieren darüber hinaus vier Merkmale, die qualitative Inhaltsanalysen kennzeichnen: Offenheit, Kommunikativität, Naturalistizität und Interpretativität.

Mit **Offenheit** ist gemeint, dass sich theoretische Konzepte und Hypothesen aus dem gegebenen Material entwickeln. Das wissenschaftliche und persönliche Vorwissen spielt eine geringere Rolle. Die qualitative Inhaltsanalyse versucht „den Inhalt selbst sprechen zu lassen und aus ihm heraus die Analyse zu entfalten“ (Lamnek 2005, 508). Das steht allerdings nicht im Widerspruch zu Forschungsfragen. Im Gegenteil: Forschungsfragen sind zulässig und auch erwünscht. Was man allerdings meiden sollte, sind Hypothesen über empirische Zusammenhänge (ebd., 509).

Kommunikativität meint die Annahme, dass soziale Wirklichkeit durch Interaktion und Kommunikation entsteht. Diese Annahme deckt sich mit der bereits besprochenen konstruktivistischen Ausgangsposition dieser Arbeit. Qualitative Inhaltsanalysen arbeiten daher folgerichtig mit Protokollen über kommunikative Handlungen, wie es etwa Texte sind (ebd., 508f.).

Naturalistizität hat vor allem für die Analyse von Interviews Bedeutung. Naturalistizität bedeutet, dass die Erhebungssituation möglichst natürlich ablaufen soll. Sowohl der Handlungsablauf der Inhaltsanalyse als auch der kommunikative Akt selbst sollen dem Alltag

möglichst nahekomen. In der Phase der Auswertung ist der Forschende gefordert, die Sprachcodes der Probanden zu kennen (ebd., 509f.).

Das Prinzip der **Interpretativität** ist vor allem in der Auswertungsphase wichtig. Bei der qualitativen Inhaltsanalyse werden auf der Basis des Materials neue Hypothesen generiert. Die erhobenen Daten werden also weiter interpretiert und in neue Zusammenhänge eingebettet (ebd., 511).

Diese Arbeit greift auf die von Mayring entwickelte qualitative Inhaltsanalyse zurück, die im Folgenden näher erläutert werden soll.

8.2.2 Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Inspiziert von Holger Rust (1980) formuliert Mayring (2003, 27) vier Grundsätze, die bei der Entwicklung von qualitativen Inhaltsanalysen wichtig sind:

1. Qualitative Inhaltsanalysen müssen systematisch vorgehen. Die Analyse erfolgt regelgeleitet. Sie unterscheiden sich in diesem Punkt nicht von quantitativen Methoden der Sozialwissenschaft.
2. Das Material muss stets als Teil einer Kommunikationskette verstanden werden. Die einzelnen Texte sind nicht isoliert zu betrachten, sondern müssen in ein Kommunikationsmodell eingeordnet werden. Hier wird festgelegt, was das Ziel der Analyse ist.
3. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Konstruktion und Anwendung eines Kategoriesystems. Die Kategorien müssen genau begründet sein und werden im Laufe der Auswertung überarbeitet.
4. Die qualitative Inhaltsanalyse muss sich an Gütekriterien überprüfen lassen – wie andere wissenschaftliche Methoden auch. Das Verfahren muss also z. B. nachvollziehbar und die Ergebnisse mit anderen Studien vergleichbar sein.

Aufbauend auf diesen Grundsätzen hat Mayring ein allgemeines 9-Stufen-Modell für den Ablauf von qualitativen Inhaltsanalysen entworfen. Es gilt auf diesem Gebiet als wegweisend (Atteslander 2010, 212). Im Folgenden werde ich die neun Stufen beschreiben sowie ihre jeweilige Relevanz für diese Arbeit herausarbeiten.

1. Festlegung des Materials

Am Beginn der Analyse wird das zu untersuchende Material genau festgelegt. Im Falle von Zeitungsartikeln muss nicht der gesamte Text analysiert werden, sondern nur die Ausschnitte, die für das Forschungsinteresse bedeutend sind (Lamnek 2005, 518). Bei größeren Materialmengen ist es üblich, eine Stichprobe zu ziehen und anschließend nur diese Artikel zu analysieren (Mayring 2003, 47).

Bei dieser Arbeit besteht das Material aus APA-Berichten zu Syrien im Zeitraum vom 1. März 2011 bis inklusive dem 28. Februar 2014. Allerdings sind nicht alle Syrien-Artikel relevant, sondern nur jene, in denen "Terror" thematisiert wird. Wie die Auswahl technisch umgesetzt wird schildere ich in Kapitel 8.3.1.

2. Analyse der Entstehungssituation

In einem zweiten Schritt wird reflektiert, unter welchen Bedingungen das Untersuchungsmaterial entstanden ist. Der Hintergrund des Verfassers und die konkrete Erhebungssituation stehen dabei im Vordergrund. Die Analyse der Entstehungssituation ist besonders bei Interviews relevant, da dort ein unmittelbarer Bezug zum Interviewpartner besteht (Mayring 2003, 47). Bei dieser Arbeit ist dieser Schritt hingegen weniger relevant, da das Untersuchungsmaterial unabhängig vom Untersucher entsteht und die einzelnen Verfasser nicht bekannt sind.

3. Formale Charakterisierung des Materials

Mayring (ebd) meint hier die formale Beschreibung des Materials. Konkret bezieht er sich auf Aufzeichnungen von Interviews oder Gruppendiskussionen. Bei solchem Material wird nicht nur das gesprochene transkribiert, sondern auch Betonungen, Pausen oder Stimmelage (Lamnek 2005, 519). Aus den bereits besprochenen Gründen fällt auch dieser Schritt für diese Arbeit weg.

4. Richtung der Analyse

Auf dieser Stufe stellt der Forschende klar, welche Aspekte aus den Daten für seine Untersuchung relevant sind. Mögliche Aspekte sind beispielsweise das Thema des Textes, die emotionale oder kognitive Befindlichkeit des Verfassers, oder die Wirkung des Textes bei der Zielgruppe (Mayring 2003, 50; Lamnek 2005, 519). Bei dieser Arbeit geht es um den Kontext der Verwendung von Worten wie "Terror" in der Berichterstattung zu Syrien. Das

umfasst Fragen wie jene, ob das Etikett "Terror" für Personen oder Gruppen verwendet wird, ob für konkrete Taten oder pauschal für Gruppen, ob klar wird, wer diese Wertung vorgenommen hat usw.

5. Theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung

Dieser Punkt verlangt eine präzise Fragestellung, mit der der Forschende an das Material geht. Die Fragestellung muss theoretisch an den aktuellen Forschungsstand angebunden sein. Zudem empfiehlt es sich die Ausgangsfrage durch Unterfragen zu differenzieren (Mayring 2003, 52).

Die Forschungsfragen (Kapitel 4) sowie der Forschungsstand (Kapitel 5) wurden bereits beschrieben.

6. Bestimmung der Analysetechnik

Da es verschiedene Verfahren zur Interpretation der Daten gibt, muss sich der Forschende nun festlegen, welches Verfahren er verwenden möchte. Mayring (ebd, 58) unterscheidet drei Grundformen: Die Zusammenfassung, Explikation und Strukturierung (vgl. Lamnek 2005, 520ff).

1. Die Zusammenfassung reduziert das Material, bis nur noch die bedeutsamen Inhalte übrig bleiben. Die **abstrakten Aussagen**, die am Ende übrig bleiben, stellen weiterhin ein Abbild des Grundmaterials dar.
2. Bei der **Explikation** verwendet der Forschende zusätzliches Material, um unverständliche Ausdrücke aus dem Datenmaterial verständlich zu machen. Dadurch sollen zunächst unklare oder fragliche Begriffe eine Bedeutung bekommen.
3. Bei der **Strukturierung** filtert der Forschende bestimmte Aspekte aus dem Material heraus. Dazu werden vorab Kriterien festgelegt, und das Material schließlich eingeordnet

Diese Arbeit wird mittels Strukturierung ausgewertet. Für das Forschungsinteresse sind nur bestimmte Aspekte aus den APA-Artikeln relevant. Die spezifischen Aspekte ergeben sich aus den Forschungsfragen und wurden bereits weiter oben erläutert.

7. Definition der Analyseeinheit - Erstellung von Kategorien

In diesem Schritt wird festgelegt, welche konkreten Textteile des Materials analysiert werden sollen. Damit die Auswahl nachvollziehbar ist, muss der Forschende klar machen, nach

welchen Regeln er die Textteile herausfiltert. Durch die Sichtung des Materials erstellt der Forschende dann Kategorien, in die er die Textteile einordnet. Auch hier muss klar sein, nach welchen Regeln der Forschende bei der Sortierung der Textteile vorgeht (Lamnek 2005, 519).

Die Textteile bei dieser Arbeit werden wie folgt herausgefiltert: Wenn in einem Satz der Wortstamm "terror" vorkommt (also sämtliche Wörter, die "terror" enthalten - "Terrorist", "terroristisch" etc.), dann wird der gesamte Absatz analysiert. So soll sichergestellt werden, dass der Kontext der Verwendung erhalten bleibt.

Die Hauptkategorien dieser Arbeit ergeben sich aus der Beschäftigung der Literatur und den Forschungsfragen. Die Unterkategorien ergeben sich erst aus der Sichtung des Materials und werden später in Kapitel 8.3.3 erläutert. Die Hauptkategorien lauten:

1. "Terror" als Beschreibung von Menschen
2. "Terror" als Beschreibung einer Tat oder Handlung
3. "Terror" als Zuschreibung
4. "Terror" als Argumentationsbasis

8. Analyse des Materials

Wie bereits unter Schritt 6 ausgeführt, arbeite ich mit der Methode der Strukturierung. Mayring (2003, 85) unterscheidet vier Formen der Strukturierung, wobei für diese Arbeit die inhaltliche Strukturierung die zielführendste ist. Ziel ist es hierbei "bestimmte Themen, Inhalte und Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen" (ebd, 89). Das kommt dem Forschungsinteresse dieser Arbeit schon sehr nahe. Nachdem das Material in Textteile geteilt und den Kategorien zugeordnet wurde, werden die Textteile dann zuerst pro Unterkategorie und dann pro Hauptkategorie zusammengefasst (ebd).

Die Ergebnisse dieses Schrittes sind in Kapitel 9 zusammengefasst.

9. Interpretation

Der letzte Schritt der Analyse ist das Herzstück. Hier werden die Ergebnisse mit Bezug auf die Forschungsfragen interpretiert. Der Forschende soll hier zu einer Gesamtdarstellung der Ereignisse anhand der Kategorien kommen. Hier geht es nicht mehr um Einzelfälle aus dem Material, sondern um eine fallübergreifende Generalisierung der Erkenntnisse (Lamnek 2005, 528).

Dieser Schritt wird in Kapitel 10 durchgeführt.

Zur Nachvollziehbarkeit der Kategorien und Unterkategorien schlägt Mayring (2003, 118f) drei Schritte vor:

- 1) Die **Definition der Kategorien**, wobei explizit definiert wird, welche Textbestandteile unter eine Kategorie fallen.
- 2) Die **Identifikation von Ankerbeispielen** für die jeweilige Kategorie.
- 3) Die **Festlegung von Kodierregeln**, um eindeutige Zuordnungen bei Abgrenzungsproblemen zwischen Kategorien zu ermöglichen.

Diese Schritte erläutere ich in Kapitel 8.3.3.

8.3 Darstellung des Forschungsablaufs

Dieses Unterkapitel ist eine Art Forschungstagebuch. Hier erläutere ich die technischen Details der Auswertung und beschreibe Schritt für Schritt, wie ich bei der Analyse vorgegangen bin.

8.3.1 Zugang und Auswahl der APA-Berichte

Um an die APA-Berichte im Original zu gelangen, nutzte ich meinen Zugang, den mir mein Arbeitgeber PULS 4 zur Verfügung stellte. Der APA-Online-Manager (AOM) lässt eine sehr präzise Suchabfrage zu. Konkret habe ich 1) die Suche zeitlich eingeschränkt (01.03.2011 bis 28.02.2014), 2) die Suche auf außenpolitisch relevante Artikel beschränkt und 3) in der Suchabfrage durch die Codes "STICHWORT=Syrien UND Terror#" eingegeben¹⁵. So konnte ich sicherstellen, dass ich nur APA-Artikel zu Syrien gezeigt bekomme, in denen Terrorismus thematisiert wird. Die Raute nach "Terror" stellt sicher, dass sämtliche Wörter mit dem Wortstamm "Terror" (also zB "Terrorismus", "Terrorist", "terroristisch", "Terrormiliz" usw.) in die Suche mit einbezogen werden.

Die Suchabfrage lieferte für den Untersuchungszeitraum 1.567 Artikel. So viele Meldungen veröffentlichte die APA über Syrien im Zusammenhang mit Terror. Die 1.567 Artikel waren somit die Grundgesamtheit aller in Frage kommenden Artikel. Da die Analyse von 1.567

¹⁵ Ein Screenshot der exakten Suchabfrage ist im Anhang beigelegt.

Artikeln einen unverhältnismäßigen Arbeitsaufwand bedeutet hätte, war eine Stichprobe aus dieser Grundgesamtheit notwendig.

Für diese Stichprobe verwendete ich in der Suchabfrage zusätzlich den Code "STICHWORT=Zusammenfassung". Unter das Stichwort "Zusammenfassung" fallen Artikel, die mehrere Meldungen aus dem Tagesgeschehen zusammenfassen. Gerade in Kriegsgebieten ist es häufig so, dass mehrere kürzere Artikel im Laufe des Tages veröffentlicht werden. Wenn das der Fall ist, folgt in der Regel eine Zusammenfassung, die das gesamte Geschehen kompakt festhält. Nicht unüblich ist hierbei, die wichtigsten Absätze aus den Kurzmeldungen zu kopieren und zu einem einzigen Artikel zu verarbeiten¹⁶.

Die Zusammenfassungen der APA sind somit zwar nicht repräsentativ im mathematischen Sinne. Sie bilden die Berichterstattung zu einem Thema aber trotzdem gut ab. Filtert man die oben genannte Suchabfrage nach Zusammenfassungen, so bleiben von den 1.567 Artikeln noch 455 übrig. Diese 455 Artikel sind die zu analysierende Stichprobe.

8.3.2 Dokumentation der Analyse der Materials

Für die Analyse wurde Microsoft Excel verwendet. Die Analyse erfolgte in folgenden Schritten.

1. Die zu analysierenden Absätze wurden aus den APA-Meldungen in eine Excel Tabelle herauskopiert.
2. Jene Textfragmente, die für die Kategorisierung relevant waren, wurden farblich markiert.
3. Die farblich markierten Textfragmente wurden zwecks besserer Übersichtlichkeit paraphrasiert.
4. Die Textstellen wurden Kategorien zugewiesen. Die Codes für die Kategorien und Unterkategorien änderten sich im Laufe der Untersuchung. Die finalen Kategorien sind in Kapitel 8.3.3 beschrieben.
5. Um die Textstelle für später zweifelsfrei identifizieren zu können wurde das Datum und die Nummer der APA-Meldung vermerkt

¹⁶ Diese Schilderung basiert auf meiner eigenen, fast drei Jahre dauernden Tätigkeit für die APA als freier Journalist in den Ressorts Außenpolitik und Wirtschaft.

6. Da nicht die quantitativen Eigenschaften sondern die qualitativen im Vordergrund stehen, wurden doppelte Absätze gelöscht. Selten aber doch kam es vor, dass ein Absatz wortgleich in mehreren APA-Meldungen vorkam.

Hier ein Beispiel, wie die Excel-Tabelle aussieht:

Originaltext	Paraphrase	Kategorie	APA-NR
Es werde geprüft, woher die Mörsergranaten stammten, erklärte Informationsminister Omran Zoabi. Man respektiere die Souveränität der Nachbarländer. Zugleich aber müssten auch die Nachbarn die Souveränität Syriens respektieren und dafür sorgen, dass keine Terroristen nach Syrien eindringen könnten. Syrien wirft der Türkei vor, Aufständische in dem Land zu bewaffnen.	Informationsminister Omran Zoabi: Die Nachbarn Syriens müssen dafür sorgen, dass keine Terroristen nach Syrien eindringen können.	1.3, 3.2, 4.1,	APA0011 2012-10-04

8.3.3 Kategorien und Unterkategorien

Im Laufe der Analyse bildeten sich folgende Haupt- und Unterkategorien:

1. ‚Terror‘ als Beschreibung von Menschen

UK 1.1 Individuen

UK 1.2 Spezifische Gruppen

UK 1.3 Unspezifische Gruppen

UK 1.4 Staatlichen Akteure

Die erste Hauptkategorie fragt, welche Menschen als TerroristInnen bezeichnet werden. Im Analysematerial zeigte sich, dass Individuen, spezifische Gruppen und unspezifische Gruppen als „Terroristen“¹⁷ bezeichnet werden.

¹⁷ Die APA verwendet kein Binnen-I. Hier wie im Folgenden zitiere ich APA-Berichte und verwende folglich auch keines.

Als ‚Beschreibung von Individuen‘ gilt, sobald ein einzelner Mensch gemeint ist – unabhängig davon, ob er klar zu identifizieren ist. Ein Beispiel findet sich in der APA-Meldung 0627 vom 15.01.2014: *„Am Mittwoch wurde ein belgischer Terrorist in der syrischen Provinz Idlib von Rebellen getötet. Der Mann algerischer Herkunft war Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS).“*

Als ‚spezifische Gruppe‘ gilt, sobald die ‚Terroristen‘ näher beschrieben oder charakterisiert werden, sofern es sich um nicht-staatliche Akteure handelt. Eine explizite Nennung, zu welcher Gruppe sie gehören, ist allerdings nicht notwendig. Ein Beispiel aus der APA-Meldung 0415 vom 23.10.2012: *„Die inhaftierten Revolutionäre, die im Jargon der Behörden ‚Terroristen‘ genannt werden, sind von dieser Amnestie jedoch nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Sana ausgenommen.“* Hier bezieht sich „Terroristen“ auf die „inhaftierten Revolutionäre“, womit die Gruppe näher beschrieben ist.

Ein Ankerbeispiel für unspezifische Gruppen findet sich etwa in der APA-Meldung 0277 vom 07.10.2012. Dort heißt es: *„Die staatliche syrische Nachrichtenagentur Sana meldete am Sonntag, dass die Damaszener Vororte Al-Hamah und Kudsaya ‚von Terroristen gesäubert‘ worden seien und erklärten sie zu sicheren Zonen.“*

Wenn das Terror-Etikett für staatliche Akteure verwendet wird, fällt die Textpassage in die Unterkategorie 1.4. Ein Beispiel dazu aus der APA-Meldung 0124 vom 21.04.2013: *„Im Unterschied zur schriftlichen Erklärung sagte Khatib [der Vorsitzende der oppositionellen Nationalen Koalition, Anm.] auf der Abschluss-Pressekonferenz auch: ‚Die einzige terroristische Bewegung in Syrien ist das Regime selbst.‘“*

2. ‚Terror‘ als Beschreibung einer Handlung

UK 2.1 Spezifische Taten oder Handlungen

UK 2.2 Unspezifische Taten oder Handlungen

UK 2.3 Dauerhafter Zustand

Unter diese Kategorie fallen Textstellen, die *terroristische* Handlungen oder Taten beschreiben. Die Unterkategorie 2.1 heißt ‚Spezifische Tat oder Taten‘. Damit sind all jene Textstellen umfasst, aus denen klar hervorgeht, welche Tat oder Handlung als ‚terroristisch‘ bezeichnet wird. Ein Ankerbeispiel findet sich in der APA-Meldung 0582

vom 15.01.2013: *„Bei zwei Explosionen an der Universität im syrischen Aleppo sind nach Behördenangaben mehr als 80 Menschen getötet und 160 weitere verletzt worden. Das sagten der Gouverneur der gleichnamigen Provinz, Mohammed Wahid Akkad, und ein Arzt der Universitätsklinik der Nachrichtenagentur AFP am Dienstag. Akkad sprach von einem ‚terroristischen Anschlag‘ auf die Hochschule.“*

Wenn unklar ist, welche konkrete Tat oder Handlung als ‚terroristisch‘ eingestuft wird, fällt die Passage in die Unterkategorie 2.2 ‚Unspezifische Tat oder Taten‘. Ebenso in diese Kategorie fällt, wenn allgemein von ‚Terrorismus‘ gesprochen wird. Ein Beispiel aus der APA-Meldung 0181 vom 03.03.2013: *„Muallem [der syrische Außenminister, Anm.] unterstellte der Türkei und Katar, Terrorismus in Syrien zu fördern.“*

Textstellen, in denen Terror nicht als Handlung, sondern als dauerhafter Zustand beschrieben wird, fallen in die Unterkategorie 2.3. Ein Ankerbeispiel findet sich in der APA-Meldung 0429 vom 22.07.2011. Dort heißt es: *„Frankreich verurteilte die Gewalt gegen Demonstranten in Homs ‚auf das Schärfste‘. Außenamtssprecher Bernard Valero sagte in Paris, ‚in Homs regiert weiter Terror‘.“*

3. ‚Terror‘ als Zuschreibung

UK 3.1 Nicht erkennbar

UK 3.2 Durch das syrische Regime & Verbündete

UK 3.3 Durch Assad-Gegner

UK 3.4 Durch neutrale Akteure

Die dritte Kategorie identifiziert die Akteure, die die Terror-Zuschreibung vornehmen. Hier geht es also darum zu erkennen, wer eine Gruppe oder eine Tat als terroristisch einstuft. Aus dem Analysematerial ergab sich zunächst die Unterkategorie 3.1 ‚Nicht erkennbar‘. Darunter fallen alle Textstellen, bei denen nicht explizit klar ist, welcher Akteur die Zuschreibung vorgenommen hat. Ein Ankerbeispiel aus der APA-Meldung 0328 vom 28.11.2012: *„Zu den Angriffen bekannte sich zunächst niemand, deren Handschrift und vor allem die Nutzung von Autobomben erinnerte aber an die Vorgehensweise islamistischer Terrorgruppen.“*

Wenn ohne Zweifel zu erkennen ist, dass die Zuschreibung vom syrischen Regime oder seinen Verbündeten kommt, fällt der Text in die Unterkategorie 3.2. Wer als Verbündeter des Regimes gilt, ergibt sich aus der Chronologie des Bürgerkrieges (Kapitel 7.2). Insbesondere sind das Russland, Iran, China sowie die syrische Regierung und syrische Medien, sofern nicht dabei steht, dass es sich um Medien der Opposition handelt. Ein Beispiel aus der APA-Meldung 0304 vom 04.01.2013: *„Die staatsnahe Zeitung ‚Al-Watan‘ berichtete, die regierungstreuen Truppen hätten am Donnerstag ‚den Sieg‘ gegen ‚Terroristen‘ in Daraya davongetragen.“*

Analog dazu erfasst das Unterkapitel 3.3 explizite Zuschreibungen von Assad-Gegnern. Zu Assad-Gegnern zählen insbesondere die syrische Opposition, Israel, die Türkei, die USA und Staaten der EU. Die APA-Meldung 0232 vom 07.01.2013 enthält ein gutes Beispiel dafür: *„Israels Ministerpräsident Benjamin Netanyahu kündigte unterdessen Pläne zum Bau eines elektrischen Zauns an der Grenze zu Syrien an, um den jüdischen Staat vor ‚Terrorismus‘ zu schützen.“*

Das Unterkapitel 3.4 erfasst Zuschreibungen von neutralen Akteuren. Als neutrale Akteure gelten einerseits Akteure, deren Gesinnung nicht explizit ersichtlich ist und auch aus der Chronologie des Bürgerkrieges nicht zum Vorschein kommt. Beispielsweise können das zitierte ExpertInnen oder Forschungseinrichtungen sein und andererseits die UNO bzw. VertreterInnen der UNO. Ein Beispiel aus der APA-Meldung 0177 vom 30.06.2012: *„Der internationale Syrien-Vermittler Kofi Annan appellierte an die beteiligten Staaten, ihre Differenzen zu überwinden und gemeinsam den blutigen Konflikt zu beenden. Andernfalls drohe ein Übergreifen auf die gesamte Nahost-Region und ‚eine neue Front für den internationalen Terrorismus‘, warnte Annan am Samstag bei der Eröffnung einer Konferenz der Außenminister der fünf UN-Vetomächte und mehrerer Nahost-Staaten in Genf.“*

4. ‚Terror‘ als Argumentationsbasis

UK 4.1 ‚Terror‘ als Vorwurf

UK 4.2 ‚Terror‘ als Begründung/Rechtfertigung

UK 4.3 Sonstige

Textpassagen, in denen Terror nicht bloß als Beschreibung dient, sondern als Argument, fallen in die Kategorie 4. Damit eine Aussage als Argument gilt, muss der explizite Verweis enthalten sein, dass sich das Argument auf ‚Terror‘ stützt. Als Argumentationsbasis kann Terror beispielsweise verwendet werden, um einen Vorwurf zu untermauern (Unterkapitel 4.1). Ein Ankerbeispiel dazu aus der APA-Meldung 0667 vom 29.03.2012: *„Die Führung in Damaskus macht vom Ausland unterstützte Terroristen für die Gewalt in Syrien verantwortlich.“*

‚Terror‘ kann aber als auch Begründung für bestimmte Handlungen oder Erwartungen bzw. als Rechtfertigung dienen. Wenn dies explizit in einer Textpassage so ist, fällt die Passage in die Unterkategorie 4.2. Ein Beispiel aus der APA-Meldung 0274 vom 11.03.2012: *„Er [Assad, Anm.] habe aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass ein politischer Prozess nicht erfolgreich sein könne, solange bewaffnete terroristische Gruppen Chaos stifteten, berichtete die Nachrichtenagentur Sana.“*

Vorwürfe und Begründungen bzw. Rechtfertigungen sind die häufigsten Argumente, die in den Textpassagen vorkommen. Alle übrigen Fälle, in denen Terror explizit als Argumentationsbasis gebraucht wird, fallen daher in die Unterkategorie 4.3. Ein Ankerbeispiel aus der APA-Meldung 0606 vom 01.10.2012: *„Wir glauben noch immer an eine politische Lösung als wesentlichen Weg aus der Krise“, sagte Muallem [syrischer Außenminister, Anm.]. Die UNO müsse aber dafür sorgen, dass die ‚Bewaffnung, Finanzierung und Ausbildung von Terrorgruppen‘ in Syrien ein Ende nehme.“* Hier verwendet der syrische Außenminister „Terrorgruppen“ als Argument, um seine Forderung nach einem Ende der Unterstützung für seine Gegner zu untermauern.

5. Im Sinne des Forschungsinteresses nicht zuordenbar

Wenn Textpassagen in keine der bisherigen Kategorie fallen und somit auch keinen Beitrag zur Beantwortung der Forschungsfragen leisten, ist Kategorie 5 vorgesehen. Das kann der Fall sein, wenn es in dem Absatz beispielsweise nicht um Syrien geht oder nur der Name einer Institution genannt wird. Auch hierfür ein Ankerbeispiel aus der APA-Meldung 0522 vom 14.02.2014: *„Bisher sind nach Schätzungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) von den bisher 80 am Bürgerkrieg teilnehmenden Personen aus Österreich zehn ums Leben gekommen.“*

9 Empirische Ergebnisse

Zum besseren Verständnis werden erst quantitative Ergebnisse präsentiert, und danach erst qualitative.

9.1 Quantitatives Ausmaß der Berichterstattung

Die APA berichtete im Untersuchungszeitraum sehr intensiv zu Syrien. Insgesamt veröffentlichte die Nachrichtenagentur 11.597 Meldungen zu Syrien. Im Durchschnitt gab es in den ersten drei Jahren des Bürgerkrieges jeden Monat 322,14 Artikel. Die Berichterstattung zeigte allerdings deutliche Konjunkturwellen (Abbildung 4). 2011 hielten sich die Berichte noch in Grenzen, ehe es im Februar und Juli 2012 die ersten Peaks gab. Die meisten Artikel zu Syrien veröffentlichte die APA im September 2013, als der Einsatz der Chemie-Waffen gerade Thema war.

„Terror“ unterlag auch diesen Schwankungen, wenngleich in deutlich geringerem Ausmaß. Von den 11.597 Artikeln kamen in 1.567 Wörter vor, die „terror“ enthielten. Das entspricht 13,5 Prozent aller Artikel oder etwa jeder siebenten Meldung. Im Durchschnitt kam „terror“ jeden Monat in 43,5 Artikeln vor.

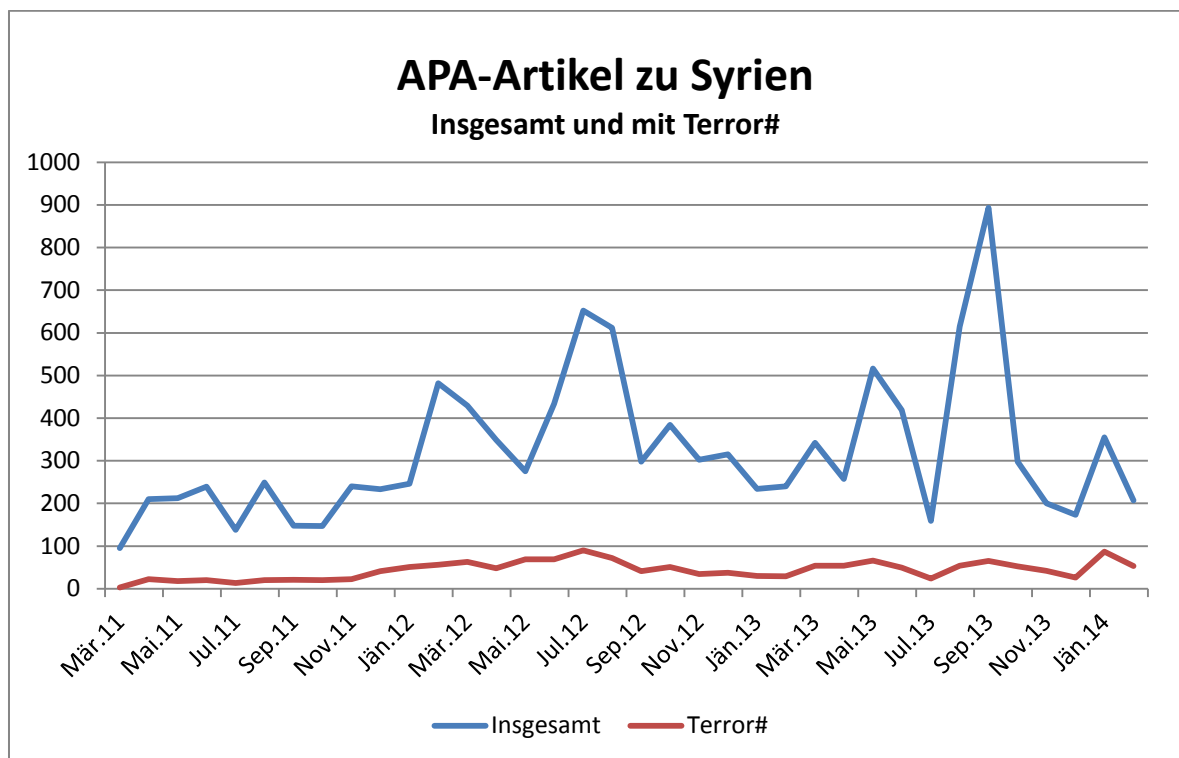


Abbildung 4 APA-Artikel zu Syrien von 01.03.2011 bis 28.02.2014, Insgesamt vs. „Terror#“. Quelle: APA. Eigene Darstellung.

Wie bereits in Kapitel 7.3.1 dargelegt, wurde aus der Gesamtzahl der ‚terror‘-Meldungen eine Stichprobe gezogen. Untersucht wurden die Artikel, in denen der Wortstamm ‚terror‘ vorkam und die unter dem Stichwort ‚Zusammenfassungen‘ publiziert wurden.

Als ‚Zusammenfassung‘ veröffentlicht die APA jene Artikel, die mehrere Meldungen aus dem tagesaktuellen Geschehen zu einem Artikel zusammenfassen. Die Stichprobe ist damit zwar nicht repräsentativ im mathematisch-statistischen Sinn, Abbildung 5 zeigt jedoch, dass die Zusammenfassungen den Verlauf der Berichterstattung gut abdecken.

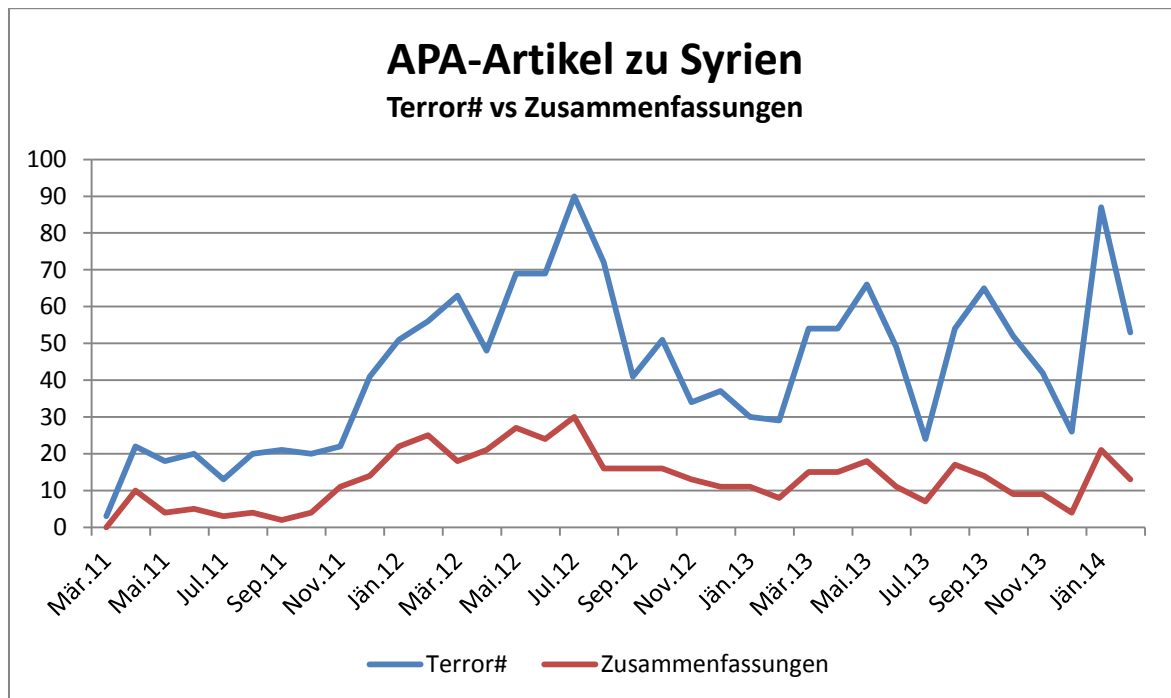


Abbildung 5 APA-Artikel zu Syrien von 01.03.2011 bis 28.02.2014, „Terror#“ vs. Zusammenfassungen. Quelle: APA. Eigene Darstellung.

Die blaue Linie zeigt sämtliche Artikel, in denen im Untersuchungszeitraum der Wortstamm ‚terror‘ vorkam – in Summe wie erwähnt 1.567. Die rote Linie zeigt von diesen 1.567 Artikeln jene, die unter dem Stichwort „Zusammenfassung“ veröffentlicht wurden. Das waren in Summe 455 Artikel. Im Schnitt gab es also alle 3,3 Meldungen eine Zusammenfassung.

Die Schwankungen der beiden Linien verlaufen recht ähnlich: Wenn die APA in einer Woche viele Meldungen zu Syrien mit dem Wortstamm ‚terror‘ veröffentlichte, dann waren es in dieser Woche auch mehrere Zusammenfassungen mit dem Wortstamm. Da Zusammenfassung in der Praxis häufig zusammenkopierte Kurzmeldungen sind, lässt das den Schluss zu, dass die Zusammenfassungen die Grundgesamtheit wohl ganz gut abbilden.

9.1.1 Quantitatives Ausmaß der Kategorien

Obwohl sich die Untersuchung in erster Linie als qualitativ versteht, macht es Sinn, sich auch quantitative Ausprägungen anzusehen. Sie helfen, sich ein Bild davon zu machen, in welchem Ausmaß gewisse Textmerkmale vorkommen. Die quantitativen Ausprägungen der Kategorie 1 (Abbildung 6) sind ein gutes Beispiel dafür.

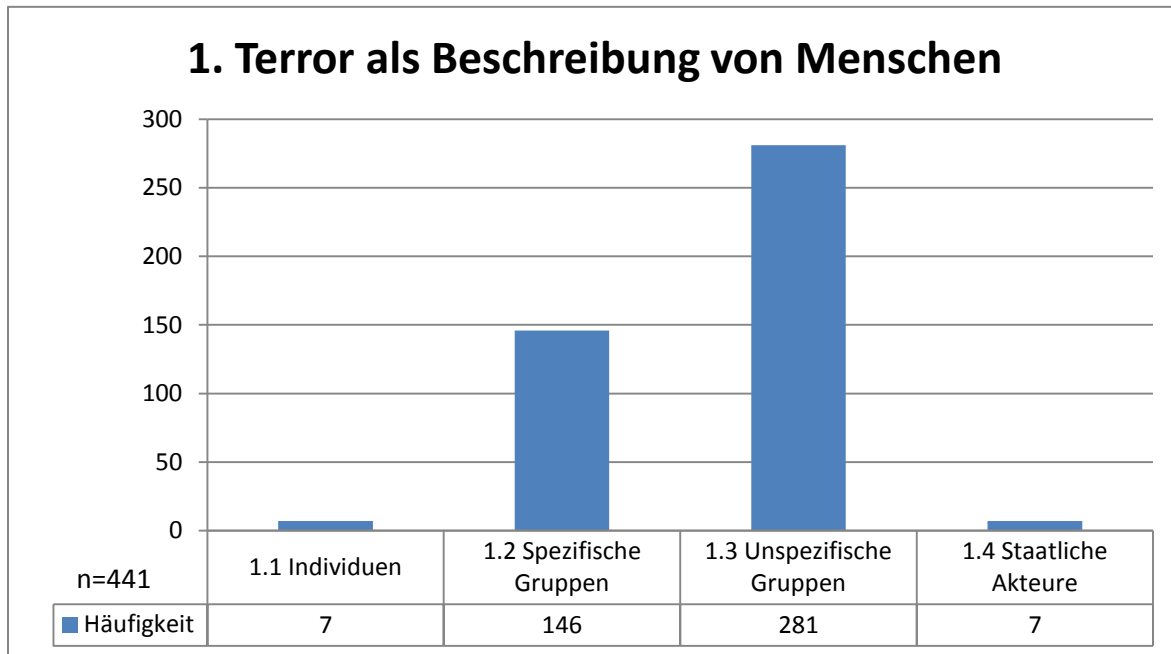


Abbildung 6 Quantitative Ausprägung der Kategorie „1. Terror als Beschreibung von Menschen“. Eigene Darstellung.

Die Abbildung macht deutlich: Wenn die APA in ihren Artikeln „Terroristen“ oder terroristische Gruppen nennt, dann sind das fast nie Individuen oder staatliche Akteure. Von insgesamt 441 Textpassagen kommen diese beiden Unterkategorien nur je siebenmal vor. Das entspricht gerade einmal 1,59 Prozent. Bei immerhin jeder dritten Nennung (33,3 Prozent) findet sich im Text zumindest noch ein grober Hinweis, wer die „Terroristen“ sind bzw. was sie ausmacht. Beim Großteil sind „Terroristen“ in den Artikeln allerdings unspezifische, also nicht näher beschriebene Gruppen. Auf fast zwei von drei Fällen (63,49 Prozent oder 281 Textstellen) trifft das zu.

Wir erfahren also häufig nicht, wer genau die „Terroristen“ sind, von denen die APA in ihren Artikeln schreibt.

Ähnlich verhält es sich auch mit der 2. Kategorie: „Terror als Beschreibung von Handlungen“ (Abbildung 7).

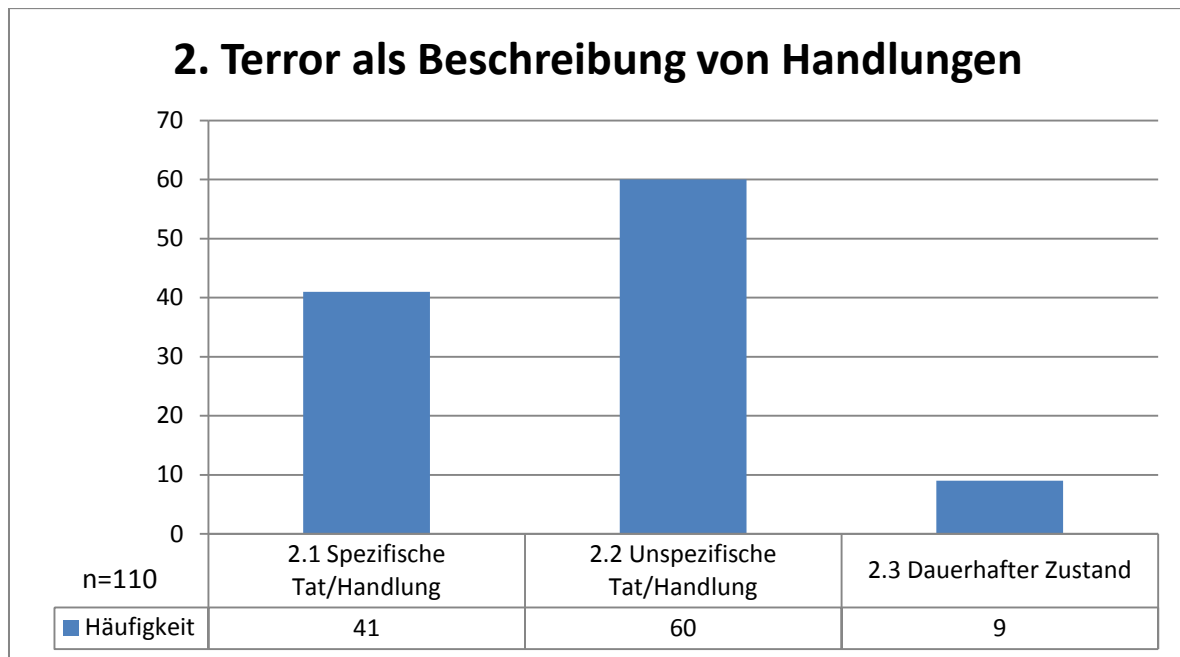


Abbildung 7 Quantitative Ausprägung der Kategorie „2. Terror als Beschreibung von Handlungen“. Eigene Darstellung.

Wenn von terroristischen Handlungen oder Taten die Rede ist, dann ist bei einem Großteil davon (54,55 Prozent) unklar, welche Handlung oder Tat eigentlich gemeint ist. Bei weiteren 8,18 Prozent ist von Terror als ein dauerhafter Zustand die Rede – ebenfalls ohne spezifische Erläuterung, was genau „terroristisch“ sein soll. Bei immerhin 41 von 110 Beschreibungen von terroristischen Handlungen fand sich hingegen ein Hinweis, welche spezifische Tat gemeint ist.

Die dritte Kategorie erfasst, durch wen die Zuschreibung als terroristisch erfolgt. Obwohl es im Syrien-Konflikt zahlreiche konkurrierende Akteure gibt, fällt die Verteilung der Zuschreibungen erstaunlich einseitig aus (Abbildung 8).

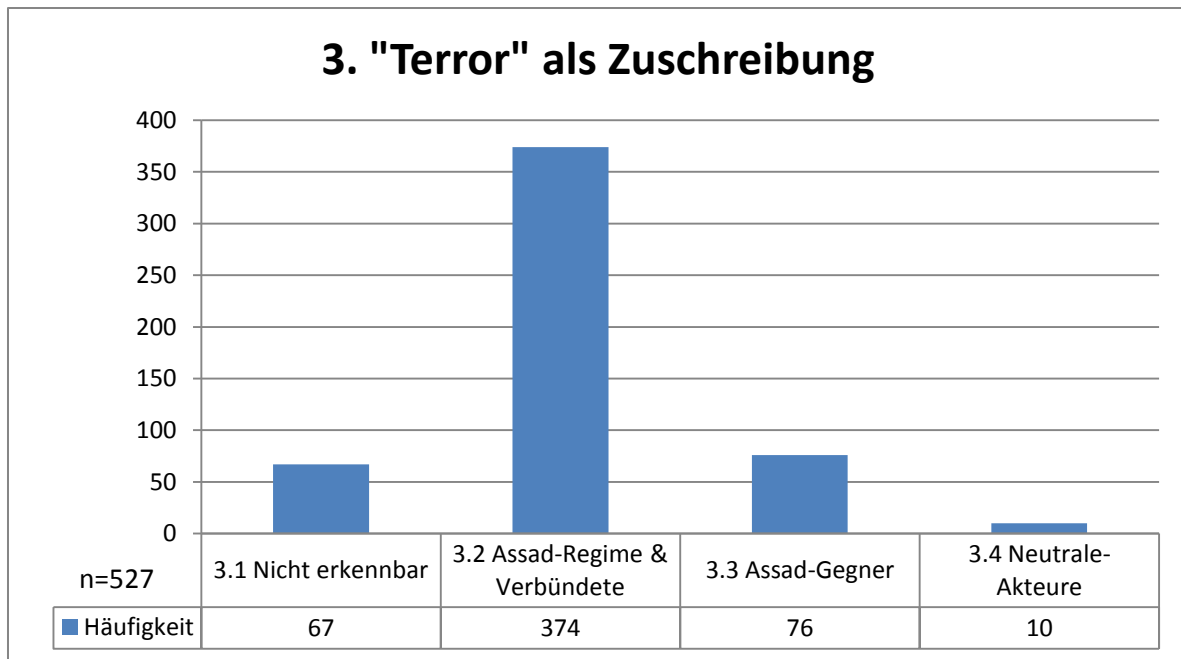


Abbildung 8 Quantitative Ausprägung der Kategorie „3. Terror als Zuschreibung“. Eigene Darstellung.

Von 527 Textpassagen erfolgt in 374 Fällen die Zuschreibung durch das Assad-Regime bzw. durch seine Verbündete. Das entspricht knapp 71 Prozent oder sieben von zehn Fällen. Rein quantitativ hat das Assad-Regime also scheinbar Deutungshoheit. Die Quantität alleine sagt aber noch nichts darüber aus, wie die APA qualitativ mit der expliziten Zuschreibung durch das Assad-Regime umgegangen ist. Dieser Aspekt wird im folgenden Kapitel (8.2) thematisiert.

Die Assad-Gegner benennen in drei Jahren Syrien-Berichterstattung vergleichsweise selten Terror – in 76 Fällen oder 14,42 Prozent erfolgt die Zuschreibung durch diese Gruppe. Ähnlich oft – nämlich 67 Mal (12,71 Prozent) – ist unklar, durch den die Zuschreibung erfolgt. Das kann der Fall sein, wenn die APA selbst die Zuschreibung übernimmt. Oder aber, wenn sie die Diktion einer anderen Gruppe übernimmt, ohne das explizit dazuzusagen. Auch dieser Aspekt wird in der qualitativen Auswertung behandelt.

Neutrale Akteure verwenden in der Syrien-Berichterstattung am seltensten das Terror-Etikett, um jemanden oder etwas zu beschreiben. In nur zehn Textpassagen (1,9 Prozent) ist eine Zuschreibung durch diese Gruppe erkennbar.

Die vierte Kategorie erfasst alle Textstellen, in denen Terror explizit als Argument verwendet wird (Abbildung 9).

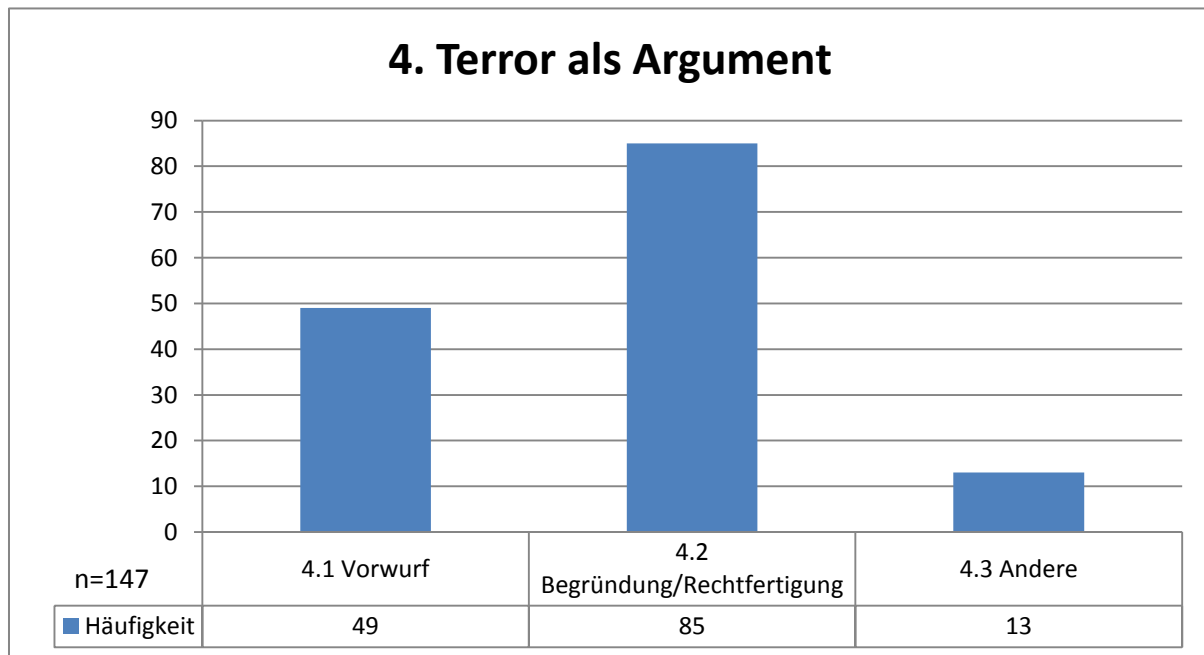


Abbildung 9 Quantitative Ausprägung der Kategorie „4. Terror als Argument“. Eigene Darstellung.

Am häufigsten kommt Terror dann als Argument vor, wenn durch Terror etwas begründet oder gerechtfertigt werden soll. In 85 von 147 Textpassagen (57,82 Prozent) ist das der Fall. Seltener wird Terror verwendet, um einen Vorwurf zu untermauern. Bei jeder dritten Textpassage (49, oder 33,3 Prozent) kommt das vor.

Die Abbildung zeigt auch: Mit Terror werden hauptsächlich Vorwürfe untermauert bzw. Rechtfertigungen und Begründungen argumentiert. Alle übrigen Argumente, bei denen mit „Terror“ gearbeitet wird, teilen sich auf lediglich 13 Textpassagen (8,84 Prozent) auf.

Die quantitativen Ergebnisse alleine zeigen freilich nicht, welche Seite diese Argumente verwendet hat und noch weniger, in welchem Kontext die APA über sie berichtet hat. Die Zahlen alleine bilden somit nur das Grundgerüst für die weitere Analyse der qualitativen Merkmale des Analysematerials.

9.2 Qualitative Ergebnisse

Bei den qualitativen Ergebnissen arbeite ich mich von den Unterkategorien zu den Hauptkategorien vor. Für jede Hauptkategorie formuliere ich gleich zu Beginn des entsprechenden Unterkapitels einen Satz, der die jeweiligen Erkenntnisse illustrieren soll. Eine zusammenfassende Darstellung und Interpretation folgt anschließend in Kapitel 10.

9.2.1 1. ‚Terror‘ als Beschreibung von Menschen

‚TerroristInnen‘ sind abstrakte Wesen

Wie quantitativ bereits gezeigt, ist in der Berichterstattung sehr oft von „Terroristen“ die Rede. Die Regel ist allerdings, dass diese „Terroristen“ keinen Namen und kein Gesicht bekommen. Sie bleiben somit abstrakte Wesen. Selbst in den Textstellen der **Unterkategorie 1.1**, die nach einzelnen „Terroristen“ sucht, finden sich nur sehr selten Namen. In den 455 Artikeln gab es exakt drei Textstellen, in denen die Terroristen benannt wurden. Zwei Mal waren das Männer der IS und ein Mal ein Mann von Al-Kaida.

Häufiger lesen sich Artikel, in denen einzelne Terroristen genannt werden, aber so:

Am Mittwoch wurde ein belgischer Terrorist in der syrischen Provinz Idlib von Rebellen getötet. Der Mann algerischer Herkunft war Mitglied der Terrororganisation Islamischer Staat im Irak und in Syrien (ISIS).

Wir erfahren seine Staatsbürgerschaft, seine biographischen Wurzeln und für welche Gruppe er kämpfte, aber nicht seinen Namen. Als Mensch bleibt er somit abstrakt. Es geht allerdings auch noch abstrakter:

Die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete, die ‚zuständigen Behörden‘ hätten einen ‚Al-Kaida-Terroristen‘ verhaftet.

Hier erfahren wir außer der Gruppe praktisch nichts. Berücksichtigt man die Forschungsliteratur zu Terror, wird auch klar, warum Terroristen in der Darstellung abstrakt bleiben. Terroristen sind die Feinde, die es zu bekämpfen gilt. Namen, Gesichter und Geschichten machen Feinde menschlicher. Und wer möchte seine Feinde schon menschlicher erscheinen lassen?

Wenn Terror-Gruppen in den APA-Artikel einen Namen haben (**Unterkategorie 1.2**), dann lautet er meistens ISIS, Al-Nusra oder Al-Kaida – also Gruppen, die eine islamistisch-

fundamentalistische Ideologie vertreten. Meistens unterlässt es die APA auf diese Ideologie hinzuweisen. So heißt es etwa:

Die Al-Nusra-Front hat Beziehungen zum Terrornetzwerk Al-Kaida und kämpft in Syrien gegen das Regime.

Den islamistischen Hintergrund nicht zu nennen kann sinnvoll sein, wenn man verhindern will, dass durch die Berichterstattung über solche Gruppen das Ansehen von normalen Muslimen leidet.

„Terroristen“ findet man in den APA-Berichten noch in einer zweiten spezifischen Gruppe: Als Synonym für „die Rebellen“ oder „die Aufständischen“. Diese Diktion kommt praktisch immer vom Assad-Regime bzw. dessen Verbündeten und wird von der APA explizit offengelegt:

Die Bombe sei von ‚Terroristen‘ gezündet worden, so das Fernsehen. Mit dem Begriff bezeichnet die Regierung von Präsident Bashar al-Assad die Rebellen.

Damit stellt die APA auch klar, dass die „Terroristen“ eigentlich keine Terroristen sind, sondern eben Rebellen. Die Nachrichtenagentur stellt also aktiv den Anspruch auf Deutungshoheit.

Dieser Muster findet sich teilweise auch, wenn von unspezifischen Terrorgruppen die Rede ist (**Unterkategorie 1.3**). Die APA zitiert die Diktion des syrischen Regimes, relativiert sie aber auch:

Mutmaßliche Regimegegner ermordeten zudem den Bruder des syrischen Parlamentspräsidenten Jihad al-Laham. Die staatliche Nachrichtenagentur Sana meldete, Mohammed Osama al-Laham sei in Damaskus von ‚Terroristen‘ erschossen worden.

Die APA nennt hier die Mörder des syrischen Parlamentspräsidenten also „Regimegegner“ und zitiert die Assad-nahe Nachrichtenagentur Sana, laut der die Täter „Terroristen“ seien. Auch hier wird die Diktion somit explizit nicht übernommen. Diese Beispiele deuten darauf hin, dass der Deutungskampf um „Terror“ der APA sehr wohl bewusst ist.

Das ist aber nicht immer der Fall, wie dieses Zitat verdeutlicht:

Erneut bestritt Assad, dass es in seinem Land einen Bürgerkrieg gebe. ‚Es handelt sich um Terrorismus und die Unterstützung von Terroristen aus dem Ausland, um Syrien zu destabilisieren‘, sagte er ‚Russia Today‘.

Wenn das Assad-Regime über „Terroristen“ spricht, dann meistens in der Form von unspezifischen Gruppen. Liest man die APA-Artikel, bleibt unklar, wen das Regime mit „Terroristen“ meint. Das kann zwei Gründe haben: Entweder das Regime selbst äußert sich nicht dazu oder das Regime äußert sich sehr wohl dazu, aber die entsprechenden Informationen werden von der APA nicht übernommen. Die Untersuchungsmethode lässt eine fundierte Antwort nicht zu. Allerdings gibt es durchaus auch Textstellen, in denen das Assad-Regime erklärt, wer aus seiner Sicht die „Terroristen“ in Syrien sind:

„Wir befinden uns nicht in einem Bürgerkrieg“, sagte Assad weiter. „Wir haben einen Krieg.“ Es sei eine neue Art von Krieg, in dem islamistische Rebellen aus mehr als 80 Ländern gegen seine Regierung kämpften. „Wir wissen, dass es Zehntausende Jihadisten gibt.“ 80 bis 90 Prozent der „Untergrund-Terroristen“ gehörten „zu Al-Kaida oder seinen Ablegern“.

Wenn staatliche Akteure als terroristisch bezeichnet werden (**Unterkategorie 1.4**), dann ist praktisch immer das gesamte syrische Regime gemeint. Die Zuschreibung kommt dann von Oppositionellen oder von Deserteuren. Als der syrische Premierminister zurücktritt, schreibt die APA:

Er kehre „dem mörderischen und terroristischen Regime“ den Rücken und schließe sich der Opposition an, erklärte Premierminister Riyad Hijab, der laut seinem Sprecher nach Katar weiterreisen will.

9.2.2 2. ‚Terror‘ als Beschreibung einer Handlung

‚Terror‘ kann alles Mögliche sein.

Terror kann alles Mögliche sein, weil in den APA-Artikeln selten klar wird, was genau mit ‚Terror‘ eigentlich gemeint ist. ‚Terror‘ wird so zu einem Platzhalter für abscheuliche Taten – ein Wort, das unterstreichen soll, dass eine Tat illegitim ist. Selbst in der **Unterkategorie 2.1**, in der spezifische Taten erfasst werden, bleibt oft unklar, was genau das terroristische am Terror sein soll:

Nach einem Angriff auf eine Gasleitung bei Damaskus ist am Mittwochabend in weiten Teilen Syriens der Strom ausgefallen. Ein „Terrorangriff“ auf die Gaszufuhr eines Elektrizitätswerks habe zum Ausfall des Stroms geführt, sagte Elektrizitätsminister Emad Chamis laut der Nachrichtenagentur Sana.

Hier ist es ein Angriff auf eine Gasleitung, die terroristisch sein soll. Offen bleibt: Ist denn jeder Angriff auf Gasleitungen prinzipiell Terror? Oder war dieser Angriff eine Ausnahme? Wir erfahren es nicht. Was wir aber herauslesen können: Für den syrischen

Elektrizitätsminister ist selbstverständlich jeder Angriff auf die Stromversorgung seines Landes illegitim. Somit hat er ein klares Interesse, solche Angriffe als „terroristisch“ einzustufen.

Freilich finden sich aber auch konkrete als „terroristisch“ bezeichnete Taten wie etwa Bombenanschläge, Selbstmordattentate oder Feuergefechte in den untersuchten Artikeln. Oft bleibt die Zuschreibung aber vage. So auch bei einem Bericht über einen Angriff auf die Trinkwasserversorgung der Stadt Aleppo. Die APA schreibt:

Aleppos Provinzgouverneur Mohammed Wahid Akkad sprach nach Angaben der amtlichen Nachrichtenagentur Sana hingegen von einem ‚terroristischen‘ Angriff – damit bezeichnet das Assad-Lager Taten der Aufständischen.

Die Formulierung legt den Schluss nahe: Sämtliche „Taten“ der „Aufständischen“ können aus Sicht des Regimes terroristisch sein.

Wenn in den APA-Berichten über unspezifische terroristische Akte zu lesen ist, wird noch weniger klar, was eigentlich gemeint ist (**Unterkategorie 2.1**). Nachdem jordanische Sicherheitskräfte an der Grenze vier angebliche syrische Deserteure zurückgewiesen haben, schreibt die APA:

Die Jordanier hätten den Verdacht gehabt, die Soldaten seien Anhänger des Regimes von Präsident Bashar al-Assad, die den Auftrag erhalten hätten, in Jordanien ‚Probleme zu schaffen und Terroroperationen durchzuführen‘.

Was wollten Assads Männer in Jordanien also machen? „Probleme schaffen“ und „Terroroperationen durchführen“ sind sehr schwammige Ausdrücke. Einmal mehr kann „Terror“ hier also alles bedeuten. Das geht mitunter so weit, dass „Terror“ in den Berichten überhaupt nur mehr zum Füllwort wird, das eigentlich gar nichts aussagt:

Die Protestbewegung wird angesichts von Gewalt und Terror zunehmend militanter.

Warum wird die Protestbewegung militanter? Was unter „Gewalt und Terror“ zu verstehen ist, von wem Gewalt und Terror ausgehen und was sie ausmachen, verrät die APA nicht.

Bemerkenswert ist aber der implizite kausale Zusammenhang: Die Protestbewegung wird militanter, weil es „Gewalt und Terror“ gibt. Vielleicht ist es aber auch umgekehrt: Es gibt „Gewalt und Terror“, weil die Protestbewegung militanter geworden ist. Was „wahr“ ist, hängt vom Standpunkt und vom Verständnis von „Terror“ ab. Eben weil die APA das nicht näher erläutert, sind viele Interpretationen möglich.

Terror als Beschreibung von Handlungen ist also häufig sehr unkonkret. Das zieht sich auch in der **Unterkategorie 2.3** durch, die ‚Terror‘ als einen dauerhaften Zustand erfasst.

Inzwischen werfen mehrere Rebellengruppen der ISIL jedoch vor, in den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten ein Terrorregime zu errichten und rivalisierende Rebellen zu entführen, zu verprügeln und zu ermorden.

Der Absatz lässt offen, was womöglich das terroristische am Terrorregime sein könnte. Sollten die entführten, verprügelten und ermordeten rivalisierenden Rebellen als Beleg des Terrors gemeint sein, stellt sich auch hier die Frage: Sind denn alle Entführungen, Prügeleien und Morde „terroristisch“? Die Aussage hat jedenfalls einen Zweck: Sie stellt klar, dass die Gruppe ISIL (bzw. IS) die Bösen sind. Die anderen Rebellengruppen, die hier ISIL als terroristisch definieren, haben offenkundig ein Interesse, sich von der IS zu distanzieren und ihre Taten zu verurteilen. Sie drücken damit aus, dass die Handlungen der IS nicht legitim sind.

9.2.3 3. ‚Terror‘ als Zuschreibung

‚TerroristInnen‘ sind immer die Bösen und immer die anderen.

Egal von wem die Zuschreibung kommt: Gemeint sind immer die jeweiligen Gegner. In 455 Artikeln kam es nie vor, dass jemand mit ‚Terror‘ sich selbst oder Verbündete beschrieb. Terroristen sind also immer die anderen, und immer die Bösen. Selbst wenn unklar ist, von wem die Zuschreibung kommt (**Unterkategorie 3.1**), sind mit ‚Terroristen‘ die Bösen gemeint:

Zu den Angriffen bekannte sich zunächst niemand, deren Handschrift und vor allem die Nutzung von Autobomben erinnerte aber an die Vorgehensweise islamistischer Terrorgruppen.

Wie quantitativ bereits gezeigt, ist es insgesamt eher selten, dass unklar bleibt, von wem die Zuschreibung kommt. Wenn aber doch, dann betrifft das meistens Al-Kaida, Al-Nusra und IS. Bei der Benennung dieser Gruppen als ‚terroristisch‘ verzichtet die APA häufig darauf zu erwähnen, wer diese Bewertung getroffen hat. Das kann verschiedene Gründe haben. Naheliegender ist aber folgender: Es gibt bei Al-Kaida und Co. einen gewissen Konsens. Sowohl Assad, seine Gegner und auch Akteure der UNO bezeichnen die drei Gruppen wiederholt als terroristisch. Und dennoch: Auch hier bleibt ‚Terror‘ eine Fremdzuschreibung.

Wenn die Zuschreibung vom Assad-Regime oder seinen Verbündeten kommt (**Unterkategorie 3.2**), dann sind damit praktisch immer die Rebellen gemeint. Durch die Bezeichnung als ‚Terroristen‘ sind die Fronten zwischen Gut und Böse auch hier schnell geklärt:

Assad bekräftigte, dass seine Armee nicht gegen das Volk kämpfe, sondern gegen Terroristen.

Assad stellt als Machthaber den Anspruch, das Volk zu repräsentieren. Das Volk – das sind die Guten. Er bekämpft daher nicht sein Volk. Er kämpft (aus seiner Sicht) freilich gegen die Bösen. Und die Bösen sind einmal mehr: die Terroristen.

Meistens legt die APA diese Zuschreibung offen. Die Nachrichtenagentur macht klar, dass das Etikett von Assad kommt und nicht objektiv ist. Oftmals geht die APA aber darüber hinaus und scheint die Zuschreibung nicht ernst zu nehmen:

Mit Terroristen umschreibt das syrische Regime die Protest- und Demokratiebewegung, die seit März 2011 für ein Ende der Assad-Herrschaft auf die Straße geht.

Die APA bezeichnet Assads Gegner hier als „Protest- und Demokratiebewegung“ und geht nicht näher darauf ein, welche womöglich sachlichen Argumente hinter der Zuschreibung von Assad stecken könnten.

Wenn die Zuschreibung vom Regime kommt, schreibt die APA zudem Terror häufig unter Anführungszeichen. Als wollte sie sagen: Das Regime behauptet, das seien Terroristen, in Wahrheit sind es aber keine echten Terroristen. Phasenweise wirkt es daher so, als würde die APA die Terror-Diktion des Regimes nicht nur kritisch hinterfragen, sondern ihr klar widersprechen und sie mitunter sogar lächerlich machen. Die Nachrichtenagentur schreibt beispielsweise, Assad würde die Aufständischen als Terroristen „denunzieren“, oder „beschimpfen“. Damit positioniert sich die APA und übt Deutungshoheit aus.

Die Kehrseite dieser klaren Positionierung ist, dass mutmaßlich gerechtfertigtere Zuschreibungen ebenfalls unglaubwürdig werden:

Im Dezember und im Jänner waren Selbstmordanschläge im Zentrum der syrischen Hauptstadt verübt worden, bei denen rund 70 Menschen getötet wurden. Die Behörden machen für die Anschläge ‚terroristische Gruppen‘ verantwortlich.

Man fragt sich: Waren das auch Mitglieder der „Protest- und Demokratiebewegung“? Versucht das Regime nur einfach einmal mehr seine Feinde zu dämonisieren? Oder könnte die Zuschreibung hier womöglich nachvollziehbar sein? Wer könnte denn für

Selbstmordanschläge mit rund 70 Opfern im Zentrum der syrischen Hauptstadt noch verantwortlich sein, außer „terroristische Gruppen“?

Auch Assads Gegner (Unterkategorie 3.3) sprechen von Terroristen unter den Rebellen. Sie deuten sie allerdings ganz anders als Assad. Nach einem Bombenanschlag in Damaskus schreibt die APA:

Ein Vertreter des ‚Syrischen Nationalrates‘ (SNC) von Burhan Ghalioun sagte dem Nachrichtensender Al-Arabiya am Freitag, die Anschläge seien von Terroristen verübt worden, die das Regime von Präsident Bashar al-Assad als ‚Reserve für schlechte Zeiten‘ in seinen Gefängnissen festgehalten habe.

Ja, es waren Terroristen – aber der Terror ist Assads Schuld; so ließe sich das Zitat zusammenfassen. Weil Terroristen ja das personifizierte Böse sind, können die Guten nicht verantwortlich für sie oder ihre Taten sein. Das zeigt auch ein Zitat vom britischen UNO-Botschafter:

Großbritanniens UNO-Botschafter Mark Lyall Grant räumte ein, dass an den Kämpfen durchaus auch Terroristen beteiligt seien. ‚Ja, da gibt es solche Elemente. Aber sie konnten nur da sein, weil die syrische Regierung versagt hat und so erst Raum für diese dritte Partei geschaffen hat.‘

Hier zeigt sich der Kampf um Deutungshoheit. Assad inszeniert sich selbst als die oberste Terrorismus-Feuerwehr in Syrien. Grant auf der anderen Seite gibt die Schuld an dem Feuer aber Assad. Er sagt damit, Assad sei nicht die Feuerwehr, sondern der Brandstifter. Die Frage ist also nicht nur: Was ist Terror? Sondern auch: Wer ist schuld am Terror?

Selbst wenn neutrale Akteure (**Unterkategorie 3.4**) die Zuschreibung vornehmen, bleiben mit ‚Terroristen‘ immer die Bösen gemeint:

Russische und amerikanische Beamte gingen davon aus, dass der Großteil des Arsenal aus nicht als Waffe einsetzbaren, flüssigen Vorläuferstoffen bestehe, die relativ schnell neutralisiert werden könnten, schreibt das Blatt [Washington Post, Anm.] online in der Nacht zum Freitag. Das mindere das Risiko, dass das Gift vom Regime versteckt oder von Terroristen gestohlen werden könnte.

Die Bösen sind hier einerseits das Regime – sie könnten das Gift verstecken. Und andererseits „Terroristen“, die es stehlen könnten. Die Möglichkeit, dass ‚Rebellen‘ oder ‚Aufständische‘ das tödliche Gift stehlen, gibt es in der Diktion der Washington Post nicht. Sie sind demnach ‚die Guten‘, die gegen das böse Regime kämpfen und sich von den ebenfalls bösen Terroristen abgrenzen, weil sie nicht verdächtig sind, das Gift stehlen zu können.

Wenn neutrale UNO-Akteure über Terror sprechen, dann meistens abstrakt. Trotzdem bleibt kein Zweifel, dass Terror das Böse schlechthin ist:

Der internationale Syrien-Vermittler Kofi Annan appellierte an die beteiligten Staaten, ihre Differenzen zu überwinden und gemeinsam den blutigen Konflikt zu beenden. Andernfalls drohe ein Übergreifen auf die gesamte Nahost-Region und ‚eine neue Front für den internationalen Terrorismus‘.

Was Kofi Annan genau meint – was also eine „neue Front für den internationalen Terrorismus“ sein soll – erfahren wir nicht. Aber was auch immer es ist: Es ist eine große Gefahr. Groß genug, um alle beteiligten Staaten zu bitten, den Konflikt zu beenden.

9.2.4 4. ‚Terror‘ als Argumentationsbasis

Wer ‚Terror‘ bekämpft, darf alles.

‚Terror‘ dient in der Sprache vor allem dazu, die eigene Position zu legitimieren. Wer einen Vorwurf erhebt, untermauert ihn, und wer etwas rechtfertigen will, hat durch ‚Terror‘ einen passenden Grund. Das überraschende jedoch: Mit der Bekämpfung von ‚Terror‘ lässt sich offenbar praktisch alles legitimieren.

Die Textstellen der **Unterkategorie 4.2** verdeutlichen das. Egal ob Assad, seine Verbündeten, die Rebellen oder Staaten der EU: Sie alle verwenden das Wort ‚Terror‘, um politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Assad rechtfertigt wiederholt die Härte seines Vorgehens, indem er betont, er bekämpfe Terror. Er begründet durch Terror aber auch, warum er Waffenruhen nicht einhält:

Das Regime von Präsident Bashar al-Assad hatte bereits am Mittwoch in einem Schreiben an Annan angekündigt, alle Kampfhandlungen fristgerecht einstellen zu wollen. Allerdings behalte man sich das Recht vor, auf mögliche Angriffe ‚terroristischer Gruppen‘ angemessen zu reagieren‘.

In der Außenwirkung wäre es fatal, die Waffenruhe per se zu ignorieren. Aber zu sagen ‚ja, die Waffenruhe gilt – wir werden lediglich auf Terrorismus reagieren‘ ist sprachlich ein schlauer Schachzug. Da Terror, wie bereits geschildert, alles Mögliche sein kann, hält sich Assad durch diese Diktion alle Optionen offen.

Assad und seine Verbündeten machen den Terror überhaupt für vieles verantwortlich. Warum politische Gespräche scheitern, warum er mit manchen Gruppen nicht verhandelt, warum es keine freien Wahlen gibt, warum Friedensresolutionen scheitern, warum Militäreinsätze in

Städten notwendig sind usw. Assad macht bei all diesen Dingen nie sich selbst (mit-) verantwortlich, sondern immer nur den ‚Terror‘.

Aber auch die anderen Akteure begründen ihre Positionen häufig durch Terror. Hillary Clinton sowie verschiedene Länder der EU begründen durch die Präsenz von Terroristen ihre Vorbehalte gegen Waffenlieferungen an die Rebellen – dasselbe Argument, das auch Assad verwendet.

Gut vorstellbar, dass die USA und ihre Verbündeten tatsächlich verhindern wollen, dass ihre Waffen in die Hände ihrer Gegner fallen. Denkbar ist aber auch, dass Terror als Argument nur vorgeschoben wird und der eigentliche Grund beispielsweise darin liegt, die Beziehungen zu Russland nicht belasten zu wollen.

Was militärische Operationen angeht, unterscheiden sich Assads Gegner in ihrer Diktion kaum vom syrischen Regime selbst. Als Israel Luftangriffe in Syrien fliegt, rechtfertigt das der Verteidigungsminister so:

„Wir haben rote Linien gesetzt, darunter die Lieferung fortgeschrittener Waffen oder chemischer Waffen an Terrororganisationen wie die Hisbollah, oder die Verletzung unserer Souveränität entlang der Grenze“, sagte Yaalon.

Ähnliche Zitate finden sich auch vom türkischen Präsidenten Erdogan, der seinerseits Militärschläge gegen bestimmte KurdInnen in Syrien androht. Sein Argument: In der Türkei sind diese Gruppen als terroristische Vereinigung verboten. Solange man also einen klaren Feind hat, und dieser Feind ein ‚Terrorist‘ ist, lässt sich praktisch alles rechtfertigen. Sogar Militäroperationen im Nachbarland.

Terror wird aber ebenso – wenn auch seltener – verwendet, um ein Argument zu untermauern (**Unterkategorie 4.1**). Als der Friedensplan vom UNO-Sondergesandten Kofi Annan scheitert, gibt Assad seinen Gegnern die Schuld. In seiner Argumentation verwendet das Regime dabei stets ‚Terror‘:

Am Sonntag schrieben die Staatsmedien, das Terrornetzwerk Al-Kaida stehe hinter den Anschlägen, die in den vergangenen Monaten vor allem in Damaskus und Aleppo begangen wurden. „Diese Terrorakte werden vom Westen, Ländern in der Region und einigen arabischen Ländern unterstützt und finanziert, um den Plan der UNO und seines Gesandten Kofi Annan zum Scheitern zu bringen [...]“.

Hier lautet der Vorwurf also: Der Westen und Länder in der Region – gemeint sind Assads Gegner – würden den Plan von Annan durch die Unterstützung von ‚Terror‘ gezielt

torpedieren. Überhaupt gibt das Assad-Regime immer wieder seinen Gegnern die Schuld am ‚Terror in Syrien‘.

Ansonsten dient der ‚Kampf gegen Terror‘ auch als Motivation oder auch als Bedingung, etwas zu tun (**Unterkategorie 4.3**). So formuliert Assad beispielsweise als Bedingung für Frieden ein Ende der Unterstützung für Terroristen:

Frieden sei nur dann möglich, wenn die ausländische Unterstützung für die Rebellen ein Ende habe, sagte Assad nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur SANA im Gespräch mit Brahimi. Es müsse Druck auf die Staaten ausgeübt werden, die solche Terrorgruppen unterstützten, fügte er hinzu.

10 Fazit

Die Berichterstattung zu Syrien zeigt: ‚Terror‘ ist kein objektives Phänomen, sondern ein politischer Kampfbegriff. Politische Akteure quer durch alle Lager verwenden den Begriff, um die eigene Haltung zu rechtfertigen und Gegner zu diskreditieren. Terroristen sind demnach immer die Bösen. Und wer die Bösen bekämpft, gehört automatisch zu den Guten.

In den APA-Berichten verwenden hauptsächlich Assad und seine Verbündeten das Terror-Etikett. Sie drücken damit aus, dass die Kampfhandlungen der Rebellen illegitim sind. Und sie rechtfertigen damit, dass sie mit aller Härte gegen sie vorgehen. Assad dämonisiert seine Feinde durch das Wort ‚Terror‘. So rechtfertigt er nicht nur, dass er sie mit eiserner Faust bekämpft. Er lobt sogar sein Militär für eben jenen erbarmungslosen Kampf gegen die ‚Terroristen‘.

Forschungsfrage 3 fragt, wie die APA mit dieser Zuschreibung umgeht. Die Analyse zeigt: Die Nachrichtenagentur hinterfragt die Zuschreibung und legt die Interessen dahinter oftmals offen. Durch die Berichterstattung wird relativ deutlich klar, warum Assad seine Gegner so häufig als ‚Terroristen‘ bezeichnet. Die Nachrichtenagentur schießt aber nicht selten übers Ziel hinaus und zieht die Sichtweise von Assad ins Lächerliche.

So entsteht – vor allem in der frühen Phase des Kriegs – ein womöglich nicht ganz zutreffendes Bild: Auf der einen Seite stehen die guten Demokraten, auf der anderen Seite das böse Regime, das die guten Demokraten sogar als TerroristInnen beschimpft. Dass auf der Seite der vermeintlich ‚guten Demokraten‘ auch weniger ‚Gute‘ wie die Al-Kaida und IS kämpfen, räumt die APA erst später in ihren Berichten ein. Vielleicht, weil diese Gruppen sich tatsächlich erst später in den Krieg einmischten. Assad spricht allerdings seit Beginn der Aufstände davon, gegen ‚islamistische Terroristen‘ zu kämpfen. Das zeigt: Auch die Frage, wer gegen wen kämpft, ist Teil des Deutungskampfes.

Die Wortwahl der Berichterstattung prägt unser Bild der ‚Realität‘ in Syrien. Man könnte auch sagen: Wie und was wir über Syrien erzählt bekommen, beeinflusst, wie wir über Syrien denken. Wer ist gut, wer ist böse? Wer hat Recht, wer hat Unrecht? Wen sollte die Staatengemeinschaft unterstützen, und wen sanktionieren? PolitikerInnen haben ein natürliches Interesse diese Fragen in ihrem Sinn zu deuten. Aufgabe der Medien ist hingegen, diese Interessen offenzulegen.

Die APA tut also grundsätzlich gut daran, die Diktion des Assad-Regimes in Frage zu stellen. Die Nachrichtenagentur leistet somit einen Beitrag, Assads Terror-Konstrukt zu dekonstruieren. Dieselbe kritische Distanz fehlt allerdings bei Gruppen wie Al-Kaida oder IS. Hier erklärt die Nachrichtenagentur nicht, warum diese Gruppen ‚terroristisch‘ sind, woher die Zuschreibung kommt und welche Interessen dahinterstecken. So entsteht der Eindruck, Terror wäre nur bei Assad ein Konstrukt, und bei Al-Kaida und Co objektiv. Das ist aber nicht der Fall. Terror ist nie eine objektive Zuschreibung.

Untersucht wurde auch, wer bzw. was als ‚terroristisch‘ eingestuft wird und durch wen die Zuschreibung erfolgt. Wenn die Zuschreibung eine halbwegs konkrete Gruppe oder Tat betrifft, kommt sie ohne Ausnahme immer vom jeweiligen Gegner. Terroristen sind immer die anderen. Das macht auch Sinn, denn Terroristen sind immer die Bösen. Und wer gehört schon gerne zu den Bösen?

Terror ist in den APA-Berichten häufig aber abstrakt. Praktisch alles kann damit gemeint sein. Alle relevanten Akteure verwenden Terror in abstrakter Form als Synonym für abscheuliche Taten, für die es aus ihrer Sicht keine Rechtfertigung gibt. In dieser abstrakten Form dient Terror vor allem dazu, den eigenen Standpunkt zu untermauern. Warum möchte Assad nicht, dass Waffen an die Rebellen geliefert werden? Weil sich sonst der Terrorismus ausbreiten würde. Warum möchte Großbritannien Assads Rücktritt? Weil sich der Terrorismus ausbreitet. Häufig bleibt die APA eine Erklärung schuldig, was genau das terroristische am Terror sein soll.

Forschungsfrage 4 fragt, welche Argumente durch das Terror-Etikett bedient werden. Hier zeigt sich: Terror dient vor allem dazu, die eigene Position zu legitimieren. Praktisch alles lässt sich rechtfertigen, solange es dem Kampf gegen Terrorismus dient. Assad verwendet ‚Terror‘ vor allem auch als Rechtfertigung für seine Handlungen. Warum gibt es Militäroperationen mitten in der Zivilbevölkerung? Terrorbekämpfung. Warum ist praktisch ganz Syrien ein Schlachtfeld? Weil Terroristen Unruhe stiften. Wieso haben Sicherheitskräfte schon wieder 20 Zivilisten getötet? Das waren keine Zivilisten, das waren Terroristen. Terror ist für Assad ein Sündenbock. Solange er Terror für alles verantwortlich machen kann, muss er sich öffentlich nicht mit eigenen Versäumnissen befassen. Diese Argumentationsmuster sind allerdings keine Eigenheit von Assad. Auch andere Politiker – aus allen möglichen Lagern – verwenden sie.

Terror dient auch als Abgrenzung von anderen. Niemand bezeichnet sich selbst als Terrorist. Wenn Rebellen von ‚terroristischen Rebellen‘ sprechen, dann nur, um sich von ihnen zu distanzieren. Assad sagt, er kämpfe nicht gegen sein Volk, sondern gegen Terroristen. Auch er grenzt seine Feinde also ab. Sein Feind ist nicht das Volk.

Das Wort ‚Terrorist‘ entmenslicht zudem die Betroffenen. Nicht zufällig haben ‚Terroristen‘ in der Berichterstattung praktisch nie Namen. Diese Entmenslichung ebnet den Weg, um auch die grausamsten Mitteln zu rechtfertigen: Mit ‚TerroristInnen‘ darf man schließlich alles machen. Man darf auch praktisch alles tun, um sich vor ‚TerroristInnen‘ zu schützen. Hierbei unterscheidet sich Assad in seiner Diktion kaum von anderen Staatschefs. Sie alle rechtfertigen mit ‚Terror‘, dass sie Zäune aufstellen, Gespräche beenden, Militäraktionen planen, Waffen liefern (oder eben nicht) usw.

Das Terror-Etikett zerstört die Gesprächsbasis, weil Terror fast schon ein Schimpfwort ist. Das Wort denunziert die Betroffenen. Niemand bezeichnet sich selbst als TerroristIn und vermutlich wird auch niemand gerne so genannt. Sobald eine Seite die andere als TerroristInnen brandmarkt, besteht somit die Gefahr, dass sich die Fronten verhärten. Es ist schwer, mit jemandem ein konstruktives Gespräch zu führen, wenn durch die Wortwahl schon vorher festgestellt wird, dass die Gegenseite per se illegitim ist. Genau das tut das Wort Terror allerdings.

‚Terror‘ ist zwar ein Konstrukt – alles Mögliche kann ‚Terror‘ sein –, aber nicht willkürlich. Vielmehr vermittelt der Sender durch das Wort ‚Terror‘ seinen Standpunkt an den Empfänger der Nachricht. ‚TerroristInnen‘ sind in diesem Sinne all jene, die die herrschenden Machtverhältnisse bekämpfen und deren Gewalt als illegitim erachtet wird. Wenn wir jemanden als TerroristIn bezeichnen, gilt es dies zu berücksichtigen. Das Etikett ‚TerroristIn‘ ist keine neutrale Beschreibung – es drückt aus, was wir von dieser Person, ihren Anliegen und Zielen halten. Prinzipiell spricht nichts dagegen, so eine Haltung auszudrücken – im Gegenteil: Eine klare Haltung ist oftmals sogar sehr wünschenswert – sie muss allerdings bewusst und reflektiert sein. Insbesondere gesellschaftliche Multiplikatoren wie die Politik, Medien oder die Wissenschaft haben hier besondere Verantwortung, um nicht unwissentlich die Interessen von anderen zu bedienen.

11 Resümee & Ausblick

„TerroristInnen“ sind abstrakte Wesen.

„Terror“ kann alles Mögliche sein.

„TerroristInnen“ sind immer die anderen und immer die Bösen.

Wer „Terror“ bekämpft, darf alles.

In diesen vier Sätzen lassen sich die gesammelten Ergebnisse dieser Arbeit zusammenfassen. Sie finden sich zum Teil sowohl in den Ergebnissen der Literaturanalyse als auch im empirischen Fallbeispiel.

Die Sätze sind freilich zugespitzt formuliert. Sie verdeutlichen aber, was das Konstrukt „Terrorismus“ bedeutet. „„TerroristInnen“ sind abstrakte Wesen“ meint vor allem, dass wir fast nie die Menschen hinter den „TerroristInnen“ sehen. Jemanden als TerroristIn zu bezeichnen, entmenschlicht diese Person bis zu einem gewissen Grad und ebnet so den Weg, gegen diese Person wesentlich härter vorzugehen als gegen alle anderen. In drei Jahren Syrienberichterstattung schreibt die APA sehr viel über Terror, gibt den TerroristInnen aber praktisch nie Namen. Sie sind lediglich stets gefährliche, abstrakte Feinde, die es zu bekämpfen gilt.

„„Terror“ kann alles Mögliche sein.“ Man könnte auch sagen: Terror ist, was TerroristInnen machen. Bombenanschläge, Entführungen, Attentate – diese Dinge gelten in der Regel dann als Terror, wenn sie von „TerroristInnen“ getan werden. Wenn Assad ein Viertel bombardiert, nennt er es eine Militäroperation. Wenn hingegen seine Gegner eine Bombe zünden, dann nennt er es „Terror“. Terror ist in diesem Sinn jede Gewalt, die wir ablehnen und für die wir – aus unserer Sicht – keine Rechtfertigung sehen. Weil das aber je nach Standpunkt unterschiedlich ist, kann „Terror“ eben alles Mögliche sein.

„„TerroristInnen“ sind immer die anderen und immer die Bösen.“ Terror ist ein Wort, mit dem man seine Feinde beschreibt. Für sich selbst oder Verbündete verwendet niemand diesen Ausdruck. „TerroristInnen“ sind aber nicht einfach nur Feinde, sie sind das personifizierte Böse. Die andere Seite der Medaille ist: Indem ich meine Feinde als „TerroristInnen“ – also als die Bösen – definiere, gehöre ich automatisch zu den Guten. Denn wer das Böse bekämpft,

kann nur gut sein. Das Wort ‚Terror‘ schafft also eine Schwarz-Weiß-Dichotomie, in der die Fronten scheinbar eindeutig verlaufen.

„Wer ‚Terror‘ bekämpft, darf alles.“ Wer Terror bekämpft, kann Menschen foltern (CIA Torture-Report), sie ohne rechtsstaatliche Sicherheit in Gefängnisse sperren (Guantanamo), sie per Fernsteuerung töten (US-Drohnen), seinem Nachbarland Militärschläge androhen (Türkei) oder sie tatsächlich durchführen (Israel) und sogar auf sein eigenes Volk in den eigenen Städten schießen (Assad). Ob diese Dinge auch moralisch gerechtfertigt sind, steht freilich auf einem anderen Blatt. Feststellen kann man allerdings, dass die jeweils Mächtigen all diese Dinge durch den Kampf gegen Terror öffentlich rechtfertigen. Die Vorratsdatenspeicherung in Österreich erscheint in diesem Zusammenhang wie eine Randnotiz, illustriert aber ebenfalls diesen Satz. Auch sie wurde schließlich eingeführt, um ‚Terror‘ zu verhindern.

Als Terror wird zumeist Gewalt bezeichnet, die gegen die herrschende Ordnung gerichtet ist, und die als nicht-legitim erachtet wird. Assad unterscheidet sich in diesem Punkt nicht von anderen Machthabern. Wenn Bush, Erdogan und Co den Begriff verwenden, steckt dieselbe Logik dahinter. ‚Terror‘ ist damit ein Begriff, der den Status Quo und die bestehenden Machtverhältnisse implizit rechtfertigt. Die KämpferInnen der IS bezeichnen sich wohl deshalb nicht als ‚TerroristInnen‘, weil sie die bestehenden Machtverhältnisse eben nicht akzeptieren, sondern bekämpfen wollen. Für sie ist der Westen das Böse. Ihre Gewalt ist aus ihrer Sicht ein Mittel, um die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu verändern. Indem wir die IS als ‚TerroristInnen‘ bezeichnen drücken wir aus, dass wir diese Ambitionen ablehnen.

Oder anders formuliert: Nach dem heutigen Wortgebrauch hätten die Machthaber zur Zeiten der Französischen Revolution die Aufständischen damals vermutlich als ‚TerroristInnen‘ diffamiert. Ihre Gewalt war schließlich auch gegen die herrschende Ordnung und gegen die bestehenden Machtverhältnisse gerichtet. So gesehen sind die Aufständischen in Syrien für Assad tatsächlich TerroristInnen. Es ist plausibel anzunehmen, dass er diesen Begriff nicht nur wegen taktischen Überlegungen verwendet, sondern wahrhaftig von seiner Angemessenheit überzeugt ist. Für Assad müssen die Rebellen Terroristen sein, weil sich die Gewalt der Rebellen gegen ihn, seinen Machtapparat und damit gegen die herrschende Ordnung richtet.

Wenn wir jemanden als ‚TerroristIn‘ bezeichnen, ergreifen wir also Partei und machen unseren Standpunkt klar. Der Begriff ist nicht neutral. Wie bereits erwähnt, versteht sich die

Arbeit allerdings nicht als Plädoyer, den Begriff zu verbannen. Im Gegenteil: Wenn es angebracht ist, soll der Begriff ruhig auch von WissenschaftlerInnen verwendet werden. Wenn Gewalt gegen die zentralen zivilisatorischen Errungenschaften und Werte unserer Gesellschaft gerichtet ist, dann ist auch die Wissenschaft gefordert, eine klare Haltung einzunehmen und das Kind beim Namen zu nennen. Die Arbeit versteht sich daher auch vielmehr als Plädoyer, reflektiert mit diesem Begriff umzugehen und bei seiner Verwendung seine Implikationen zu berücksichtigen.

Die Gefahr ist sonst groß, dass wir unbewusst die Deutungen von anderen übernehmen und damit auch unbewusst ihren Interessen dienen. In einem der untersuchten APA-Artikel findet sich ein Zitat von Boliviens Präsidenten Evo Morales. Er verteidigt darin seine Beziehungen zum Iran und sagt¹⁸:

Seit dem 11. September 2001 wurden alle Anti-Imperialisten beschuldigt, Terroristen zu sein. „Es gibt Länder, die jeden Vorwand für ihre Zwecke benutzen“ [...]

„Terror“ ist hilfreich, um bestimmte politische Zwecke zu erreichen – ein Konstrukt, das für bestimmte politische Interessen dienlich ist, seien es außen- oder innenpolitische Machtambitionen. Etwas als „terroristische Gefahr“ zu definieren, ebnet den Weg für außergewöhnliche Maßnahmen, die ansonsten wohl keine Zustimmung bekommen würden. Die unmittelbar betroffenen Personen – die „TerroristInnen“ – bekommen das am stärksten zu spüren. Gegen sie wird wesentlich schärfer vorgegangen als gegen andere Kriminelle. Ihre Rechte werden beschnitten, sie werden gefoltert oder sogar gezielt getötet – und das von Ländern, die die Fahne der Menschenrechte noch am höchsten zu halten vorgeben.

Solche Maßnahmen müssen aber nicht immer unmittelbar gegen eine Gruppe gerichtet sein. Auch Gesetze, Verordnungen oder schlicht veränderte politische Prioritäten sind als Reaktion auf „Terror“ üblich. Nicht immer ist garantiert, dass diese Maßnahmen auch wirklich etwas mit der beschworenen Gefahr zu tun haben. Dahinter braucht man allerdings keine große Verschwörung zu vermuten. Es reicht, wenn man sich vor Augen führt, dass es um soziale Phänomene einen permanent andauernden Kampf um Deutungshoheit gibt. Aufgabe einer herrschaftskritischen Wissenschaft muss (auch) sein, solche Prozesse zu hinterfragen und offenzulegen.

¹⁸ Eine Online-Version der APA-Meldung findet sich beispielsweise auf derStandard.at (2012): Morales verteidigt UNO-Votum gegen Syrien-Resolution. Am: 12.03.2012. Online: <http://derstandard.at/1331207044157/Praesident-Boliviens-in-Wien-Morales-verteidigt-UNO-Votum-gegen-Syrien-Resolution> [29.12.2014]

Mit dieser Arbeit ist es jedoch nicht getan. Lohnenswerte Anknüpfungspunkte für weitere Arbeiten wären beispielsweise die Analyse von Reden verschiedener PolitikerInnen in Bezug auf Terror. Die Ergebnisse dieser Arbeit deuten an, dass PolitikerInnen der unterschiedlichsten Lager ‚Terror‘ für die gleichen Argumente und Rechtfertigungen benutzen. Die Frage ist: Ist das wirklich so? Assad verwendet ‚Terror‘, um seine Feinde zu dämonisieren und spricht ihnen so ihre Legitimation ab. Außerdem rechtfertigt er seinen Kampf gegen sie. Verwenden beispielsweise Obama und Assad, Erdogan und Merkel, Netanjahu und Rouhani ‚Terror‘ in ihren Reden auf die gleiche Art und Weise? Und falls nicht: Wie unterscheiden sie sich? Eine Analyse von Reden mit diesem Fokus wäre ein wertvoller Beitrag zur Dekonstruktion von Terror.

Schließlich geht es nicht darum, das Wort ‚Terror‘ aus dem Wörterbuch zu löschen. Das Ziel muss vielmehr sein, die konstruktive Natur von ‚Terror‘ offenzulegen und die Mechanismen hinter den Machtinteressen zu analysieren. Mit dieser Arbeit hoffe ich einen Teil dazu beigetragen zu haben.

12 Quellenverzeichnis

- Abels, Heinz (2010): Interaktion, Identität, Präsentation. Kleine Einführung in interpretative Theorien der Soziologie. 5. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Alvir, Olja (2014): Österreich: Antifaschismus braucht PR. Am: 23.5.2014. Online: <http://www.olja.at/blog/osterreich-antifaschismus-braucht-bessere-pr/> [10.06.2014]
- Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (2002): Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung. Am: 22.06.2013. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2002:164:0003:0003:DE:PDF> [Zugriff: [17.06.2014]
- Amtsblatt der Europäischen Union (2008): Rahmenbeschluss 2008/919/JI des Rates vom 28. November 2008 zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung. Am: 09.12.2008. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:330:0021:0023:DE:PDF> [Zugriff: [17.06.2014]
- APA (2014): Mission Statement: Am: 19.12.2014. Online: http://www.apa.at/Site/Nachrichtenagentur/Mission_Statement.de.html [19.12.2014]
- Atteslander, Peter (2010): Methoden der empirischen Sozialforschung. 13. neu bearbeitete und erweiterte Auflage. Berlin: Erich Schmidt
- Baumann, Marcel (2013): Schlechthin böse? Tötungslogik und moralische Legitimität von Terrorismus. Wiesbaden. Springer Fachmedien
- Bar, Shmuel (2013): Syria - What Next? In: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik. Jg 21. S.101-106
- Baway, Ben (2014): Assads Kampf um die Macht. 100 Jahre Syrienkonflikt. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Bedner, Mark (2009): Vorratsdatenspeicherung. In: Datenschutz und Datensicherheit - DuD. Vol. 33(6), S. 372-372

- Bew, John (2014): The tragic cycle: From Sykes-Picot to the rise of Isis - the western powers and the Middle East. In: *New Statesman* (1996). Vol 143 (5223). S. 22-27
- Biegel, Reiner (2001): Syrien ein Jahr nach dem Tode Hafiz al-Assads. Der junge Präsident konsolidiert seine Macht. In: *KAS-AI* 8/01, S.27-44
- Borger, Julian/ Luhn, Alec (2014): Ukraine's acting president calls for action against pro-Russian separatists. Am: 23.04.2014. Online: <http://www.theguardian.com/world/2014/apr/22/ukraine-acting-president-calls-relaunch-anti-terror-operation>
- Brunnstorm, David (2013): Kerry says doubling U.S. non-lethal aid to Syrian opposition. Am: 21.04.2013. Online: <http://www.reuters.com/article/2013/04/21/us-syria-crisis-conference-kerry-idUSBRE93K00220130421> [07.08.2014]
- Busch, Christoph (2013): Die NSU-Morde - ein neuer Typ rechtsextremistischer Gewalt. In: *Totalitarianism and Democracy*. Vol 10(2), S. 211-236
- Bush, George W. (2001): Address to a Joint Session of Congress and the American People. Am: 20.09.2001. Online: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html> [09.06.2014]
- Buzan et al. (1998): *Security. A New Framework for Analysis*. London, Colorado: Lynne Rienner Publishers
- Buzan, Barry (2006): Will the global war on terrorism be the new cold war? In: *International Affairs*. Vol 82:6, S. 1101-1118
- Carroll, Rory (2014): Obama: Isis could pose a 'medium and long-term threat' to the US. Am: 22.06.2014. Online: <http://www.theguardian.com/world/2014/jun/22/obama-isis-pose-long-term-threat-to-us> [22.08.2014]
- Cheney, Richard B. (2002): Vice President Discusses the President's Economic Security Agenda. Am: 07.08.2002. Online: <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=79731> [22.08.2014]
- Cornell Law School (2014^a): 22 U.S. Code § 2656f - Annual country reports on terrorism. Am: 04.08.2014. Online: <http://www.law.cornell.edu/uscode/text/22/2656f> [07.08.2014]

Cornell Law School (2014^b): 28 CFR 0.85 - General functions. Am: 04.08.2014. Online: <http://www.law.cornell.edu/cfr/text/28/0.85> [07.08.2014]

Crisisgroup (2011): Conflict Risk Alert: Syria. Am: 25.03.2011. Online: <http://www.crisisgroup.org/en/publication-type/media-releases/2011/conflict-risk-alert-syria.aspx> [16.12.2014]

Democracy now (2006): NATIONAL EXCLUSIVE: Hezbollah Leader Hassan Nasrallah Talks With Former US Diplomats on Israel, Prisoners and Hezbollah's Founding. Am: 28.07.2006. Online: http://www.democracynow.org/2006/7/28/national_exclusive_hezbollah_leader_hassan_nasrallah [07.08.2014]

derStandard.at (2011): ORF St. Pölten: Attentäter nicht christlich nennen. Am: 25.07.2011. Online: <http://derstandard.at/1310512111212/Norwegen-ORF-St-Poelten-Attentaeter-nicht-christlich-nennen> [14.06.2014]

derStandard.at (2013^a): UNO setzt Al-Nusra-Front auf Terrorliste. Am: 31.05.2013. Online: <http://derstandard.at/1369362214259/UNO-setzt-Al-Nusra-Front-auf-Terrorliste> [07.08.2014]

derStandard.at (2013^b): EU scheitert bei Verlängerung des Syrien-Waffenembargos. Am: 28.05.2013. Online: <http://derstandard.at/1369361725078/Waffenlieferungen-fuer-Syriens-Aufstaendische-spalten-EU-Aussenminister> [07.08.2014]

Deutsche Welle (2012): Syriens Rebellen fordern Rache für neues Massaker. Am: 07.06.2012. Online: <http://www.dw.de/syriens-rebellen-fordern-rache-f%C3%BCr-neues-massaker/a-16005828-1> [07.08.2014]

Die Presse (2014): Vorratsdatenspeicherung in Österreich außer Kraft. Am: 01.07.2014. Online: <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/3830407/Vorratsdatenspeicherung-in-Osterreich-ausser-Kraft> [22.08.2014]

Die Welt (2012): Breivik entschuldigt sich bei "unschuldigen" Opfern. Am: 23.04.2012. Online: <http://www.welt.de/vermishtes/weltgeschehen/article106214315/Breivik-entschuldigt-sich-bei-unschuldigen-Opfern.html> [14.06.2014]

- Doering, Martina (2011): Syrien: Vorwärtsverteidigung des Assad-Clans. In: Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas (Hg.): Die arabische Revolution - Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. S. 116-134
- El-Kaoutit, Khalid (2009): Syrien Kompakt. Am: 09.10.2009. Online: <http://www.dw.de/syrien-kompakt/a-4778816> [17.12.2014]
- English, Richard (2010): Terrorism: How to Respond. New York: Oxford University Press
- Ertl, Josef (2014): "Für islamisches Reich mit Kalifen". Am: 29.03.2014. Online: <http://kurier.at/chronik/oberoesterreich/petra-ramsauer-fuer-islamisches-reich-mit-kalifen/58.232.445> [23.08.2014]
- EUR-Lex (2014): Amtsblatt Nr. L 201 vom 26/07/2013 S. 0057 - 0059. Am: 07.08.2014. Online: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32013D0395:DE:HTML> [07.08.2014]
- European Commission (2014): Syria crisis. ECHO Factsheet. Am: 11.12.2014. Online: http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/syria_en.pdf [19.12.2014]
- FAZ (2011): Eskalation zwischen Demonstranten und Regime. Am: 23.03.2011. Online: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/syrien-eskalation-zwischen-demonstranten-und-regime-1608119.html> [07.08.2014]
- Focus.de (2013): Heckenschützen feuern auf UN-Inspektoren - Militärschlag droht. Am: 26.08.2013. Online: http://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/syrien-heckenschuetzen-feuern-auf-un-inspektoren-militaerschlag-droht_aid_1082383.html [19.12.2014]
- Fox News (2014): Cheney defends CIA interrogation techniques, calls Senate report "deeply flawed". Am: 11.12.2014. Online: <http://www.foxnews.com/politics/2014/12/11/cheney-defends-cia-interrogation-techniques-calls-senate-report-flawed/> [26.12.2014]
- Frefel, Astrid (2013): Kairo prüft Verbot der Muslimbrüder. Am: 19.08.2013. Online: <http://www.nzz.ch/aktuell/international/auslandnachrichten/kairo-prueft-verbot-der-muslimbrueder-1.18135028> [09.06.2014]

- Gebauer, Matthias (2013): Krise in Ägypten: Rachefeldzug des Regimes treibt Muslimbrüder in die Enge. Am: 20.08.2013. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/aegypten-rachefeldzug-gegen-die-muslimbrueder-a-917553.html> [09.06.2014]
- Gilligan, Andrew (2011): Assad: challenge Syria at your peril. Am: 29.10.2011. Online: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/8857898/Assad-challenge-Syria-at-your-peril.html> [09.06.2014]
- Gordon, Michael/ Barnard, Anne (2012): U.S. Places Militant Syrian Rebel Group on List of Terrorist Organizations. Am: 10.12.2012. Online: http://www.nytimes.com/2012/12/11/world/middleeast/us-designates-syrian-al-nusra-front-as-terrorist-group.html?_r=0 [07.08.2014]
- Güsten, Susanne (2011): Türkei liefert angeblich Waffen an syrische Regimegegner. Am: 10.11.2011. Online: <http://www.tagesspiegel.de/politik/kampf-gegen-assad-tuerkei-liefert-angeblich-waffen-an-syrische-regimegegner/5822738.html> [07.08.2014]
- Guzzini, Stefano/ Jung, Dietrich (2004): Contemporary Security Analysis And Copenhagen Peace Research. London, New York: Routledge
- Harrer, Gudrun (2013): Wettbewerb der Jihadisten in Syrien. Am: 09.04.2013. Online: <http://derstandard.at/1363707450297/Wettbewerb-der-Jihadisten-in-Syrien> [07.08.2014]
- Helins, Dan (2014): James Foley Execution UNCENSORED 18+. Youtube. Am: 21.08.2014. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=mH1qppY4ejA> [22.08.2014]
- Hepp, Andreas (2013): Die kommunikativen Figurationen mediatisierter Welten: Zur Mediatisierung der kommunikativen Konstruktion von Wirklichkeit. In: Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (Hrsg.): Kommunikative Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 97-120
- Hissou, Ahmad (2014): Syrien: Die ignorierte Revolution - Ein Erklärungsversuch. In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik. Vol.7(2). S. 159-174
- Hoffman, Bruce (2006): Terrorismus. Der unerklärte Krieg. Neue Gefahren politischer Gewalt. Aus dem Englischen von Klaus Kochmann. Frankfurt: Fischer Taschenbuch-Verlag

- Ibrahim, Ferhad (2002): Syrien nach Hafiz al-Asad: Zwischen Kontinuität und Wandel. Am: 26.05.2002. Online: <http://www.bpb.de/apuz/25310/syrien-nach-hafiz-al-asad-zwischen-kontinuitaet-und-wandel?p=all> [15.12.2014]
- indexmundi.com (2014): Historical Data Graphs per Year. Am: 01.01.2014. Online: <http://www.indexmundi.com/g/g.aspx?v=74&c=ly&l=en> [17.12.2014]
- Jenkins, Brian Michael (1980): The Study of Terrorism: Definitional Problems. Am: 23.10.1980. Online: <http://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/papers/2006/P6563.pdf> [08.08.2014]
- Kaschner, Holger (2008): Neues Risiko Terrorismus. Entgrenzung, Umgangsmöglichkeiten, Alternativen. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (2013): Der Kommunikative Konstruktivismus als Weiterführung des Sozialkonstruktivismus - eine Einführung in den Band. In: Ders.: Kommunikative Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 9-21
- Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (Hrsg.) (2013): Kommunikative Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer Fachmedien
- Kelstrup, Morten (2004): Globalisation and societal insecurity: the securitisation of terrorism and competing strategies for global governance. In: Guzzini, Stefano/ Jung, Dietrich: Contemporary Security Analysis And Copenhagen Peace Research. S. 106-116
- Knoblauch, Hubert (2013): Grundbegriffe und Aufgaben des kommunikativen Konstruktivismus. In: In: Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (Hrsg.): Kommunikative Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 25-48
- Kreisky, Eva/ Sauer, Birgit (1997): Das geheime Glossar der Politikwissenschaft. Kritische Inspektion der Kategorien einer Disziplin. Frankfurt/New York: Campus-Verlag
- Kuhlmann, Jan (2014): Das Leiden nimmt kein Ende. Am: 20.08.2014. Online: <http://www.handelsblatt.com/politik/international/syrien-das-leiden-nimmt-kein-ende/10359032.html> [19.12.2014]

- Kurier (2014): 354 Abfragen durch Justiz im Vorjahr. Am: 12.06.2014. Online:
<http://kurier.at/politik/inland/vorratsdaten-354-abfragen-durch-justiz-im-vorjahr/70.032.853> [22.08.2014]
- Kurier.at (2013): Erdogan ließ sich in Istanbul bejubeln. Am: 16.06.2013. Online:
<http://kurier.at/politik/ausland/tuerkei-erdogans-machtdemonstration-vor-tausenden-in-istanbul/15.907.942> [09.06.2014]
- Lamnek, Siegfried (2008): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4. vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim: Beltz, PVU
- Laqueur, Walter (2003): Krieg dem Westen. Terrorismus im 21. Jahrhundert. Berlin: Propyläen
- Le Monde diplomatique (2006): Speech by Yasser Arafat. Am 01.01.2006: Online:
<http://www.monde-diplomatique.fr/cahier/proche-orient/arafat74-en> [16.06.2014]
- Linder, Bernadette (2011): Terror in der Medienberichterstattung. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften
- Livingstone, Sonia (2009): On the Mediation of Everything. In: Journal of Communication, 59 (1), S. 1-18
- Lüders, Michael (2011): Tage des Zorns - Die arabische Revolution verändert die Welt. München: C.H.Beck Verlag
- Maier, Georg (2011): Syrien: Hundert Tage Aufstand!. Am: 26.07.2011. Online:
<http://www.slp.at/artikel/syrien-hundert-tage-aufstand-3704> [17.12.2014]
- Mayring, Philipp (2003): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 8. Auflage. Weinheim: Beltz Verlag
- Mazzetti, Mark/ Gordon, Michael/ Landler, Mark (2013): U.S Is Said to Plan to Send Weapons to Syrian Rebels. Am: 13.06.2013. Online:
<http://www.nytimes.com/2013/06/14/world/middleeast/syria-chemical-weapons.html?pagewanted=all> [07.08.2014]
- Nordhausen, Frank/Schmid, Thomas (Hg.) (2011): Die arabische Revolution - Demokratischer Aufbruch von Tunesien bis zum Golf. Berlin: Christoph Links Verlag

- OHCHR.org (2014): Pillay castigates "paralysis" on Syria, as new UN study indicates over 191,000 people killed. Am: 22.08.2014. Online: <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=14959&LangID=E> [19.12.2014]
- ORF.at (2011): Tote bei Zusammenstößen in Syrien. Am: 18.03.2011. Online: <http://orf.at/stories/2048376/> [07.08.2014]
- ORF.at (2012): Dschihadisten unter der Lupe. Am: 21.12.2012. Online: <http://orf.at/stories/2157634/2148667/> [07.08.2014]
- Parlament.gv.at (2013): 14397/AB XXIV. GP - Anfragebeantwortung (gescanntes Original). Am: 08.07.2013. Online: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_14397/imfname_314525.pdf [22.08.2014]
- Posener, Alan (2013): Der Massenmörder Breivik und die 72 Jungfrauen. Am: 24.08.2013. Online: <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article119283067/Der-Massenmoerder-Breivik-und-die-72-Jungfrauen.html> [14.06.2014]
- Presidentassad.net (2014): President Assad 2000 Inauguration Speec (July 17, 2000). Am: 15.12.2014. Online: http://www.presidentassad.net/index.php?option=com_content&view=article&id=438:president-assad-2000-inauguration-speech-july-17-2000-3&catid=106&Itemid=496 [15.12.2014]
- Raab, Josef Michael (2012): The Terrorist in a Postmodern Perception. Masterarbeit. Universität Wien
- Reichertz, Jo (2013): Grundzüge des Kommunikativen Konstruktivismus. In: Keller, Reiner/ Knoblauch, Hubert/ Reichertz, Jo (Hrsg.): Kommunikative Konstruktivismus. Theoretische und empirische Arbeiten zu einem neuen wissenssoziologischen Ansatz. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 49-68
- Reimon, Michel (2010): Danke für eure Aufmerksamkeit #cablegate #wikileaks #wettendass. Am: 05.12.2010. Online: <http://www.reimon.net/2010/12/05/danke-fur-eure-aufmerksamkeit-cablegate-wikileaks-wettendass/> [09.08.2014]

- Rentzsch, Anne (2012): Keine Berufung gegen Breivik-Urteil. Am: 24.08.2012. Online: <http://derstandard.at/1345165044652/Anders-Behring-Breivik-Urteil-Oslo-Utoya-Norwegen> [14.06.2014]
- Reuters.com (2013): Iran's Rouhani acknowledges chemical weapons killed people in Syria. Am: 24.08.2013. Online: <http://www.reuters.com/article/2013/08/24/us-syria-crisis-iran-idUSBRE97N06P20130824> [19.12.2014]
- Richardson, Louise (2006), Was Terroristen wollen. Die Ursachen der Gewalt und wie wir sie bekämpfen können. Aus dem Englischen von Hartmut Schickert. Frankfurt am Main/ New York: Campus
- Riegler, Thomas (2009): Terrorismus. Innsbruck: Studien Verlag
- RIS (2012): Strafgesetzbuch, § 278c. Terroristische Straftaten. Am: 01.01.2012. Online: <http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40132526/NOR40132526.html> [17.06.2014]
- RIS (2014): Vorratsdaten. Am: 30.06.2014. Online: <https://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40128485> [22.08.2014]
- Roberts, David (2013): The Ba'th and the creation of modern Syria. Reprint. London: Routledge Chapman & Hall
- Rust, Holger (1980): Struktur und Bedeutung. Studien zur qualitativen Inhaltsanalyse. Berlin: Volker Spiess
- Said, Edward/ Robbins, Bruce (1988): American Intellectuals and Middle East Politics: An Interview with Edward W. Said. In: Social Text, Issue 19/20. S. 37-53
- Schmid, Alex/ Jongman, Albert (1988): Political Terrorism. A New Guide to Actors, Authors, Concepts, Data Bases, Theories, & Literature. Amsterdam: North-Holland Publishing Comp.
- Schröm, Oliver (2002): Im Schatten des Schakals. Carlos und die Wegbereiter des internationalen Terrorismus. Berlin: Links CH
- Seale, Patrick (2011): The Regional Implications of Syria's Crisis. Am: 29.03.2011. Online: <http://www.middle-east-online.com/english/?id=45204> [16.12.2014]

Shane, Scott/ Hubbard, Ben (2013): Confident Syria Used Chemicals, U.S. Mulls Action. Am: 25.08.2013. Online: http://www.nytimes.com/2013/08/26/world/middleeast/syria-says-un-will-get-access-to-site-of-possible-chemical-attack.html?pagewanted=all&_r=0 [19.12.2014]

Son Hoang, Kim (2013): Dschochar Zarnajew und kein Recht zu schweigen. Hintergrund. Am: 22.04.2013. Online: <http://derstandard.at/1363708777737/Dschochar-Zarnajew-und-kein-Recht-zu-schweigen> [24.08.2014]

Spiegel Online (2013): Gefangenenlager: Pentagon veröffentlicht erstmals Namen aller Guantanamo-Häftlinge. Am: 18.06.2013. Online: [ttp://www.spiegel.de/politik/ausland/guantanamo-pentagon-veroeffentlicht-namen-aller-haeftlinge-a-906280.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/guantanamo-pentagon-veroeffentlicht-namen-aller-haeftlinge-a-906280.html) [24.08.2014]

Spiegel Online (2014^a): US-Gefangenenlager: Uruguay nimmt sechs Guantanamo-Häftlinge auf. Am: 17.07.2014. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/guantanamo-uruguay-nimmt-haeftlinge-auf-a-981454.html> [24.08.2014]

Spiegel Online (2014^b): Pressekompass: Propaganda-Mord an James Foley - wie sollen die Medien darüber berichten? Am: 21.08.2014. Online: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/pressekompass-mord-von-is-terroristen-an-journalist-james-foley-a-987262.html> [22.08.2014]

Sputniknews.com (2013^a): Assad Warns of Syrian Conflict Spreading 'Beyond Borders'. Am: 18.04.2013. Online: <http://sputniknews.com/world/20130418/180700722.html> [19.12.2014]

Sputniknews.com (2013^b): Syrian Rebels Use Chemical Weapons - State TV. Am: 30.04.2013. Online: <http://sputniknews.com/world/20130430/180924465/Syrian-Rebels-Use-Chemical-Weapons--State-TV.html> [19.12.2014]

Steinberg, Guido (2014): Anführer der Gegenrevolution. Saudi-Arabien und der arabische Frühling. Am: 28.04.2014. Online: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2014_S08_sbg.pdf [23.08.2014]

Strindberg, Anders/ Wörn, Mats (2005): Realities of resistance. Hizballah, the Palestinian rejectionists, and Al-Qa'ida compared. In: Journal of Palestine Studies. Vol. 34 (3), S. 23-41

- Strittmatter, Kai (2011): Wenn der Bürger zum Terrorist wird. Am: 09.12.2011. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/massenverhaftungen-in-der-tuerkei-wenn-der-buerger-zum-terrorist-wird-1.1230232> [24.08.2014]
- Süddeutsche.de (2012): UN beklagen Menschenrechtsverletzungen bei Regierung und Aufständischen. Am: 17.09.2012. Online: <http://www.sueddeutsche.de/politik/syrien-un-beklagen-menschenrechtsverletzungen-bei-regierung-und-aufstaendischen-1.1470241> [07.08.2014]
- The World Factbook (2014): Syria. Background. Am: 20.06.2014. Online: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/sy.html> [14.12.2014]
- Thoma, Nadja (2008): Syrien - zwischen Beständigkeit und Wandel. Gesellschaftliche Strukturen und politisches System. Wien: BMLV, Landesverteidigungsakademie
- Titscher, Stefan/Wodak, Ruth/Meyer, Michael/Vetter, Eva (1998): Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick. Opladen: Westdeutscher Verlag
- TodayNews (2014): President Obama Delivers a Statement on Iraq - Obama authorizes airstrikes ISIS Speech 8/7/2014. Youtube. Am: 07.08.2014. Online: <https://www.youtube.com/watch?v=zuaO5EJzLAE> [22.08.2014]
- Topcu, Özlem/ Thumann, Michael (2013): Düstere Aussichten. Erdogans Häftlinge. Am: 07.07.2013. Online: <http://www.zeit.de/2013/28/tuerkei-portraet-haeftlinge> [24.08.2014]
- Traufetter, Gerald (2012): Norwegen vor dem Breivik-Urteil: Vereint im Hass auf den Täter. Am: 23.08.2012. Online: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/attentat-in-norwegen-urteil-im-breivik-prozess-in-oslo-erwartet-a-851755.html> [14.06.2014]
- UN High-Level Panel on Threats, Challenges and Change (2004): Report of the Secretary General's Panel on Threats. Am: 02.05.2004. Online: <http://www.un.org/secureworld/report2.pdf> [17.06.2014]
- UNHCR (2014): Stories From Syrian Refugees. Discovering the human faces of a tragedy. Am: 19.12.2014. Online: <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/syria.php> [19.12.2014]
- United States District Court (2013): AO 91 (Rev. 11/11) Criminal Complaint. Am: 21.04.2013. Online:

http://msnbcmedia.msn.com/i/msnbc/Sections/NEWS/tsarnaev_criminal_complaint_130421_1847.pdf [24.08.2014]

Virchow, Fabian (2011): Für Volk und Nation. Am: 30.11.2011. Online:
<http://www.zeit.de/2011/48/Rechtsterrorismus> [14.06.2014]

Wall Street Journal (2011): Interview With Syrian President Bashar al-Assad. Am: 31.01.2011. Online:
<http://www.wsj.com/news/articles/SB10001424052748703833204576114712441122894?mg=reno64wsj&url=http%3A%2F%2Fonline.wsj.com%2Farticle%2FSB10001424052748703833204576114712441122894.html> [16.12.2014]

Washingtonpost.com (2007): Syrians Vote For Assad in Uncontested Referendum. Am: 28.05.2007. Online: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/05/27/AR2007052701117.html> [18.12.2014]

Weinberg, Leonard/ Pedahzur, Ami/ Hirsch-Hoefler, Sivan (2004): The Challenges of Conceptualizing Terrorism. In: Terrorism and Political Violence. Vol. 16, Nr. 4. S.777-794

Whitaker, Brian (2001): The definition of terrorism. Am: 07.05.2001. Online:
<http://www.theguardian.com/world/2001/may/07/terrorism> [12.06.2014]

Whitehouse.gov (2012): Remarks by the President to the White House Press Corps. Am: 20.08.2012. Online: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2012/08/20/remarks-president-white-house-press-corps> [19.12.2014]

Wikimedia (2011): File: Sykes-Picot-1916 german.gif. Am: 22.05.2011. Online:
http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sykes-Picot-1916_german.gif [18.12.2014]

Wünsch, Benjamin (2012): Geistig gestörter Fanatiker oder politischer Extremist. Am: 23.08.2012. Online: <http://www.tagesanzeiger.ch/ausland/europa/Geistig-gestoerter-Fanatiker-oder-politischer-Extremist-/story/27560859> [14.06.2014]

Zauner, Margit (2011): Syrien: Die Rolle der Frau in der Zeitgeschichte. Diplomarbeit. Universität Wien

Zeit Online (2011): Assad droht dem Westen. Am: 30.10.2011. Online:
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2011-10/syrien-assad-drohung> [07.08.2014]

Zeit Online (2013): Muslimbrüder planen neue Protestmärsche. Am: 18.08.2013. Online:
<http://www.zeit.de/politik/2013-08/muslimbrueder-protestieren-weiter> [09.06.2014]

Die Suchabfrage im APA-Online-Manager:

AOM - SearchCenter > Agenturen

Alle Quellen Termine Alarme Neuer Fenster

Suchvorfagen speichern Suchbegriff

STICHWORT = Syrien STICHWORT = zus terror# ODER STICHWORT = Syrien STICHWORT = zusammenfassung terror#

Suchvorlage speichern Derzeitige Suchanstellung

STICHWORT = Syrien STICHWORT = zus... von 1. 3. 2011 bis 28. 2. 2014 in APA Basisdienst

Treffervisualisierung

Treffer (455)

Typ	M.. Ressort	Datum	Zeit	Titel
✓	A..AA	28.02.14	15.36	Syrische Luftwaffe und Rebellen griften Ziele im Libanon an - ZUS
	A..AA	16.02.14	10.40	Syrien - Keine Einigung auf Fortsetzung der Genfer Friedensgespräche - ZUS
	A..AA	15.02.14	14.22	Genfer Syrien-Gespräche ohne Ergebnis und neuen Termin beendet - ZUS
	A..AA	14.02.14	16.53	Zukunft der Syrien-Verhandlungen ungewiss - USA und Russland uneins - ZUS
	A..AA	14.02.14	12.46	Syrien - Verhandlungen stecken gelieben, USA und Russland uneins - ZUS
	A..AA	13.02.14	22.28	Brahimi: Moskau und Washington wollen Syrien-Verhandlungen retten - ZUS
	A..AA	13.02.14	14.46	Sicherheitsrat streitet hinter den Kulissen um Syrien-Resolution - ZUS
	A..AA	13.02.14	04.01	Syrien - UNO-Sicherheitsrat streitet über neue Resolution - ZUS
	A..AA	12.02.14	16.32	Syrien - Verhandlungen in Genf in der Sackgasse - ZUS
	A..AA	10.02.14	14.57	Zweite Runde der Syrien-Verhandlungen hat begonnen - ZUS

pulsiv-quellern

455 Treffer

APPA496 5 AA 0326 Beta: Ort des Treffens in Google Maps anzeigen Fr., 28 Feb 2014

Bürgerkrieg/Kampfe/Syrien/UNO,Zusammenfassung

Syrische Luftwaffe und Rebellen griften Ziele im Libanon an - ZUS

Ul.: Präsident Suleiman wart =

Damaskus/Beirut (APA/dpa) - Der syrische Bürgerkrieg gefährdet den ohnehin schon brüchigen Frieden im Nachbarland Libanon. Am Freitag bombardierten sowohl die syrische Luftwaffe als auch die Rebellen Ziele im Libanon. Der libanesische Staatspräsident Michel Sleimane forderte: "Es muss eine Lösung gefunden werden, damit die syrischen Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren."

Die rund eine Million Syrer stellen eine Gefahr für das Land dar, "da sich durch ihre Anwesenheit das demografische Gleichgewicht verschiebt". Die meisten Syrer, die seit Beginn des Aufstandes gegen Präsident Bashar al-Assad im Libanon Zuflucht gesucht haben, sind sunnitische Muslime. Im Libanon leben neben Sunniten auch Schiiten, Angehörige verschiedener christlicher Kirchen und Drusen. Konflikte versucht das Land durch ein Proporzsystem zu vermeiden, wonach für die verschiedenen Religionsgruppen bestimmte Ämter reserviert sind.

Die syrische Luftwaffe feuerte am Freitag Raketen auf Versammlungsorte mutmaßlicher syrischer Rebellen in der Nähe der libanesischen Kleinstadt Assal ab. Über mögliche Opfer wurde nichts bekannt. Im vorwiegend von Sunniten bewohnten Assal haben viele Rebellen und Flüchtlinge aus Syrien Unterschlupf gefunden.

Nach Angaben der Armee schlugen zudem drei Raketen aus Syrien in dem schiitischen Dorf Brital ein. Drei Menschen wurden leicht verletzt. Die Schiiten-Miliz Hisbollah hat hier viele Anhänger. Sie unterstützt im syrischen Bürgerkrieg das Assad-Regime.

14 Deutsches Abstract

Die Arbeit versteht Terror nicht als objektiver Tatbestand, sondern als Konstrukt. ‚TerroristInnen‘ sind immer die jeweiligen Feinde, deren Taten als nicht legitim erachtet wird. Das Terror-Konstrukt hat weitreichende Folgen. Drei kann man grob unterscheiden: 1) Umstrittenen Maßnahmen und politischen Ambitionen können dadurch legitimiert werden (Stichwort Securitization); 2) Fundamentale Rechte von Betroffenen können so beschnitten werden (z.B. Guantanamo); 3) Weitreichende Anti-Terror-Maßnahmen für die Gesellschaft können umgesetzt werden – mit der Gefahr, dass die Maßnahmen nichts mit Terror zu tun haben und Terror nur als Vorwand dient, um sie zu legitimieren. Terror ist ein Begriff, mit dem die herrschenden Machtverhältnisse gerechtfertigt werden. Das Wort zu verwenden, ist daher niemals neutral, sondern bringt den jeweiligen Standpunkt zum Ausdruck.

Die Arbeit untersucht 455 APA-Artikel in den ersten drei Jahren des syrischen Bürgerkrieges, in denen von ‚Terror‘ die Rede war. Die Untersuchung zeigt: Das Assad-Regime verwendet den Begriff, um die Rebellen zu diskreditieren und ihnen ihre Legitimation abzusprechen. Die APA reflektiert diese Interessen großteils, lässt dieselbe kritische Distanz bei Gruppen wie Al-Kaida oder IS aber vermissen. Die qualitativen Ergebnisse lassen sich mit vier Sätzen grob zusammenfassen: 1) ‚TerroristInnen‘ sind abstrakte Wesen – wir sehen fast nie die Menschen hinter den ‚TerroristInnen‘. 2) ‚Terror‘ kann alles Mögliche sein. 3) ‚TerroristInnen‘ sind immer die anderen und immer die Bösen. 4) Wer ‚Terror‘ bekämpft, darf alles. Die Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass verschiedene politische MachthaberInnen das Wort ‚Terror‘ auf eine ähnliche Art und Weise verwenden – um ihre Feinde zu diskreditieren, sich selbst als ‚die Guten‘ zu inszenieren und um umstrittene Maßnahmen zu rechtfertigen.

15 English Abstract

The thesis understands terror not as an objective fact, but as a construct. "Terrorists" are always considered to be the enemies whose actions are considered as not legitimate. The terror construct has far-reaching effects. Three of them can be roughly listed as: 1) Controversial policies and political ambitions can be legitimized (see: Securitization); 2) People who are considered as terrorists can be deprived from fundamental human rights (Guantanamo); 3) Counter-Terror policies for the society can come up, with the possibility that those policies have in fact nothing to do with terror and terror is just an excuse to justify them. Terror is a term that justifies the current power relations. To use the term is therefore never neutral, but shows the specific point of view.

The thesis analyzes 455 articles of the Austrian Press Agency (APA) published within the first three years of the Syrian civil war, and in which the word "terror" was mentioned. The analysis shows: The Assad-regime uses the term to discredit the rebels and to make clear that they have no legitimation. APA reflects on those interests, but misses the same critical distance for other "terroristic" groups such as Al-Qaida or IS. The qualitative findings can be roughly summed up as: 1) "Terrorists" are abstract beings - we hardly see the humans behind the "terrorists". 2) "Terror" can be anything. 3) "Terrorists" are always the others and always the bad guys - no one considers himself or allies as terrorists. 4) One can do everything to fight "terror". The results suggest that different political leaders use the term "terror" in a similar way - to discredit their enemies, to present themselves as one of the "goods" and to justify controversial policies.

16 Curriculum Vitæ

Persönliche Daten

Name: Yilmaz Gülüm, BA, Bakk.phil.
13.07.1989 geboren in Wien, Österreich
Staatsbürgerschaft: Österreich
Beruf: Journalist

Ausbildung

2013 BA Internationale Entwicklung, Universität Wien - Abschluss mit Auszeichnung
2012 Bakk.phil. Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien - Abschluss mit Auszeichnung
seit 2012 Masterstudium Politikwissenschaften, Universität Wien
2011 Auslandssemester Universität Istanbul

Arbeitserfahrung

seit 2015 Politik-Redakteur beim Wochenmagazin NEWS
2014-2015 Politik-Redakteur bei den Puls4-Hauptabendnachrichten
seit 2012 Lektor an der Universität Wien, Publizistik- und Kommunikationswissenschaften
2009-2014 Freie Journalist, u.a. für die APA in den Ressorts Wirtschaft und Außenpolitik, derStandard.at und Wiener Zeitung

Sprachkenntnisse

Türkisch: Muttersprache
Deutsch: Muttersprache
Englisch: Fließend in Wort und Schrift
Spanisch: Grundkenntnisse in Wort und Schrift